

Die Politische Meinung



LANDWIRTE

—
Feeding the Future

ZUM SCHWERPUNKT Joachim von Braun, Welternährung und Klimaschutz; Dietrich Holler, Abschied der Lodenmantelfraktion; Julia Klöckner, Zur Verbindung ökologischer und konventioneller Ansätze; Andreas Möller, Warum uns die Dauerkritik an der Landwirtschaft alarmieren sollte; Heike Müller, Ein Zwischenruf aus der Praxis

GRETA UND WIR Johanna Mandelkow, Jugend auf dem Land

INTERVIEW Alois Gerig über die Bauernproteste und die Zukunft der Landwirtschaft

IMPULSE Stefan Berger, Zuckerbergs Zentralbank?

Editorial

Bernd Löhmann, Chefredakteur

„Vurst“ und Frust lagen bei der Eröffnung der Grünen Woche Anfang Januar nahe beieinander. Während auf dem Berliner Messegelände ein Lebensmittelweltkonzern dem Zukunftstrend einer klima-, tier- und ressourcenschonenden Ernährung mit einer vegetarischen Bratwurst (solche Fleischimitate werden im Marketing als „Vurst“ bezeichnet) vorauseilte, rollten draußen – in der Hauptstadt, die erst kürzlich ihre „Klimanotlage“ ausgerufen hatte – erneut dieselbetriebene Landmaschinen zum Protest auf.

Die konventionellen Landwirte wollen sich nicht länger dafür beschimpfen lassen, dass sie Lebensmittel für weit überwiegend konventionelle Bundesbürger produzieren, die beispielsweise Fleisch- und Wurstprodukte noch zu weniger als zwei Prozent aus Biobetrieben kaufen. Eine aus ihrer Sicht unaufrichtige Debatte, die ökologische Zukunftsgewissheiten bisweilen blindlings über die Marktzwänge der Gegenwart stellt, macht ihnen zu schaffen. Schon heute werden konventionell arbeitende Landwirte als Relikte vergangener Zeiten abgeschrieben.

Für deren Wirtschaftsweise sei die „gesellschaftliche Betriebserlaubnis“ abgelaufen, rief Renate Künast kürzlich in das Bundestagsplenum. Ihre grüne Parteikollegin Ophelia Nick fordert leichtfüßig wie in dem ähnlich klingenden Popsong aus den 1980er-Jahren: „Neue Bauern braucht das Land.“ Wie wäre es, wenn man es erst einmal mit den vorhandenen probieren würde?

Auf ihren Hightech-Traktoren kamen die protestierenden Bauern alles andere als gestrigt daher. Stark vertreten war die junge Generation konventioneller Landwirte, die ebenso viel Sympathie und Beachtung wie die Jugendlichen von *Fridays for Future* für sich beanspruchen kann. „Redet mit uns!“, war auf vielen Plakaten zu lesen. Dass es ein einfaches Weiter-so nicht geben wird, ist den meisten längst klar. Es geht ihnen um einen offenen gesellschaftlichen Dialog, der ihre Perspektiven nicht übersieht, sondern sie abzustecken und zu sichern hilft.

Die Bundesregierung kommt diesem Aufruf nach und hat mit der Ankündigung von Dialogforen und einer Zukunftskommission erste Schritte getan. Besonders die Union und ihr Umfeld sind gefordert, den Austausch zu intensivieren. Auch deshalb kommen in dieser Ausgabe der *Politischen Meinung* großteils Stimmen aus der „konventionellen Landwirtschaft“ zu Wort. Eine für zu selbstverständlich gehaltene Verbindung muss revitalisiert werden: „Vurst“ ist okay, aber beim Frust darf es nicht bleiben!

Bernd Löhmann



Auch sie verdienen es, gehört zu werden: Landwirte am 14. Oktober 2019 in Bonn.
Foto: © picture alliance / Oliver Berg / dpa

INHALT

1 EDITORIAL

SCHWERPUNKT

Landwirte – Feeding the Future

14 BITTE SACHLICH!

Heike Müller

Klimaschutz und Landwirtschaft –
ein Zwischenruf aus der Praxis

21 GLOBAL GEGEN LOKAL?

Stefan Köhler

Der Weltklimabericht aus regionaler
Perspektive

25 AGRARSCHIZOPHRENIE

Rolf Brauch

Miese Stimmung in der Landwirtschaft

30 INTERVIEW: „NICHT AUS JUX UND TOLLEREI“

Alois Gerig, Vorsitzender des
Bundestagsausschusses für Ernährung
und Landwirtschaft, über die
Bauernproteste und die Zukunft
der Landwirtschaft

37 ABSCHIED DER LODENMANTELFRAKTION

Dietrich Holler

Landwirtschaft und Kommunikation

46 AUSSTIEG AUS DER DAUER-KONTROVERSE

Folkhard Isermeyer

Die schwierige Suche nach Zielbildern
für unsere Landwirtschaft

54 OHNE SCHWARZ-WEISS- DENKEN

Julia Klöckner

Die Landwirtschaft der Zukunft
verbindet ökologische und konventionelle
Ansätze

59 VOLKES BEGEHREN

Andreas Möller

Warum uns die Dauerkritik an der
Landwirtschaft alarmieren sollte

71 AUF VERLORENEM POSTEN?

Raimund Friderichs

Das „neue“ Waldsterben aus der Sicht
forstwirtschaftlicher Praxis

76 SEHNSUCHT UND SELBSTSUCHT

Thomas Ellrott

Das ambivalente Verhältnis der
Deutschen zur Landwirtschaft

83 SPOTLIGHTS LANDWIRTSCHAFT KONTINENTAL

Berichte aus Asien, Lateinamerika und
Afrika

91 WELTERNÄHRUNG UND KLIMASCHUTZ

Joachim von Braun

Was wir in Deutschland dafür tun sollten

99 PRÄZISIONS- LANDWIRTSCHAFT

Engel Hessel

Digitale Innovationen in Landwirtschaft
und ländlichem Raum

103 DIE GAP

Norbert Lins

Agrarpolitik und Klimaschutz in Europa

Wunsch und Wirklichkeit

43 ALLES BIO, ODER WAS?

Sebastian Balzter

Perspektiven ökologischer Land-
wirtschaft in Deutschland und weltweit

96 PFUI PFLANZENSCHUTZ?

Susanne Günther

Verzicht auf Chemie ist vorerst keine
Option

Greta und wir

66 AUCH LANDJUGEND IST JUGEND

Stefan Schmidt

Ein Plädoyer für mehr Mitsprache

69 WIR SIND AUCH NOCH DA!

Johanna Mandelkow

Jugend auf dem Land

Impulse

110 ZUCKERBERGS ZENTRALBANK?

Stefan Berger

Europas Antwort auf Facebooks
Währungspläne

Dialog

114 „SCHÜLER N. AUS X.“

Der Schriftsteller Utz Rachowski im
Gespräch mit Axel Reitel über ein Leben
voller „Rausschmisse“

Gelesen

122 „DAS SCHÖNE DER UNS FREMDEN RELIGION“

Norbert Lammert

Plädoyer für den interreligiösen Dialog

125 AUS DER STIFTUNG



Ackern statt ballern

Standbilder aus dem „Landwirtschafts-Simulator“

Wer hätte das gedacht! Landleben ist ein Hit auf dem hart umkämpften Markt der Computerspiele. In Deutschland gehörte der „Landwirtschafts-Simulator“ 2017 zu den Top 3 der Spiele-Charts und ließ sogar bekannte „Shooting Games“ wie „Battlefield“ hinter sich.

Der Traum von Landwirtschaft ist in digitalen Zeiten nicht ausgeträumt. Die Leidenschaft für wuchtige Maschinen, die Freude am Säen und Ernten, der Reiz des Hof- und Dorfidylls werden sogar auf die Spitze getrieben. Man mag sich wundern über allzu glänzende Monstertraktoren oder tadellose Felder und Ställe, aber die fortwährende Faszination von „Bauern-Power“ ist keine schlechte Nachricht. Weit mehr Menschen als allein Landwirte wollen Teil von ihr sein.

© GIANTS Software GmbH

Landwirte

—

Feeding the Future









Bitte sachlich!

Klimaschutz und Landwirtschaft – ein Zwischenruf aus der Praxis

HEIKE MÜLLER

Geboren 1965 in Königs Wusterhausen, Landwirtin und Vizepräsidentin des Bauernverbandes Mecklenburg-Vorpommern e.V., Neubrandenburg.

Der Klimawandel ist ein Thema, das jeden, aber aufgrund der Arbeit unter freiem Himmel besonders die Landwirte angeht. Zwar scheint der menschliche Anteil am Klimawandel noch nicht bis ins letzte Detail

erforscht zu sein; dennoch bestreitet niemand den Anstieg der Durchschnittstemperaturen in den letzten Dekaden. So weist der Klimareport für Mecklenburg-Vorpommern seit 1881 eine um 1,3 Grad Celsius gestiegene Durchschnittstemperatur und zunehmende Winterniederschläge auf, während die Sommerniederschläge tendenziell weiter zurückgehen. Auch die Wachstumszeiten der Pflanzen haben sich verändert. So hat sich der Blüteeintritt der Gemeinen Hasel, die als Zeigerpflanze für den Vorfrühling dient, im Zeitraum

von 1991 bis 2017 um siebzehn Tage gegenüber dem Vergleichszeitraum 1961 bis 1990 nach vorn verschoben. Der Vollfrühling, der durch den Blühbeginn der Apfelbäume gekennzeichnet ist, verlagerte sich im gleichen Zeitraum von Mitte auf Anfang Mai. Dementsprechend steigt auch das Risiko von Ernteschäden durch Spätfröste.

Welche Rolle spielt der Klimawandel in der Landwirtschaft, und wie ist die Stellung der Landwirtschaft als Emittent von Klimagasen? Sind wir Bauern Klimasünder oder Teil der Lösung? Einfache Antworten gibt es nicht. Was sagt der im August 2019 veröffentlichte Sonderbericht des Weltklimarates (*Intergovernmental Panel on Climate Change, IPCC*) über Klimawandel und Landsysteme dazu? Wir brauchen eine Agrarwende! Mehr „Bio“, weniger industrielle Landwirtschaft! Das Rind ist ein Klimakiller! Weniger Fleisch! So tönte es allerorten aus den Medien.

Wenn man sich die Mühe macht, den IPCC-Bericht im Original zu lesen, erscheint das Bild längst nicht mehr so klar. Vor allem fällt auf, dass der Bericht als nüchterne Betrachtung ohne Alarmismus auskommt. Vieles bleibt vorsichtig und vage formuliert. Es werden verschiedene Szenarien von Temperaturerhöhungen in ihren Auswirkungen auf die Landnutzung und verschiedene Varianten von Landnutzungsintensitäten betrachtet.

MEHR NIEDERSCHLÄGE IM WINTER, DÜRRE IM SOMMER

Höhere Temperaturen bedeuten für die Landwirtschaft einerseits, dass sich neue Anbaumöglichkeiten bieten und sich Vegetationsperioden verlängern. Der höhere Kohlendioxidgehalt der Luft wirkt sich positiv auf die Photosynthese aus; es ist sogar von einem Düngeeffekt die Rede. Andererseits gehen die meisten Experten davon aus, dass die Negativeffekte der Klimaveränderungen diese positiven Begleiterscheinungen überlagern werden. Die entscheidende Komponente, die oftmals über Wohl und Wehe entscheidet, ist das Wasser. Es ist davon auszugehen, dass sich künftig die Niederschläge anders verteilen und in die Wintermonate verlagert werden, während im Sommer verstärkt mit Dürre oder auch Starkregenereignissen zu rechnen ist.

Hitze verkürzt die Reifezeit und die Kornfüllungsphase des Getreides, schädigt den Ährenansatz während der Blüte und stresst durch gesteigerte Verdunstungsraten. Das mindert Erträge qualitativ und quantitativ. Mildere Winter führen ebenfalls dazu, dass Nutzpflanzen wie Weizen, Gerste und Raps das Wachstum im Herbst nicht einstellen und das Überwinterungsstadium nicht erreichen. Sie sind somit bei Frost anfälliger für Erfrierungsschäden. Fehlt jedoch der Reiz durch eine längere Kälteperiode völlig, kommen die Winterkulturen im darauffolgenden Frühjahr nicht in die Blüte; es drohen Ernteausfälle. Fehlende Wasserverfügbarkeit führt in sensiblen

Wachstumsphasen zu sinkenden Erträgen oder verminderten Qualitäten. Längere Trockenphasen schränken die Wasseraufnahmefähigkeit des Bodens stark ein, und bei folgenden Niederschlägen kann es zu verstärktem oberflächlichem Wasserabfluss und Erosion kommen. Getreidehalme knicken ein; die Bestände lassen sich nicht oder nur schwer dreschen. Es droht eine Nichtbefahrbarkeit der Böden und ein völliger Verlust der Ernte.

MEHR HITZE, WENIGER MILCH

Die Tierhaltung leidet ebenfalls unter dem Klimawandel. Den Weidetieren, also Rindern, Schafen und Ziegen, droht Futtermangel; die Wasserversorgung ist mit höherem Aufwand verbunden. Milchkühe haben ein Temperatur-optimum von vier bis sechzehn Grad Celsius. In dieser Spanne fühlen sie sich am wohlsten und müssen die Körpertemperatur nicht zusätzlich regulieren. Bei höheren Temperaturen fressen sie weniger und geben weniger Milch. Auch Geflügel und Schweine wachsen bei Temperaturanstieg verhaltener. Bei allen Tierarten steigt die Krankheitsanfälligkeit. Schaderreger, die früher kaum eine Rolle spielten – wie etwa die Blauzungkrankheit bei den Wiederkäuern –, treten häufiger auf. Die Landwirtschaft und damit unser gefüllter Teller könnten also ein Opfer des Klimawandels werden!

Landwirtschaft ist jedoch auch „Täter“, was den Klimawandel betrifft. Nahezu alle Produktionsprozesse nutzen fossile Energien in direkter Form über Diesel (etwa für Bestellung des Feldes oder für Transporte) oder mittelbar als Elektrizität (so für Stallklimatisierung). Gleichzeitig emittieren die Tiere Methangas infolge von Verdauungsprozessen oder Kohlendioxid durch die Atmung. Die Düngung von Pflanzen führt zur Bildung von klimarelevantem Lachgas. Diese Prozesse sind naturgemäß nicht vollständig vermeidbar. Die Landwirtschaft wird weltweit für etwa 25 Prozent aller Treibhausgasemissionen verantwortlich gemacht. In der Europäischen Union (EU) steht sie für zehn Prozent der Emissionen, in Deutschland für sieben Prozent. Muss und kann man die Nahrungsmittelproduktion zugunsten des Klimaschutzes einschränken?

Eine weitere Extensivierung kann nicht das Mittel der Wahl sein, im Gegenteil: Effizienz ist gefragt. Immer mehr Menschen werden von einem Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche satt, und das in einer hohen Qualität und einer stetig gestiegenen Vielfalt! Während kurz nach dem Zweiten Weltkrieg ein Landwirt für die Ernährung von zehn Menschen sorgte, so tut er es heute für bereits mehr als 150. Die gestiegene Produktivität kam dem Klima zugute, denn pro Kilogramm landwirtschaftlicher Erzeugnisse wurden immer weniger Emissionen ausgestoßen. Diese Erfolgsgeschichten haben wir dem technischen Fortschritt, einer leistungsfähigen Züchtung sowohl im Pflanzenbau als auch in der Tierhaltung und einer angepassten Fütterung zu verdanken.

Im internationalen Vergleich nimmt Deutschland in puncto Klimaschutz eine Spitzenposition ein: In der Milchkuhhaltung wird pro Liter Milch etwas mehr als ein CO₂-Äquivalent (CO₂e) ausgestoßen, während der Wert weltweit bei 2,4 CO₂e und beispielsweise in Afrika bei 7,5 CO₂e liegt. Außerdem muss man bei der Betrachtung der Tierhaltung berücksichtigen, dass die Ausscheidungen ihren Ursprung im Futter, also in natürlichen Quellen, haben, der Kohlenstoff also nicht aus fossilen Rohstoffen stammt, sondern lediglich in Kreisläufen ab- und aufgebaut wird.

Zur Klimaschädlichkeit des Methans, dessen Wirkung deutlich höher eingeschätzt wird als die von CO₂, gibt es Erkenntnisse, die nahelegen, dass das Methan in der Atmosphäre nach etwa zehn Jahren wieder abgebaut wird und sich ebenfalls in einem stetigen Kreislauf befindet.

In der globalisierten Welt sorgt die Arbeitsteilung bei der Nahrungsmittelerzeugung dafür, dass die Lebensmittel dort produziert werden, wo die günstigsten klimatischen Bedingungen herrschen und ausreichend fruchtbare Flächen zur Verfügung stehen. Der globale Handel führt zu einer möglichst sinnvollen Nutzung der natürlichen Ressourcen. Produktions- und Handelseinschränkungen an Gunststandorten für bestimmte Erzeugnisse – etwa Getreide und Milch in Europa oder Soja in Südamerika – würden zu Verlagerungen der Produktion an weniger günstige Standorte führen. Das könnte sich zwar in der jeweiligen nationalen Klimabilanz positiv auswirken, würde aber global gesehen zu höheren Emissionen bei gleicher Produktionsmenge führen.

Wie verhält es sich mit der Klimateffizienz im ökologischen Landbau? Dort wird auf energieintensive mineralische Düngemittel („Kunstdünger“) verzichtet, es gibt einen differenzierteren Anbau und eine positive Wirkung auf die Biodiversität. Der Verzicht auf synthetische Düngemittel und Pflanzenschutzmittel wirkt sich jedoch negativ auf die Flächenerträge aus. In Bezug auf die Fläche kann der Ökolandbau in puncto Emissionen vorteilhaft sein, in Bezug auf die Produkteinheit ist er es jedoch nicht. Für eine Steigerung der Klimaschutzwirkung ist im Ökolandbau eine weitere Steigerung der Effizienz notwendig!

KLIMASTRATEGIE DER LANDWIRTE

Landwirtschaftliche Prozesse können Kohlenstoff binden und damit in erheblichem Maße zur Dekarbonisierung beitragen. Durch jeden Grashalm, jede Weizenpflanze, jede Kartoffel, jede Rübe, jeden Kubikmeter Holz in den Wäldern, jede Wurzel wird Kohlendioxid gebunden! In der Summe übersteigt die CO₂-Bindung sogar die Summe der Emissionen, die in der land- und forstwirtschaftlichen Produktion sowie in der Herstellung von Stickstoffdüngern anfallen. Die Land- und Forstwirtschaft sorgt jedoch nicht nur für

Nahrungs- und Futtermittel, sondern ersetzt zum Teil fossile Energie und stellt verschiedenen produzierenden Gewerben Rohstoffe für die stoffliche Verwendung zur Verfügung. Die CO₂-Vermeidung durch Bioenergie aus Wald und Forst in den vergangenen Jahren entspricht etwa der Größenordnung der Emissionen, die durch Land- und Forstwirtschaft selbst verursacht werden. In der Landwirtschaft und im ländlichen Raum spielen erneuerbare Energien wie Windkraft und Photovoltaik eine nicht unerhebliche Rolle.

Die Landwirte in Deutschland haben sich in der Klimastrategie 2.0 des Deutschen Bauernverbandes ambitionierte Klimaziele gesetzt:

- Wir wollen uns an Klimaveränderungen und Wetterextreme erfolgreich anpassen sowie eine sichere und hochwertige Nahrungsmittelversorgung sicherstellen.
- Wir wollen die Klimaeffizienz unserer Erzeugnisse weiter steigern und die Klimaeffekte der landwirtschaftlichen Produkte senken.
- Wir wollen die Treibhausgasemissionen (hauptsächlich Methan und Lachgas) bis 2030 um dreißig Prozent gegenüber 1990 senken.
- Wir wollen durch Anbau und Verwendung von Energiepflanzen und die energetische Nutzung von Wirtschaftsdünger die Leistung im Bereich der Vermeidung von CO₂-Emissionen fossiler Rohstoffe bis 2030 verdoppeln (Basis 2010).
- Wir wollen die CO₂-Senkenleistung im Bereich Landnutzung, Landnutzungsänderung und Forstwirtschaft erhalten und ausbauen, und dies ohne Verlust an landwirtschaftlicher Nutzfläche.

Wie kann das im Einzelnen erreicht werden? Welche Rahmenbedingungen sind dazu notwendig?

Die Vergärung von Gülle, Mist und Futterresten in Biogasanlagen leistet einen erheblichen Beitrag zur Methanreduktion. Neben der Verringerung klimarelevanter Gase können gleichzeitig fossile Energieträger eingespart werden. Die pflanzenrelevanten Nährstoffe aus der Gülle stehen nach der Vergärung als wichtiges Düngemittel zur Verfügung. Zur Erhöhung des Anteils der Biogasanlagen mit Gülleverwertung wäre es erforderlich, das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) zu ändern. Der Umstieg von vorhandenen Anlagen auf eine verstärkte Wirtschaftsdüngerverwendung müsste durch entsprechende Anreize gefördert werden. Die derzeitige Bevorzugung kleiner Biogasanlagen auf Gülllebasis sollte auf größere Anlagen ausgedehnt werden. Für kleinere sollten die bürokratischen und baurechtlichen Genehmigungen erleichtert werden.

In der Tierhaltung gibt es viele Stellschrauben zur Verbesserung der Klimaeffizienz. Ein möglicher Ansatzpunkt ist die Züchtung. Die genomische Selektion – die Vorhersage von Leistungsmerkmalen aufgrund der genetischen Merkmale – böte zum einen die Möglichkeit, ein Zuchtziel „geringere

Methanemission“ für die Wiederkäuer zu etablieren. Es ist angezeigt, die Leistungen der Tiere, ihre Gesundheit und die Futtermittelverwertung zu steigern, um den Ausstoß von Klimagasen pro Kilogramm Fleisch oder Milch zu senken. Dazu muss der Futtereinsatz optimiert werden. Für Schweine und Geflügel führen eine eiweißangepasste Fütterung in den verschiedenen Wachstumsphasen und zugesetzte synthetisch hergestellte Aminosäuren zu einem verringerten Aufwand an Futtermitteln und damit zu Einsparungen. Gleichzeitig reduzieren sich die Nährstoffausscheidungen, insbesondere von Stickstoff, wodurch sich geringere Lachgasemissionen bei der Ausbringung der Wirtschaftsdünger ergeben.

Im Pflanzenbau bemüht sich die Agrarwirtschaft seit Langem, den Überschuss an Nährstoffen, vor allem Stickstoff, zu reduzieren. Die 2017 in Kraft getretene Düngeverordnung zwingt uns, den vorhandenen Wirtschaftsdünger effizienter einzusetzen. Eine ab 2020 drohende pauschale Verringerung der notwendigen Düngung in Gebieten, in denen mitunter eine einzige Messstelle großflächige Auswirkungen hat, wird sehr viel Zeit benötigen, um überhaupt zu wirken, und aus Sicht des Klimaschutzes ergeben sich Zielkonflikte.

Großes Handlungspotenzial gibt es bei der Ausbringung von Wirtschaftsdünger, wie Mist oder Gülle, der heute noch bis zu fünfzig Prozent breitflächig und nicht bodennah verteilt wird. In einigen Bundesländern, beispielsweise in Mecklenburg-Vorpommern, wird die Ausbringung von Gülle durch umweltschonende Verfahren bereits über ein spezielles Programm gefördert: Der natürliche Mehrkomponentendünger Gülle wird direkt in den Boden und an die Pflanze transportiert, kann unmittelbar wirken und energieintensiv produzierten Mineraldünger ersetzen. Es werden Nährstoffkreisläufe geschlossen und das regionale System Boden-Futter-Tier-Boden gestärkt.

HIN ZU MEHR SACHLICHKEIT

Zur Steigerung der Effizienz des Stickstoffeinsatzes im Ackerbau muss ein optimales Pflanzenwachstum gewährleistet werden. Dazu gehört, dass man weiterhin die Pflanzen vor Konkurrenz, Krankheiten und Schädlingen schützen kann! Eine breite Palette von Pflanzenschutzmitteln gehört ebenso dazu wie eine entsprechende Fruchtfolgegestaltung und eine breit aufgestellte Züchtung! Selbstverständlich kann in Zukunft ein Teil des chemischen Pflanzenschutzes durch mechanische Verfahren ersetzt werden. Es gab ein Leben vor Glyphosat, und es würde ein Leben nach Glyphosat geben. Allerdings liegen die Dinge hier nicht so einfach auf der Hand: So ermöglicht Glyphosat bodenschonende Anbauverfahren wie die Mulchsaat, bei der die Stopeln des Getreides auf dem Acker verbleiben können und die Folgefrucht direkt in die durch das Glyphosat abgetötete Pflanzenmatte eingedrillt wird.

Gleichzeitig bieten diese Verfahren einen hervorragenden Schutz vor Wind- oder Wassererosion.

Für Schadinsekten und Pilzerkrankungen gibt es bisher keine gängige physikalische Lösung. Hier kann zum Teil die Resistenzzüchtung helfen. Neue gezielte Züchtungsverfahren mittels präziser Gentechnik (der sogenannten Genschere) könnten einerseits Abhilfe schaffen, sind allerdings in Europa verboten. Andererseits dürfen Produkte, die mit gentechnischen Verfahren hergestellt wurden, ungehindert auf dem globalen Markt gehandelt und auch in Deutschland verfüttert werden. Hier droht sich Europa von der internationalen Entwicklung abzukoppeln.

Landwirtschaft und Klimawandel – das ist ein weites Feld! Wir Landwirte haben uns längst auf den Weg gemacht! Wir sind bereit, unseren Beitrag zu leisten, aber zum Nulltarif können wir es nicht!

Einen Klimawandel gibt es, den wir selbst herbeisehnen: in der gesellschaftlichen Debatte! Weg von dem Alarmismus, mit dem immer neue Sauen durch das Dorf getrieben werden! Hin zu Sachlichkeit und Zukunftsoptimismus!

Literatur

Müller, Heike: Spätsommertwitter. Eine Liebesgeschichte aus Milch und Tönen, Spica Verlag, Blumenholz 2018.

Global gegen lokal?

Der Weltklimabericht aus regionaler Perspektive

STEFAN KÖHLER

Geboren 1967 in Aschaffenburg, Vorsitzender des Landesfachausschusses für Umweltfragen, Bayerischer Bauernverband, München.

Erst in den letzten Jahren, in denen der Klimawandel deutlich spürbarer wurde, ist die breite Öffentlichkeit auf das *Intergovernmental Panel on Climate Change* (IPCC), den sogenannten Weltklimarat, aufmerksam geworden. Dabei ist das IPCC als Einrichtung der Vereinten

Nationen bereits seit seiner Gründung Ende der 1980er-Jahre eine Institution von besonderer Bedeutung für die gesamte Debatte zum Umwelt- und Klimaschutz. Im Weltklimarat kommen Fachleute aus der ganzen Welt zusammen, um über alle Grenzen hinweg – ob nun sprachlich, kulturell oder politisch – den aktuellen Stand der Klimaforschung zusammenzutragen und zu bewerten.

Die Auswirkungen des Klimawandels in der Landwirtschaft sind schon lange vor den Schlagzeilen rund um die *Fridays for Future*-Demonstrationen spürbar geworden. Bereits seit Jahren hat sich der Bayerische Bauernverband mit den anderen deutschen Landesbauernverbänden zusammengeschlossen und eine eigene Klimastrategie erarbeitet. Am Anfang stand eine

sachliche Aufarbeitung im Mittelpunkt. Wir bemerkten jedoch schnell, dass die Landwirtschaft nicht nur die Folgen betrachten, sondern auch einen Weg zur Bekämpfung der Erderwärmung und zur Anpassung an den Klimawandel finden muss. Vor diesem Hintergrund machten wir uns an die Erarbeitung der Klimastrategie 2.0 des Deutschen Bauernverbandes, die Anfang 2018 veröffentlicht wurde. Sie gibt nicht nur einen Überblick über die Folgen des Klimawandels für die deutsche Landwirtschaft, sondern zeigt darüber hinaus auf, was in der Landwirtschaft beim Klimaschutz erreicht werden konnte und welche weiteren Handlungsmöglichkeiten für den Kampf gegen den Klimawandel bestehen. Dies geschah in dem Bewusstsein, dass die deutsche Landwirtschaft nicht nur von den Auswirkungen des Klimawandels betroffen ist, sondern auch einen wesentlichen Beitrag zur Lösung der Klimaschutzfragen leisten muss.

SCHWERWIEGENDE ZIELKONFLIKTE

Eine grundlegende Regel besteht darin, dass jeder Einzelne zum Handeln aufgerufen ist und im Klimaschutz nachhaltige Wirkungen nur dann erzielt werden können, wenn global gehandelt wird und jede Person und jeder Sektor im Rahmen seiner Möglichkeiten einen Beitrag leistet. Insofern sind die IPCC-Berichte ein gut geeignetes Werkzeug, um Potenziale aufzuzeigen und einen Dialog auf internationaler Ebene anzustoßen. Deshalb gibt es kein Deuteln: Die IPCC-Berichte haben eine überaus wichtige Funktion für die künftige Klimapolitik auf der Welt.

Im August 2019 wurde der IPCC-Sonderbericht über Klimawandel und Landsysteme (*Special Report on Climate Change and Land*, SRCCL) veröffentlicht. Ihm zufolge beträgt der Anteil der Land- und Forstwirtschaft an den Treibhausgasemissionen – inklusive Emissionen aus der Landnutzung sowie Landnutzungsänderungen – weltweit 23 Prozent. Bei den unterschiedlichen Sektoren in der Bundesrepublik, wie Energiewirtschaft, Verkehr und Wohnen, sind es zwölf Prozent der weltweiten Emissionen. Allein dieser Unterschied macht deutlich, dass nicht alle Aussagen und Schlussfolgerungen eins zu eins auf einzelne Länder und Regionen übertragen werden können, sondern immer im Kontext zu sehen sind – insbesondere, weil der Bericht die positiven Klimaleistungen der genannten Sektoren nicht berücksichtigt. Schließlich wird durch die Landnutzung und das Pflanzenwachstum weltweit genauso viel CO₂ gebunden, wie später wieder emittiert wird.

Zu Recht verweist der Bericht darauf, dass viele Klimaschutzmaßnahmen mit positiven Wirkungen auf andere gesellschaftliche Bereiche verbunden sind, wodurch Win-win-Situationen entstehen. Dagegen übergeht der Bericht, dass Klimaschutz auch erhebliche Einschnitte nach sich zieht und schwerwiegende Zielkonflikte entstehen. Eine sinnvolle Beurteilung von

Maßnahmen setzt daher voraus, dass ihre Auswirkungen in einem Spektrum von drei gleichberechtigten Kriterien betrachtet werden. So müssen Maßnahmen zum Klimaschutz – zusätzlich zu den ökologischen Aspekten – ökonomisch darstellbar und sozial verträglich sein. Denn was nutzt die beste Idee zur Reduzierung der Treibhausgase, wenn sie in der Gesellschaft weder akzeptiert wird noch leistbar ist?

Im Detail befasst sich der Bericht mit Treibhausgasemissionen in landbasierten Ökosystemen, der Landnutzung und der nachhaltigen Landwirtschaft vor dem Hintergrund des Klimawandels und der Frage, wie sie eingedämmt werden können. Wie kann die Bildung von Wüsten verhindert, die Bodenfruchtbarkeit erhalten und die Ernährung sichergestellt werden? Die grundlegenden Aussagen sind eingängig und logisch, jedoch besteht die Schwierigkeit darin, die Aussagen auf die regionalen Verhältnisse eines einzelnen Landes oder einer Region zu übertragen.

Weil der Bericht auf internationaler Ebene entstanden ist, ist es notwendig, die Grundaussagen sowie die enthaltenen Szenarien und Modelle auf jede einzelne Region anzuwenden und zu überprüfen. Die Handlungsfelder, die sich für die Land- und Forstwirtschaft ergeben, sind in dem Bericht klar beschrieben und grundsätzlich richtig – zumindest, wenn man sie lediglich durch die globale Brille betrachtet. Beim Wechsel von der globalen zur regionalen oder lokalen Betrachtung stellt sich die Angelegenheit ungleich schwieriger dar.

So können mit Sicherheit in vielen Teilen der Welt durch eine nachhaltige Intensivierung in der Pflanzenproduktion – das heißt höhere Erträge in Verbindung mit einer deutlich gesteigerten Nährstoffeffizienz – positive Effekte für den Klimaschutz und die Ernährungssicherheit erzielt werden. Die Auswirkungen in Deutschland sind jedoch weit geringer einzuschätzen, da man sich bereits auf einem deutlich höheren Ausgangsniveau befindet. Gleichzeitig ist die Bedeutung des Bodens als Kohlenstoffsенке durch Humusanreicherung weltweit von großer Bedeutung.

GEFAHR FÜR DIE BÖDEN

Ein weiteres Beispiel für die unterschiedlichen regionalen Voraussetzungen ist das Thema Trockenheit: Während in Deutschland auf absehbare Zeit keinerlei Wüstenbildung droht, ist der Verlust von Bodenfruchtbarkeit durchaus ein Thema. Die größte Gefahr stellen laut IPCC Extremwetterlagen und -ereignisse dar. So erhöhen Dürre und Trockenheit auch in Deutschland die Gefahr von Wind- und Wassererosionen. Der Klimawandel kann also zum Verlust von fruchtbaren Böden führen.

Andere Aussagen belegen noch deutlicher, dass eine Eins-zu-eins-Übertragung verschiedener Aussagen auf deutsche Verhältnisse nicht möglich

ist. Beispielsweise ist die Grundaussage, dass sich eine verbesserte Gesundheitspolitik positiv auf die Ernährungssicherung auswirkt, allgemein richtig; in Deutschland stellt sie jedoch keinen Handlungsansatz dar, weil ein Gesundheitssystem auf höchstem Niveau vorhanden ist.

Kontrovers wird man in Deutschland diskutieren müssen, wie Zielkonflikte beim Klima- und Umweltschutz aufgelöst werden können. So zeigt das IPCC verschiedene Wege auf, wie die Landnutzung von morgen aussehen sollte. Auffällig dabei ist, dass der Anteil von naturbelassenen Flächen oder Biotopen in keinem Szenario steigt. In den meisten Szenarien geht ihr Anteil sogar zurück. Das jedoch widerspricht den derzeitigen Forderungen vieler Umweltverbände zur Landnutzung.

„SCHÜTZEN DURCH NÜTZEN“

Der IPCC-Bericht zeigt ferner auf, dass stillgelegte landwirtschaftliche Flächen und ungenutzte Wälder sich keineswegs zum Vorteil des Klimaschutzes auswirken. Der Bayerische Bauernverband steht seit jeher für den Grundsatz „Schützen durch Nützen“ und spricht sich für eine nachhaltige Waldnutzung aus.

Weiterhin fordert der Bericht eine radikale Umsteuerung bei der Bewirtschaftung von Landflächen. Hier steckt der Teufel im Detail – und zwar, was die Bezugsebene anbetrifft. Verschiedene Studien bescheinigen der deutschen Land- und Forstwirtschaft, dass ihre Wirtschaftsweise bereits heute zu den nachhaltigsten weltweit gehört. Ein radikaler Umbau der Landnutzung in Deutschland hätte deshalb womöglich sogar negative Folgen; zumindest zeichnet diese Forderung aus dem IPCC-Bericht ein falsches Bild der Landbewirtschaftung in Deutschland.

Die Erkenntnisse des Weltklimarates müssen deshalb immer auf regionaler Ebene und mit regionalem Bezug bewertet und entsprechend angepasst werden. Diese Herangehensweise fordern wir als Verband beim Umwelt- und Naturschutz bereits seit Jahren ein: Maßnahmen müssen auf Grundlage von vorhandenem Wissen und vorhandenen Erkenntnissen – und da ist der IPCC-Bericht eine wichtige und wertvolle Quelle – regional angepasst und weiterentwickelt werden, damit eine möglichst große Wirkung erzielt werden kann.

Agrarschizophrenie

—
Miese Stimmung in der Landwirtschaft

ROLF BRAUCH

Geboren 1959 in Heidelberg,
Agrarökonom und Bildungsreferent,
Kirchlicher Dienst auf dem Lande
der Evangelischen Landeskirche in
Baden, Mosbach.

Die Stimmung in der deutschen Landwirtschaft ist schlecht. Zu den eigenen Problemen, die die Landwirtschaft bedrücken, kommt mit der gesteigerten öffentlichen Aufmerksamkeit in Klima-, Natur- und Tierschutzfragen ein starker Druck von außen hinzu. So fühlen sich

die Landwirte von großen Teilen der Gesellschaft in ihren Sorgen nicht richtig wahr- und ernst genommen, vor allem aber in ihren wirtschaftlichen Zwängen un- und missverstanden. Dass sie sich als Unternehmer wirtschaftlich verhalten müssen, wird in ihren Augen immer weiter verdrängt. Dabei ist fast allen klar, dass Veränderungen in der Tierhaltung und im Pflanzenbau angesichts von Klimawandel und Artenschutz, Nitratbelastung und Resistenzen auf dem Acker und im Stall notwendig sind. Aber man fühlt sich dem Ansturm der

Kritik kaum gewachsen – zumal die Bauernverbände und das gesamte Agribusiness ebenso wie die Fachpresse viel zu spät offensiv und konstruktiv reagiert und einen notwendigen gesellschaftlichen Dialog eingeleitet haben.

Nicht zu Unrecht erscheint den Landwirten manche Kritik als Besserwisserei von außen. Denn der Forderung, dass sich in der Landwirtschaft alles ändern müsse, steht eine Realität des Status quo beim Verbraucherverhalten gegenüber. Die Landwirte wissen, dass sich die theoretische Bereitschaft der Konsumenten, für klima-, natur- und tierschutzgerechtere Lebensmittel einen entsprechend höheren Preis zahlen zu wollen, nicht in deren alltäglichem Kaufverhalten niederschlägt.

Offenbar besteht eine große Kluft zwischen der Eigen- und Fremdwahrnehmung. Das gilt besonders im Hinblick auf die Erbringung von Umweltleistungen. Viele Landwirte engagieren sich weit mehr, als sie müssten – so etwa im Bereich des Artenschutzes, wenn freiwillig und auf eigene Kosten Blühstreifen anlegt werden.

Nicht nur, dass sich die Landwirte einem in Tempo und Ausmaß fordernden Anpassungsdruck ausgesetzt sehen, der vielen existenzgefährdend erscheint: Auch die Schärfe und die Anfeindungen in der öffentlichen Debatte bleiben nicht ohne Wirkung – offenbar bis hin zu gesundheitlichen Folgen für den Einzelnen. Die Ursachen mögen unterschiedliche sein, jedoch sollte man wenigstens zur Kenntnis nehmen, dass laut Angaben der landwirtschaftlichen Sozialversicherung 2013 bundesweit etwa bei jedem sechsten Landwirt Burnout, Depressionen und andere psychische Erkrankungen zu einer Erwerbsminderung führten – eine deutliche Zunahme im Vergleich zu früher. Burnout war – trotz hoher Arbeitsbelastung – kein Thema in der Landwirtschaft; heute bilden Landwirte eine Hochrisikogruppe. Es gibt ebenfalls Hinweise auf steigende Selbstmordraten; bei Landwirten in Frankreich und England liegt sie über dem jeweiligen Bevölkerungsdurchschnitt.

Um nicht nur bei einer „Stimmungsbeschreibung“ zu bleiben, möchte ich einige wichtige Entwicklungslinien in der Landwirtschaft nachzeichnen. Sie beleuchten die Erfahrungshintergründe, mit der die Landwirte die heutige Debatte verfolgen, und verdeutlichen, wie sehr eine nachhaltige Zukunftsperspektive die ökonomische, ökologische und soziale Dimension verbinden muss.

Ziele der europäischen und deutschen Agrarpolitik sind Versorgungssicherheit, angemessene Einkommen für Landwirte, Umwelt- und Tierschutz und der Beitrag zur Welternährung. So formulierten es das deutsche Landwirtschaftsgesetz (LwG) 1955 und die Römischen Verträge zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) 1957. Historisch war die Gründung der EWG eine Folge aus den Lehren des Zweiten Weltkriegs. Ziel war es, mit eigener Landwirtschaft Hunger zu vermeiden und eine hohe Sicherheit bei der Lebensmittelversorgung zu gewährleisten. Als Instrument dienten die Marktordnungen für Agrarprodukte mit Garantiepreisen und ein ausgefeiltes Interventionssystem. Damit sollten Produktion und Einkommen

der Bauern schnell erhöht werden. Und man kann nur dankbar feststellen: Das ist relativ gut gelungen!

Der Bruch und seine Folgen, die uns bis heute beschäftigen und denen bisher nur unzureichend begegnet wird, bildeten die ersten strukturellen Überschüsse auf den wichtigsten Agrarmärkten Anfang der 1980er-Jahre – man sprach von „Butterbergen“, „Milchseen“ und von mit Rindfleisch überfüllten Kühlhäusern. Schnell wurde offenbar, dass unser Überfluss mit Blick auf Umwelt- und Tierschutz, aber auch durch die subventionierte Agrarexportpolitik der Europäischen Gemeinschaft (EG) für die Länder der sogenannten Dritten Welt schwerwiegende negative Folgen hatte. „Hunger durch Überfluss“ war unter anderem eine Parole, die zu Recht auf diesen Missstand hinwies. Zunehmend wurde auch die Höhe der Steuermittel zur Finanzierung dieses Systems kritisiert.

Die Politik reagierte mit den ersten Agrarumweltprogrammen und dem Versuch, die Märkte zu steuern – so etwa durch die Milchquotenregelung 1984, gefolgt von Flächenstilllegungs- oder Vorruhestandsprogrammen. Die Landwirtschaft wurde zunehmend nicht nur von Umwelt- und Tierschützern, sondern auch von kirchlichen Entwicklungsorganisationen kritisiert. Die Landwirte sahen sich als Opfer des eigenen Fleißes, da sie doch nur die politischen Erwartungen ökonomisch effizient umsetzten. Je mehr sie produzierten, um damit das Einkommen zu sichern, umso heftiger machten sie sich anderswo unbeliebt! In diesem Kontext entstand der Begriff der „Tretmühlentheorie“. Um der „Tretmühle“ zu entfliehen, suchten manche ihr „ökonomisches Heil“ in Nischenmärkten und in der Erwerbs- oder Einkommenskombination wie der Direktvermarktung ihrer Erzeugnisse oder dem Angebot von „Urlaub auf dem Bauernhof“. Das Grundproblem blieb jedoch bestehen: Der Überschuss kostete öffentliche Mittel, führte zu sinkenden Preisen, gefährdete die Umwelt und provozierte Probleme bei der Lebensmittelversorgung in den Ländern der Dritten Welt.

ENT-SICHERUNG DER LANDWIRTSCHAFT

Die Agrarmisere sollte mit den Luxemburger Beschlüssen 2003 gelöst werden, die einen Ausstieg aus den Marktordnungen mit Garantiepreisen in Verbindung mit einer Flächenprämie bei Einhaltung gewisser Standards vorsahen. Die Folgen waren ein deutlicher Preisverfall und die Orientierung der Agrarpreise an den Weltmärkten, verbunden mit einer garantierten Transferzahlung je Hektar.

Diese Ent-Sicherung der Landwirtschaft bildete den Ausgangspunkt für eine grundlegende Verunsicherung der Landwirte. Denn ein Landwirt, der versucht, sein Einkommen über das Wachstum des Betriebs zu sichern, und der sich im Rahmen bestehender Gesetze bewegt, zum Beispiel beim

Pflanzenschutz oder bei der Tierhaltung, wird von vielen heftig kritisiert. Natürlich müssen sich auch Landwirte entgegenhalten lassen, dass es eine Frage von Verantwortung und Unternehmerethik ist, sich dann dem technischen Fortschritt zu verweigern, wenn ersichtlich ist, dass dieser auf Dauer der Umwelt oder dem Tier schadet.

Selbst wenn das Image des Landwirts laut Umfragen von Emnid oder der Gesellschaft für Konsumforschung (GfK) weiterhin gut bis sehr gut ist und Landwirte beim Emnid-Ranking der Berufe im Spitzenfeld mit „Arzt“ und „Lehrer“ liegen, finden zunehmend aggressive Anfeindungen, und zwar nicht allein in den Medien, statt. Es gibt Stalleinbrüche sowie erste, auch handgreifliche Konflikte, etwa zwischen Gülle ausbringenden Landwirten und Spaziergängern. Es schmerzt die Landwirte tief in der Seele, wenn sie in der veröffentlichten Meinung seit Jahrzehnten laut Umfragen immer ganz vorn stehen, im Dorf jedoch „der Depp“ sind! Diese Agrarschizophrenie ist eine große Belastung für den Berufsstand der Landwirte.

DIE WIRTSCHAFTLICHE LAGE

Die Landwirte wurden beginnend mit den 1970er-Jahren mit ihren Betrieben aus den Dörfern heraus neu angesiedelt, damit sie sich optimal entwickeln konnten. Diese Neuansiedlungen – so sinnvoll sie aus praktischen Gesichtspunkten auch gewesen sind – haben die Landwirtschaft aber aus den Herzen, Hirnen und Geldbeuteln der Menschen „ausgesiedelt“. Landwirtschaft wurde nicht mehr unmittelbar erlebt, es gab keine täglichen Begegnungen mehr. Aus dem Auge, aus dem Sinn! Umso wichtiger wäre eine ortsverbundene Öffentlichkeitsarbeit, die die Landwirte aufgrund ihrer Arbeitsbelastung jedoch an Dritte, etwa an den Bauernverband, delegiert haben. Auch dies hat den Prozess des Nichtverstandenwerdens verschärft.

Eine Reihe weiterer Faktoren verstärkt das generelle Gefühl des Unverstandenseins: so etwa die seit Jahren prekäre Einkommenslage durch schlechte Ernten und niedrige Preise. Eine überdurchschnittliche, ganzjährige Arbeitsbelastung von bis zu sechzig Stunden pro Woche, besonders in den Tierhaltungsbetrieben, führte zu einem beschleunigten Strukturwandel.

Ein im Vergleich zu anderen Branchen hoher Kapitalbesatz pro Arbeitsplatz ohne entsprechende Rendite, eine in vielen Betrieben unregelmäßige Hofnachfolge, eine unsichere Zukunft mit Blick auf die Gestaltung der gemeinsamen Agrarpolitik, stark schwankende Preise, zum Beispiel am Milchmarkt (der Milchpreis schwankte in den letzten zwölf Jahren zwischen 23 und 42 Cent pro Kilogramm Milch) und damit einhergehende Planungsunsicherheit, innerfamiliäre Generationenkonflikte und ein enorm gesteigener Dokumentationsaufwand durch eine ausufernde Bürokratie tragen ebenfalls erheblich zur Verschlechterung der Stimmung bei.

Was wäre aus meiner Sicht zu tun? Auf jeden Fall sollten wir aus dem Scheitern der tiefen Eingriffe in den Markt gelernt haben, dass der Staat auf Dauer nicht gegen den Markt arbeiten kann, etwa durch eine schnelle Ausdehnung des Öko-Landbaus, durch die die Preise kollabieren, die jedoch die Wirtschaftlichkeit gerade der Betriebe gefährdet, die schon lange Öko-Bauern sind.

Die Landwirte wissen sehr wohl, dass sie sich auch bewegen müssen – und dies auch unter ökonomischen Schmerzen. Das darf jedoch nicht zu einer Existenzgefährdung führen, denn obwohl manche Umweltprobleme von der Landwirtschaft ausgehen, ist Landwirtschaft ein großer Teil der Lösung. Wir brauchen daher völlig zu Recht eine Ökologisierung der Landwirtschaft, jedoch im Sinne einer ökonomischen und sozialen Nachhaltigkeit! Es geht um eine Versöhnung von Ökonomie und Ökologie. Früher war ein 200-Hektar-Ackerbaubetrieb im fruchtbaren Kraichgau ein stolzer Betrieb – quasi Landadel –, heute ist er gemessen an seinem Einkommen ein Nebenerwerbsbetrieb. Diese Entwicklung innerhalb weniger Jahre schürt Zukunftsängste.

EIN NEUER „GESELLSCHAFTSVERTRAG“

Nur gemeinsam mit den Landwirten kann den Zukunftsherausforderungen begegnet werden. Es wird daher nicht ohne einen neuen „Gesellschaftsvertrag“ für die Landwirtschaft gehen. Es muss ein beiderseitiger Vertrag sein, in dem Landwirtschaft und Gesellschaft die Lasten gemeinsam verpflichtend und nachhaltig tragen. Der Kirche kann dabei als Moderator zwischen den verschiedenen Interessengruppen eine große Bedeutung zukommen. Und der Staat muss seine Handlungsfähigkeit in diesem Politikbereich zurückgewinnen – sonst ist Politik das, was die Wirtschaft ihr übrig lässt. Bei den Tierwohl-Labels machen die großen Lebensmitteldiscounter längst, was sie wollen. Ankündigungen, wie die Verbote des Kükenschredderns oder der Ferkelkastration, werden nicht in die Praxis umgesetzt. Auch wissen wir seit Jahren, dass es in bestimmten viehstarken Regionen ein enormes Nitratproblem gibt. Zur Lösung all dieser Problematiken brauchen wir schnell umsetzbare Maßnahmen, ohne jedoch den gesamten wirtschaftlichen Druck den Bauern aufzubürden. Der wissenschaftliche Beirat beim Landwirtschaftsministerium schätzt, dass allein der Umbau der Tierhaltung pro Jahr etwa fünf Milliarden Euro kostet.

Es muss also ein „Ruck durch Deutschland gehen“, wenn sich künftig etwas ändern soll. Das geht nur, wenn wir uns nicht unseren persönlichen Stimmungen ergeben. Wem es mies geht, ist kein guter Partner auf Augenhöhe, um die Zukunft gemeinsam zu gestalten. Wir sollten jetzt gemeinsam handeln, offen und sachlich miteinander reden und innerhalb der Wertschöpfungskette die Kosten fair verteilen.

„Nicht aus Jux und Tollerei“

Der Vorsitzende des Bundestagsausschusses für Ernährung und Landwirtschaft über die Bauernproteste und die Zukunft der Landwirtschaft

ALOIS GERIG

Geboren 1956 in Höpfingen, Mitglied der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Vorsitzender des Ausschusses für Ernährung und Landwirtschaft.

Herr Abgeordneter Gerig, Sie sind von Beruf Landwirt, haben aber noch nie einen Trecker zur Anreise nach Berlin benutzt. Wie weit geht Ihr Verständnis für die Kolleginnen und Kollegen, die bereits mehrmals mit Traktoren die Hauptstadt lahmgelegt haben?

Alois Gerig: Hätte ich es zeitlich einrichten können, wäre ich vielleicht auch mit dem Trecker nach Berlin gefahren. Die Bauern haben ihre teuren Maschinen nicht aus Jux und Tollerei in die Hauptstadt chauffiert, sondern aus angestaumtem Frust. Nicht allein, dass zwei trockene Jahre hinter ihnen liegen – mit teils großen Ertrags- einbußen. Vor allem geht es um fehlende Wertschätzung, weil wir in Politik und Gesellschaft viel zu wenig über die Leistungen der Bäuerinnen und Bauern sprechen – dass sie beispielsweise die weltweit



Foto: © Steffen Hoefl

besten Lebensmittel produzieren und darüber hinaus noch die Kulturlandschaft pflegen. Weil die Regale bei uns wie selbstverständlich gut gefüllt und Lebensmittel günstig sind, fokussiert sich die Debatte darauf, was Landwirte im Klima- und Umweltschutz alles *nicht* tun. Dabei sind die Vorwürfe häufig wenig differenziert.

Der Stein des Anstoßes für die Demonstrationen war das Agrarpaket der Bundesregierung ...

Alois Gerig: Das Agrarpaket war nicht schuldlos daran, dass die Proteste in Gang gekommen sind. Dabei haben die Landwirte den ersten Teil des Pakets, der die Umschichtung von EU-Fördermitteln vorsieht, gar nicht so negativ aufgenommen – schließlich kommt der Großteil der umgeschichteten Mittel weiterhin der Landwirtschaft zugute. Auch der zweite

Teil sorgt für keine großen Kontroversen: Das Tierwohl-Label gibt Verbrauchern die Chance, bewusster zu konsumieren – indem sie sich informieren können, wo und zu welchen Bedingungen ein Tier gehalten worden ist. Landwirte können so Fleisch aus besserer Tierhaltung zu höheren Preisen vermarkten.

Das Aktionsprogramm „Insektenschutz“ ist der dritte und eigentlich umstrittene Teil. Dabei handelt es sich um eine Absichtserklärung der Bundesregierung, und es bleibt abzuwarten, welche Schwerpunkte das Parlament setzt. Be- feuert durch die Volksbegehren in Bayern und Baden-Württemberg, entstand leider der falsche Eindruck, dass die Landwirtschaft allein für den Rückgang des Insektenbestands verantwortlich sei. Doch sind die Gründe dafür vielfältig. Die beiden zurückliegenden Trockenjahre, der nach wie vor zu hohe Flächenverbrauch, die

zunehmende Lichtverschmutzung und der Rückgang an Blühpflanzen in Privatgärten wirken sich negativ auf die Insektenpopulationen aus. Zweifellos trägt die Landwirtschaft eine Mitverantwortung. Richtig ist aber auch, dass die Landwirtschaft durch Kulturpflanzen und Blühstreifen auch Lebensräume für Insekten sichert. Ihr Schutz liegt im Interesse der Landwirtschaft, schließlich sind Insekten für die Bestäubung unverzichtbar – beispielsweise im Raps- oder Obstanbau.

Wieso verteidigen viele Bauern Glyphosat, wenn das doch eigentlich die Industrie selbst machen könnte?

Alois Gerig: Es mag sein, dass sich die Industrie bisweilen kommunikativer geschickter verhält als die Bauern. Aber der Industrie würde es noch weit mehr verübelt, da ihre Vertreter ohnehin als „böse Lobbyisten“ geschmäht werden. Auch wenn in Deutschland vergleichsweise geringe Mengen eingesetzt werden, will die Bundesregierung mit einer Minderungsstrategie die Anwendung von Glyphosat weiter einschränken und ab 2023 beenden. Dabei bietet die Anwendung glyphosathaltiger Pflanzenschutzmittel durchaus ökologische Vorteile: Der Wirkstoff ermöglicht eine „nicht wendende Bodenbearbeitung“, das heißt, Landwirte verzichten auf den Pflug, das Bodenleben wird aktiviert und Erosion vermieden. Ohne Glyphosat wird wieder eine intensivere Bodenbearbeitung erforderlich. Dadurch steigt zum Beispiel der Kraftstoffverbrauch, was nicht im Sinne des Klimaschutzes ist.

In den USA gibt es Millionenklagen vor Gericht, in denen es darum geht, ob Glyphosat krebserregend ist.

Alois Gerig: Vor einigen Jahren sorgte die Internationale Agentur für Krebsforschung – eine Tochter der Weltgesundheitsorganisation – für Wirbel: Sie hatte behauptet, Glyphosat sei wahrscheinlich krebserregend. In der Aufregung ging leider unter, dass die Gefährdung sehr gering ist – das Risiko ist ähnlich einzuordnen wie der Verzehr von rotem Fleisch oder die Ausübung des Friseurberufs. Das Bundesinstitut für Risikobewertung und die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit haben übereinstimmend festgestellt, dass bei sachgemäßer Anwendung keine Gesundheitsrisiken von Glyphosat ausgehen.

Bei der Nitratbelastung des Grundwassers sieht sich die Bundesregierung aufgrund der Drohung horrender Strafzahlungen aus Brüssel zu neuen Auflagen gezwungen. Warum fehlt manchen Ihrer Berufskollegen dafür die Einsicht?

Alois Gerig: Tierhaltung sorgt für Wertschöpfung und sichert die Existenz vieler Betriebe. In der Vergangenheit haben manche Bundesländer allzu großzügig Baugenehmigungen für Ställe und Biogasanlagen erteilt. So fällt in einigen Regionen zu viel Gülle an, die eigentlich wertvoller Dünger ist. Für Frust unter den Berufskollegen sorgt, dass die Novellierung der Düngeverordnung 2017 erhebliche Auflagen mit sich brachte – zum Beispiel hinsichtlich Ausbringung, Sperrzeiten und Lagerung – und nun weitere Verschärfungen anstehen. Diese sind aber notwendig, um die drohenden Strafzahlungen an die EU abzuwenden und das Grundwasser besser vor Nitrat zu schützen. Da Wasser den Boden nur langsam

durchdringt, werden beschlossene Maßnahmen erst nach Jahren wirksam. Die Grundwasserqualität in Deutschland ist nicht generell schlecht – es gibt aber nach wie vor sogenannte rote Gebiete, in denen die Nitratwerte zu hoch sind. Auch wenn die Verärgerung im Berufsstand groß ist, gilt es jetzt, nach vorn zu schauen und die Probleme anzupacken. Im Bundeshaushalt werden siebzig Millionen Euro bereitgestellt, um Landwirten zu helfen, die neuen Anforderungen zu erfüllen. Als gutes Beispiel kann Baden-Württemberg dienen: Dem damaligen Landwirtschaftsminister Gerhard Weiser ist es schon vor Jahrzehnten gelungen, eine grundwasser-schonende Düngung zu fördern und die Nitratbelastung zurückzuführen.

Die Politik müsse den Umweltschützern ebenso helfen wie den Bauern. Ähnlich hat es kürzlich Markus Söder formuliert. Aber gerät sie nicht allzu oft zwischen die Stühle?

Alois Gerig: Gute Politik sorgt dafür, dass durch einen fairen Interessenausgleich nachhaltige Lösungen zustande kommen. Diesem Ziel sehen sich Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner und die CDU/CSU verpflichtet. Der Agrargipfel bei Bundeskanzlerin Angela Merkel am 2. Dezember 2019 war ein guter Auftakt zum Dialog, der hoffentlich Landwirtschaft und Gesellschaft wieder näher zusammenbringt und zur Befriedung von Konflikten beiträgt. Auf diesem Weg müssen wir den Verbraucherinnen und Verbrauchern reinen Wein einschenken: Hochwertige heimische Lebensmittel, mehr Tierwohl in den Ställen und eine vielfältige Kulturlandschaft gibt es nicht dauerhaft zum Schnäppchenpreis. Man

muss auch bereit sein, die von der Landwirtschaft geforderten Leistungen an der Ladentheke zu vergüten. Jeder kann mit seinem Kaufverhalten dazu beitragen, dass die Lebensmittelproduktion zu höchsten Qualitätsstandards im Land bleibt.

Wie bewerten Sie den Vorwurf, dass sich die Politik aktuell einseitig von Klima- und Umweltschützern treiben lasse?

Alois Gerig: Den Vorwurf verstehe ich sehr gut. Als Agrarpolitiker und Landwirt habe ich auch das Gefühl, ständig in der Defensive zu sein. Ein Grund dafür ist, dass in unserer Gesellschaft angesichts voller Supermarktregale der Wert der Landwirtschaft zunehmend nicht mehr gesehen wird. Wenn es bei uns wegen Kälte und Nässe keine Erdbeeren gibt, kommen sie halt aus Spanien und der Verbraucher merkt fast nichts davon. Hinzu kommt, dass es Nichtregierungsorganisationen (NGOs) sehr gut verstehen, die Landwirtschaft mit professionellen Kampagnen immer wieder an den Pranger zu stellen – sei es beim Thema Lebensmittelsicherheit, Umweltschutz oder Tierwohl. Die Medien greifen die Kampagnen gern auf, schließlich sorgen lebensnahe und emotionale Themen wie Lebensmittel oder Tiere für Auflage und Einschaltquote. Leider verfestigt sich so ein Negativ-Image, das die Landwirtschaft nicht verdient hat.

Angesichts dieser Stimmungslage darf die Politik den Blick für die richtigen Prioritäten nicht verlieren: Wir müssen unsere bäuerlich geprägte Landwirtschaft erhalten, denn sie ist für die Produktion hochwertiger Lebensmittel und als wichtiger Wirtschaftsfaktor in ländlichen Räumen

unverzichtbar. Auch die Branche selbst ist gefordert – sie muss die moderne Landwirtschaft besser erklären und offen für Veränderungen sein. Unsere Landwirte produzieren die besten Lebensmittel der Welt – gleichwohl können sie bei Klimaschutz, Biodiversität und Tierwohl sicher noch besser werden.

Andere haben angesichts von rund sechs Milliarden Euro EU-Subventionen jährlich den Eindruck, dass den Bauern übermäßig viel politische Unterstützung zuteil wird.

Alois Gerig: Das sehe ich nicht so. Die Direktzahlungen aus der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU sind ein Ausgleich dafür, dass die europäischen Bauern in puncto Umwelt-, Tier- und Verbraucherschutz hohe Standards einhalten müssen – sie haben dadurch höhere Kosten als die Wettbewerber auf dem Weltmarkt. Zudem werden mit den Direktzahlungen Leistungen honoriert, die am Markt nicht vergütet werden. Zu diesen Leistungen gehört die Pflege der Kulturlandschaft, die ländliche Räume lebenswert macht und auch dem Tourismus zugutekommt.

Darüber hinaus ist festzuhalten, dass durch die Direktzahlungen nicht der Reichtum auf den Höfen ausbricht: Im Regelfall machen die Direktzahlungen rund die Hälfte des Unternehmensgewinns aus. Die Einkommen der Bäuerinnen und Bauern liegen im Durchschnitt weit unter dem gewerblichen Vergleichslohn. Höhere Preise durchzusetzen, ist kaum möglich, denn in der Produktionskette für Lebensmittel sind die kleinen und mittelständischen Betriebe in einer deutlich schwächeren Marktposition als die Lebensmittelindustrie und der

Lebensmitteleinzelhandel. Hofaufgaben sorgen für einen Strukturwandel, auch weil junge Menschen nicht bereit sind, unter den aktuellen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen den elterlichen Hof weiterzuführen.

Sehr befremdlich finde ich, dass NGOs und große Lebensmitteleinzelhändler durch erheblichen Landerwerb auch Anspruch auf Direktzahlungen haben. Sie erhalten also Geld, das eigentlich für Landwirte bestimmt ist.

Es hört sich an, als plädierten Sie für noch mehr Fördermittel?

Alois Gerig: Im Koalitionsvertrag wird das Ziel formuliert, die EU-Agrarförderung auf dem jetzigen Niveau fortzuführen. Das halte ich für richtig, denn die Betriebe sind auf die Einkommens- und Risikoabsicherung angewiesen. Diese ist erforderlich, weil Preisschwankungen auf den Märkten und Witterungsrisiken infolge des Klimawandels erheblich zunehmen. Bei der nun anstehenden Reform der EU-Agrarpolitik ist aus meiner Sicht wichtig, die Förderung stärker an Leistungen beim Umwelt- und Klimaschutz zu koppeln und kleinere Betriebe besser zu unterstützen.

Wie kommt es, dass die Bauernverbände die miese Stimmung nicht kanalisieren konnten?

Alois Gerig: Die Bauernverbände haben die Protestbewegung zuerst etwas skeptisch beäugt, dann aber schnell erkannt, dass man mitgehen muss. So wurde in vielen Kreisbauernverbänden zur Sternfahrt nach Berlin aufgerufen. Die Protestbewegung hat erreicht, dass in Politik und

Gesellschaft mit neuem Schwung über landwirtschaftliche Themen diskutiert wird. Sie gab einen wichtigen Anstoß, um die Leistungen der Bauern wieder in den Vordergrund zu rücken. Mich hat sehr beeindruckt, wie überwiegend junge Bäuerinnen und Bauern die Proteste organisiert haben. Ich hoffe, dass radikale Kräfte nicht die Oberhand gewinnen und die Dialogfähigkeit nach innen und außen erhalten bleibt.

Ein Journalist der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ will bei der Protestkundgebung in Berlin bemerkt haben, „wie fremd, ja fast schon verfeindet Politik und Landwirtschaft mittlerweile sind“.

Alois Gerig: In meiner Wahrnehmung ist die Protestkundgebung fair und friedlich verlaufen – daran können sich andere Demonstrationen in Berlin ein Beispiel nehmen. Im Übrigen sehe ich nicht, dass Politik und landwirtschaftlicher Berufsstand verfeindet sind. Die Proteste bringen vielmehr zum Ausdruck, dass den Landwirten der Kragen geplatzt ist: Die Politik sorgt für immer mehr Auflagen. NGOs, Grüne und Medien stellen Bauern als Umweltsünder und Tierquäler an den Pranger. Und der Lebensmitteleinzelhandel drückt die Preise und verramscht hochwertige Produkte. Im angesprochenen Dialogprozess geht es nicht nur um tragfähige Lösungen für eine zukunftsfähige Landwirtschaft, sondern auch um mehr Respekt. Die Politik steht vor der schwierigen Aufgabe, notwendige Veränderungen durchzusetzen, Bäuerinnen und Bauern bei Veränderungen zu unterstützen und sie auch ein Stück weit in Schutz zu nehmen.

„Wir Christdemokraten stehen an der Seite der Landwirte!“, hat Julia Klöckner den protestierenden Bauern zugerufen. Worauf gründet diese Nähe und was macht sie parteipolitisch sinnvoll, wenn die politischen Mehrheiten aktuell eher bei Großstädtern und ihrer Sicht auf Klima- und Umweltschutz zu liegen scheinen?

Alois Gerig: Als christliche Partei verbindet uns traditionell und ideell sehr viel mit der Landwirtschaft. Es geht nicht nur um „unser tägliches Brot“; Bäuerinnen und Bauern bewahren die Schöpfung. Auch der christliche Glaube, der in vielen Bauernfamilien gelebt wird, sorgt dafür, dass sich Landwirtschaft und Christdemokraten nahestehen. Unser Einsatz für eine leistungsfähige und nachhaltige Landwirtschaft hat nicht nur zum Ziel, bäuerlichen Familienbetrieben und ländlichen Räumen eine Zukunftsperspektive zu geben. Es ist ethisch geboten, dass Deutschland mit seinen hervorragenden naturräumlichen Gegebenheiten Landwirtschaft betreibt und so einen Beitrag zur Welternährung leistet.

Aus meiner Sicht wäre es ein Irrweg, politische Mehrheiten ausschließlich in Großstädten zu suchen. Als Volkspartei der Mitte müssen wir ein glaubwürdiges Angebot für die Menschen in Stadt und Land machen. Keinesfalls dürfen wir die Spaltung vertiefen. Diese ist beispielsweise daran ablesbar, dass in ländlichen Regionen die Versorgung mit Mobilfunk und schnellem Internet deutlich schlechter ist. Die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse muss ein Markenzeichen unserer Politik sein und bleiben. Ich bin überzeugt, wir können Win-win-Situationen für Stadt und Land schaffen. Wenn

die Menschen gut und gern auf dem Land leben können, wird der angespannte Wohnungsmarkt in den Großstädten entlastet.

Was macht Landwirte aktuell in Abgrenzung von anderen Parteien zur Stammklientel der Union?

Alois Gerig: Spätestens nach den diffamierenden „Bauernregeln“ der damaligen Bundesumweltministerin Barbara Hendricks ist die SPD für die Landwirte ein rotes Tuch. Die FDP versucht, sich als Interessenvertreter der Landwirte aufzuspielen, und ist dabei wenig glaubwürdig: Ginge es nach der FDP, müssten die Beiträge zur landwirtschaftlichen Unfallversicherung erheblich steigen. Bei der AfD sehe ich kein klares Konzept – vielmehr versuchen die Rechtspopulisten, mit diffuser Stimmungsmache aus der aktuellen Unzufriedenheit Honig zu saugen.

Die Grünen haben ebenso wie die NGOs keine Scheu, Kampagnen auf dem Rücken der Landwirte auszutragen. Kritisch sehe ich zudem, dass die grüne Großstadtpartei die Landwirtschaft in eine gute ökologische und eine böse konventionelle einteilt. Der Öko-Landbau hat zweifellos seine Berechtigung – er bietet vielen Betrieben eine Existenzgrundlage und wird zu Recht gefördert. Inzwischen werden aber mehr Bio-Milch und Bio-Äpfel produziert, als auf dem Markt nach-

gefragt werden. Hinzu kommt, dass der Bio-Landbau aufgrund seiner geringeren Produktivität keine Hilfe ist, den weltweit steigenden Bedarf nach Lebensmitteln zu decken.

Vor diesem Hintergrund bin ich überzeugt, dass es für eine nachhaltige, wettbewerbsfähige und gesellschaftlich akzeptierte Landwirtschaft in Deutschland entscheidend auf die Union ankommt. Ich bin zuversichtlich, dass wir dafür die Zustimmung der Landwirte erhalten können. CDU und CSU stehen für Werte, die Landwirte teilen – insbesondere Nachhaltigkeit, Eigentumsgarantie und unternehmerische Freiheit. Unsere praktische Politik muss dem aber auch gerecht werden! Dafür brauchen wir keine neuen Verbote, sondern tragfähige Lösungen – insbesondere beim Tierwohl, bei Insektenschutz, Düngung und der Reform der EU-Agrarpolitik. Die Umsetzung der EU-Richtlinie gegen unlautere Handelspraktiken müssen wir nutzen, um die Marktstellung der Landwirtschaft gegenüber dem Handel zu stärken. Darüber hinaus gilt es, Chancen beherzt zu ergreifen – beispielsweise bei der Digitalisierung, den neuen Züchtungstechnologien sowie der Vermarktung regionaler Lebensmittel.

Das Gespräch führte Bernd Löhmann am 18. Dezember 2019.

Abschied der Lodenmantelfraktion

—
Landwirtschaft und Kommunikation

DIETRICH HOLLER

Geboren 1966 in Herborn, Agrarwissenschaftler, Journalist, Redaktionsbüro „vox viridis“ („Grüne Stimme“), Berlin.

„Fleisch ist ein Stück Lebenskraft.“ Der Slogan wirkt wie aus der Zeit gefallen. Und vielleicht ist er es auch. Die einstige Centrale Marketing-Gesellschaft der Agrarwirtschaft (CMA) hat über Jahre mit ihm geworben. Es ging darum,

den Absatz von Fleisch anzukurbeln. Das traut sich heute nicht jeder.

Die CMA ist wie der Slogan Vergangenheit. Der Marketinggesellschaft wurde höchststrichterlich der Geldhahn zugedreht. Im Jahr 2009 verkündete das Bundesverfassungsgericht, dass die Regelungen des sogenannten Absatzfondsgesetzes verfassungswidrig und damit nichtig seien. Die CMA stand damit ohne finanzielle Grundlage da. Lange Zeit waren ihre Mittel an

„Flaschenhalsbetrieben“, wie etwa Molkereien und Schlachtereien, erhoben worden; beispielsweise rund 1,20 Euro pro 1.000 Kilogramm angelieferte Milch und etwa 50 Cent pro geschlachtetem Schwein.

Es kamen beachtliche 100 Millionen Euro Jahresetat zusammen. Davon entfielen etwa neunzig Prozent auf die CMA; den Rest erhielt die Zentrale Markt- und Preisberichtsstelle für Erzeugnisse der Land-, Forst- und Ernährungswirtschaft GmbH (ZMP). Der Name der ZMP war Programm: Sie ermittelte und veröffentlichte die Preise aller relevanten Agrarprodukte. Die „grüne Branche“ machte auf eigene Kosten den landwirtschaftlichen Rohstoffmarkt für jedermann transparent. Unternehmertum sieht anders aus.

„MARKENQUALITÄT AUS DEUTSCHEN LANDEN“

Dem Beschluss des Bundesverfassungsgerichtes war 2002 ein Urteil des Europäischen Gerichtshofes vorausgegangen, das die CMA inhaltlich und organisatorisch an die kurze Leine legte. Die Marketinggesellschaft durfte fortan nicht mehr in der bisherigen Weise („Markenqualität aus deutschen Landen“) die Herkunft der Produkte bewerben, weil das Erzeugnisse aus anderen Staaten der Europäischen Union diskriminiere. Übrig blieb die Möglichkeit, Produkte einer Gattung zu bewerben, wie Fleisch „als Lebenskraft“. Derartige Werbung förderte zugleich den Absatz deutscher und ausländischer Ware. Geld an den „Flaschenhalsbetrieben“ einzusammeln, war der CMA aber wiederum nur erlaubt, um mit diesen Mitteln deutsche Produkte zu promoten. Juristen sahen die „Gruppennützigkeit“ der Sonderabgaben nicht mehr als gegeben. Dieser wenig klangvolle rechtliche Terminus war ein Kernelement des Absatzfonds samt CMA.

Ob Gattungswerbung wirklich zieht? Geschenkt. Ob die Beitragshöhe der CMA angemessen war? Darüber lässt sich lange diskutieren. Dass Tier- und Verbraucherschützer in der Spätphase im Absatzfonds mitreden durften, ohne zu zahlen? Verständlicherweise keine gute Idee aus Sicht der Land- und Ernährungswirtschaft. Darauf kam es aber nicht mehr an.

Mit dem Abgang der CMA war für die werbetreibenden Medien ein Etat samt Ansprechpartner verschwunden – von heute auf morgen. Die Agrar- und Ernährungsbranche war als Gesamtheit vom mächtigen Partner zum zahn-, sprich mittellosen Tiger mutiert. Wie das, bei allem Respekt vor unabhängigen Redaktionen, das Standing der Land- und Ernährungswirtschaft gegenüber Medienhäusern veränderte, möge ein jeder selbst reflektieren.

Der Untergang der Marketinggesellschaft läutete ein passantes Ende eines Milieus ein, das heute nur einen Schatten seiner früheren Stärke aufweist. Träger politischer Mandate und Funktionäre der Agrarverbände repräsentierten und organisierten über Generationen, was heute unter „landwirtschaftlicher Kommunikation“ etwas sperrig daherkommt. Im Habitus wie im Denken

konservativ-liberal geprägt, hat dieses spöttisch als „Lodenmantelfraktion“ bezeichnete Milieu bis heute nicht ganz erkannt, dass es sich politisch einem fundamental gewandelten Lager verbunden fühlt. Es kommen jedoch erste Zweifel auf. Oder um es wie ein langjähriger Unions-Mandatsträger zu formulieren, der als Landwirt und Funktionär unlängst die Frage stellte, ob die CDU noch die Partei der Bauern sei: Er ließ sie unbeantwortet, zog aber seine Konsequenzen.

DEKLASSIERTE „AGRARLOBBY“

Der Einfluss klassischer Agrarverbände wird nicht zuletzt im Vergleich zu mächtigen Nichtregierungsorganisationen (NRO, englisch: *Non-governmental organization*, NGO) überschätzt. Umweltorganisationen, teils mit fragwürdigen internen Machtstrukturen und hohen Budgets, genießen fast unwidersprochen den Glorienschein des Guten. Landwirtschaftliche Interessenvertretungen mit ihren demokratischen Strukturen werden hingegen als „Lobby“ deklassiert.

Die NGOs sind favorisierte Gesprächspartner, gerade der öffentlichen Medien, zu landwirtschaftlichen Fragen. Sie konnten sich erfolgreich als führende Meinungsmacher etablieren. Während die NGOs im vopolitischen Umfeld flächendeckend Stellung zur Landwirtschaft beziehen, besetzen die Grünen das Thema weitgehend in der Legislative. Sind sie an einer Regierung beteiligt, geht das Agrarressort meist an sie. Derzeit findet das nur auf Länderebene statt. Selbst wenn grüne Politiker kein entsprechendes Regierungsamt mehr innehaben, ist ihre Expertise in den Redaktionen weiterhin gefragt. Renate Künast, vor weit mehr als einer Dekade erste grüne Bundeslandwirtschaftsministerin, wird zu jeweils aktuellen Fragen rund um Landwirtschaft und Ernährung interviewt. Davon können ehemalige Agrarminister anderer Parteien, einschließlich der Union, nur träumen. Spätestens mit dem Ende ihrer Dienstzeit sind sie lediglich noch in Fachzirkeln präsent.

In dieser Situation mit immer weniger belastbaren Informationskanälen in die Politik attestiert sich die Landwirtschaft seit Jahren ein Problem mit den Medien. Von „Skandalisierung“ ist die Rede, und es wird eine „ausgewogene Berichterstattung“ gefordert. Was Letztgenannte sein soll, kann niemand akzeptabel definieren, doch manche Skandalisierung ist nicht zu übersehen. Verstöße einzelner Landwirte gegen Tier- und Umweltschutz werden als systemimmanent dargestellt. Für die Bündnisgrünen kommt mit der „Agrarwende“ die (Er-)Lösung. Millionenschwere Umweltorganisationen verstärken diesen öffentlichen Druck durch ihre Kampagnen. Die Bio-Landwirtschaft wird als Heilsbringer dargestellt und wohlweislich zweierlei ausgeblendet: Innerhalb der Landwirtschaft sind die Grabenkämpfe zwischen „bio“ und „konventionell“ weitgehend beendet. Beide Wirtschaftsformen

müssen sich einem Markt stellen, auf den einzelne Erzeuger so gut wie keinen Einfluss haben. Unter den Bio-Erzeugern verbreitet sich Skepsis, ob ihr Geschäftsmodell für eine steigende Anzahl von Anbietern tragfähig sein kann. Je stärker Discounter in die „Bio-Linie“ einsteigen, desto schneller ist es vorbei mit hohen Gewinnmargen.

Bemerkenswert ist das wenig ausgeprägte Sensorium landwirtschaftlicher Interessenvertreter für kommende Themen. Nach der frühzeitig absehbaren und für die Befürworter inzwischen verlorenen Diskussion über das Pflanzenschutzmittel Glyphosat sollten die Antennen endlich auf Empfang stehen. Weit bedeutendere, grundsätzliche Auseinandersetzungen zeichnen sich am Horizont ab: Wer in Städten privaten Wohnraum enteignen will, hat vermutlich ebenso wenig Hemmungen, das land- und forstwirtschaftliche Eigentum zu „sozialisieren“. Niemand soll später sagen, er sei nicht gewarnt gewesen: Rund achtzig Prozent der Fläche der Bundesrepublik Deutschland werden land- und forstwirtschaftlich genutzt. Ein Bruchteil der Bevölkerung besitzt daran Eigentum. Weitere Grundbesitzer sind der Staat, die Kirchen und sonstige Körperschaften. Kurzgefasst: Wenigen gehört fast die gesamte Landesfläche. Daraus könnten interessierte Kreise schnell eine Story mit ökologisch begründeter Enteignung stricken.

TRAKTOR-STERNFahrTEN SIND ERST DER ANFANG

Die politisch-mediale Gemengelage nagt am Selbstverständnis der Landwirte. Haben sie sich jahrelang mit einer rechtfertigenden Gegenargumentation begnügt, zeichnet sich jetzt eine ganz eigene „Agrarwende“ ab. Nicht vom grünen politischen Lager und dessen Hilfstruppen getrieben, sondern aus der Landwirtschaft selbst. Die Bauern fühlen sich als Opfer einer überregulierten und (land)wirtschaftsfeindlichen Politik. Die Traktorsternfahrten nach Berlin und in andere deutsche Großstädte Ende 2019 waren erst ein Anfang. Sie zeigen eine neue Art des Selbstbewusstseins. Als Aktionen ein Hingucker, bringen sie aber zunächst weniger, als von den Demonstranten erhofft. Die Bauern werden sich wohl nicht schnell zufriedengeben. Die Einladung zum Dialog mit der Bundesregierung ist fraglos ernst gemeint und klingt nach einem (ersten) Sieg für die Bauern, aber sie wissen, es ist auch der Versuch, den Protest einzuhegen. Für die Landwirte war es ein symbolträchtiger Auftakt, hilfreich ist es jedoch, wenn der Dialog nicht in Berlin, sondern auf den Höfen fortgesetzt wird. Dort, wo die Landwirte leben und arbeiten, müssen sich Bauern ohnehin nach weiteren Verbündeten umschaun. Mit ihrem niedrigen Anteil an der Gesamtwählerschaft können sie kaum etwas erreichen. Selbst wenn sie wirtschaftlich und sozial die ländlichen Räume wesentlich stärker prägen, als ihre Macht an der Wahlurne vermuten lässt.

Weite Teile der Bevölkerung nehmen die Protestaktionen positiv auf. Dies kann ein Hinweis sein, dass Wertschätzung für die Landwirtschaft sehr wohl existiert, jedoch durch laute Kritik einzelner gut organisierter Gruppen, verstärkt durch mediale Zerrbilder, unzureichend wahrgenommen wird.

Die Zeit ist reif für eine Land-Allianz. Alle, die auf dem Land mehr erreichen wollen, als zur Sommerfrische das ländliche Idyll zu suchen, müssen sich finden. Aus den Bauernprotesten kann eine Bewegung entstehen, die Schluss macht mit vermeintlich oder tatsächlich abgehängten Regionen. Ja, es gibt Probleme, von der Infrastruktur über die kommunale Selbstverwaltung bis zum ländlichen Arbeitsmarkt. Diese betreffen nicht nur die zahlenmäßig relativ kleine Gruppe der Landwirte. Handwerker, die regionalen Banken und der gesamte Dienstleistungssektor sind in ländlichen Regionen auf lebendige Dörfer angewiesen. Die Liste ließe sich leicht erweitern. So wünschenswert diese Allianz ist, so schwierig wird ihre Formierung sein. Bereits die Landwirte selbst sind sich in ihren Zielen und Methoden nicht einig. Umso aufwendiger wird es sein, Mitstreiter zu gewinnen und nach außen gemeinsam aufzutreten.

Die Landwirtschaft könnte zu dieser wirtschaftlich-sozialen Bewegung die kommunikativ besten Plots beitragen. Es beginnt mit der unternehmerischen Tradition. In Deutschland existieren nicht wenige landwirtschaftliche Betriebe mit einer über Jahrhunderte währenden (Familien-)Geschichte. Dagegen muten die in anderen Branchen gefeierten Jubiläen von wenigen Jahrzehnten wie das Event eines Start-ups an. In der eigenen Lebens- und Arbeitswelt gebunden, womöglich zu bescheiden, haben die Landwirte bislang zu wenig gezeigt, wo sie herkommen und was ihre Ziele sind – historisch, gesellschaftlich und ökonomisch.

SCHLUSS MIT DRÖGEN FORMATEN

Apropos „Gesellschaft“: Die Forderungen nach einer „gesellschaftlich akzeptierten Landwirtschaft“ oder der Wunsch, „Landwirtschaft und Gesellschaft“ mögen wieder „näher zusammenrücken“, gehen inzwischen sogar Agrarfunktionären und konservativen Politikern mühelos über die Lippen. Was Landwirtschaft ist, lässt sich rasch definieren. Schwieriger wird es, „die Gesellschaft“ zu beschreiben. Es spricht einiges dafür, dass dabei die (urbanen) Meinungseliten mit „Gesellschaft“ gleichgesetzt werden. Respekt vor einem solch erfolgreichen Framing dieser Eliten!

Selbst mit einem weiter gefassten Gesellschaftsbegriff sind diese Absichten absurd und stellen für die Agrarwirtschaft kontraproduktive Worthülsen dar. Die Landwirtschaft, mit all ihren Stärken und Schwächen, ist doch seit jeher Teil der Gesellschaft. Sie außerhalb der Gesellschaft zu verorten, schließt eine konstruktive Debatte aus.

Eingedenk dieser Prämisse lohnt der Blick auf die zahlreichen Initiativen für landwirtschaftliche Öffentlichkeitsarbeit. Eine jede ist vermutlich irgendwie gerechtfertigt, obschon ihre Effizienz oft nur wenig überzeugt. „Modern“ soll die Landwirtschaft sein, „digital“ ebenfalls, und der Begriff „Nachhaltigkeit“ fehlt nie. Das verschafft den Verantwortlichen das gute Gefühl, etwas getan zu haben, und mag in Einzelfällen die Zielgruppen erreichen. Agrar-Kommunikation ist bislang eine humorfreie Zone. Höchstens unfreiwillig komisch sind die Protagonisten des unsäglichen TV-Formats „Bauer sucht Frau“. Anstelle gestandener Bauern beeinflussen in der Dokusoap bemitleidenswert trottelige Gestalten als Bauerndarsteller das Image der Landwirte. Bloß nicht zu lange darüber aufregen!

Vielmehr sollte die Landwirtschaft das Interesse am Leben auf dem Land nutzen – aber lässiger als in der Vergangenheit. Dröge Formate, gern als Debatten mit NGOs, sind Zeitverschwendung, weil die Rollen bereits vorab feststehen: Landwirte wahlweise als Tierquäler, Subventionsempfänger und Umweltverschmutzer. Naturschutzaktivisten als ökologische Lichtgestalten, die selbstlos für eine bessere Welt streiten. Auch der Schlagabtausch zwischen Landwirten und deren professionellen Kritikern in den sozialen Medien ermüdet auf Dauer. Breite Massen erreicht man so nicht – Follower und Freunde sind trügerische Kategorien der sozialen Medien. Nach „Faves“ oder „Likes“ zu heischen, bringt den Dopaminstoffwechsel der Beteiligten auf Touren – gestillte Eitelkeit ist als Kommunikationsziel aber zu klein gefasst.

Eine Kommunikationsoffensive für die Landwirtschaft muss Macher, und natürlich Macherinnen, zeigen, darf sich nicht in der Etappe aufhalten. Die gegenwärtig in Projekten mit überschaubarem Erfolg verteilten Mittel gilt es zu bündeln. An Ideen mangelt es nicht. Der mögliche Arbeitstitel für ein zentrales Vorhaben könnte „Agrar-TV“ lauten – ein Mix aus Doku, Serien, News über die Landwirtschaft und das wahre Dorfleben. Selbstbewusst verpackt und professionell produziert. Die Zielgruppe ist weit größer als die Landwirtschaft und deren direktes Umfeld. Denn es gibt weit mehr Menschen, als manche denken, die Fleisch für ein Stück Lebenskraft halten und sich noch dazu dafür interessieren, woher es kommt.

Alles Bio, oder was?

Perspektiven ökologischer Landwirtschaft in Deutschland und weltweit

SEBASTIAN BALZTER

Geboren 1978 in Fulda, Wirtschaftsredakteur der „Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung“.

Bio-Lebensmittel liegen im Trend. Die steigende Nachfrage stellt frühere Selbstverständlichkeiten der Branche infrage.

„Wunderbrot“ ist zurzeit der Renner. Hafer- und Hirseflocken, Kürbiskerne, Leinsaat, Sesam, Chia- und Flohsamen stecken drin, es ist glutenfrei, eiweißreich – und selbstredend stammen alle Zutaten aus biologischem Anbau. Ein überdurchschnittlich ernährungsbewusster norwegischer Pastor, zugleich der offizielle Sportseelsorger seiner Landeskirche, hat das Rezept entwickelt, die

Verheißung wundertätiger Wirkung im Namen kommt also nicht von ungefähr. In Deutschland verkauft Jan-Peter Bauck seit gut zwei Jahren die Mischung zum Selbstbacken, die 600-Gramm-Packung für 3,99 Euro das Stück. Und die Nachfrage übertrifft, wie Bauck berichtet, bisher alle Erwartungen.

Als sein Onkel vor rund 45 Jahren in der Lüneburger Heide aus dem Bauernhof der Familie das Unternehmen Bauckhof Naturkost gründete, machte ihn das zu einem der Pioniere der Bio-Branche in Deutschland. Heute ist der Bauckhof ein mittelständischer Betrieb, spezialisiert auf das Mahlen, Mischen und Abpacken von biologisch angebautem Getreidekorn und den Vertrieb der daraus hergestellten

Produkte. 190 Mitarbeiter beschäftigt das Unternehmen, der Umsatz lag zuletzt bei 53 Millionen Euro, rund doppelt so viel wie vor fünf Jahren. Eine stürmische Entwicklung, nicht nur wegen des „Wunderbrots“. „Die vergangenen Jahre waren ein Geschenk für uns“, sagt Jan-Peter Bauck dazu.

Von der neuen deutschen Bio-Begeisterung haben viele profitiert. Der Markt für Bio-Lebensmittel ist zuletzt jährlich um fünf bis zehn Prozent gewachsen. Rund elf Milliarden Euro haben die deutschen Verbraucher im vergangenen Jahr für Bio-Produkte ausgegeben. Die Zahl der Biolandwirte, die beim Anbau auf künstliche Pflanzenschutzmittel und herkömmlichen Mineraldünger verzichten, außerdem ihren Rindern, Schweinen und Hühnern mehr Auslauf und mehr Platz im Stall gewähren, nimmt in vergleichbarem Tempo zu.

BESCHEIDENE MARKTANTEILE

Während sich Verbraucher vom Einkauf und Verzehr von Bio-Lebensmitteln positive Folgen für ihr eigenes Wohlbefinden und das Leben der Nutztiere, für die Artenvielfalt und den Klimaschutz erhoffen, machen den Landwirten nicht zuletzt betriebswirtschaftliche Argumente die Umstellung auf die Regeln des Ökolandbaus attraktiv. Vor allem kleinere Höfe haben derzeit in Deutschland deutlich bessere Verdienstaussichten, wenn sie Bio-Getreide oder Bio-Milch verkaufen, und das auch wegen der staatlichen Förderung. Anderthalb Millionen Hektar Weide- und Ackerland werden inzwischen von Bio-

bauern bewirtschaftet; das entspricht der Fläche von Schleswig-Holstein. Wenn nicht alle Zeichen trügen, wird sich die Entwicklung fortsetzen. Die Bundesregierung und einige Landesregierungen haben sich ausdrücklich vorgenommen, die Bio-Quote in den kommenden Jahren deutlich zu steigern.

Bio liegt im Trend. Das gilt für Politik und Gesellschaft bisher sogar noch mehr als für Landwirtschaft und Lebensmittelhandel. Verglichen mit dem Zustrom zu den *Fridays for Future*-Demonstrationen für mehr Klimaschutz und den jüngsten Wahlergebnissen der Grünen, nehmen sich die Bio-Marktanteile geradezu bescheiden aus. Nicht einmal zehn Prozent der landwirtschaftlichen Fläche in Deutschland werden ökologisch bewirtschaftet, und nur knapp sechs Prozent des gesamten Lebensmittelumsatzes entfallen auf Bio-Produkte. Auch im Vergleich mit anderen Ländern steht Deutschland nicht an der Spitze. In Dänemark haben Bio-Lebensmittel einen mehr als doppelt so hohen Marktanteil wie hierzulande: Die Dänen geben im Durchschnitt auch mehr als doppelt so viel für Bio-Produkte aus wie die Deutschen.

Da ist also noch Luft nach oben. Mit einiger Gewissheit wird das zu erwartende künftige Wachstum der Bio-Branche allerdings anderen nutzen, als man auf den ersten Blick vermuten möchte. Massentauglich wird Bio-Ware nämlich erst dadurch, dass Discounter wie Aldi und Lidl sie im großen Stil in ihr Sortiment aufgenommen haben. Sie brauchen andere Lieferanten als der traditionelle Bioladen, der sich auf kleine Familienbetriebe in der Region verlassen kann. Beispielhaft dafür, in welcher Größenordnung Bio-Landwirtschaft in Zukunft öfter betrieben

werden dürfte, ist das Hofgut Eichigt im sächsischen Vogtland mit rund 1.500 Milchkühen. Solche Dimensionen mögen manchem Bio-Beseelten unheimlich vorkommen. Sie sind jedoch Voraussetzung dafür, dass Bio-Lebensmittel günstiger und breiter verfügbar werden als bisher.

GENTECHNIK UND TROTZDEM BIO?

Sind das gute oder schlechte Nachrichten für alteingesessene Bio-Anbieter wie den Bauckhof aus der Lüneburger Heide, die für ihre Ware eher höhere Preise verlangen? Geschäftsführer Jan-Peter Bauck ist optimistisch. Der Bio-Markt werde sich zunehmend ausdifferenzieren, prophezeit er. Produkte mit dem vergleichsweise leicht zu erreichenden Bio-Siegel der Europäischen Union würden zum Einsteigerangebot, anspruchsvollere Kunden griffen dagegen zum sogenannten „Verbandsbio“, dem die strengeren Anforderungen von Erzeugerverbänden wie Bioland und Demeter zugrunde liegen.

Progressive Bio-Frontleute wie der Schweizer Agrarwissenschaftler Urs Niggli, Direktor des Schweizer Forschungsinstituts für ökologischen Landbau, sehen in diesem Szenario sogar die Gelegenheit, den ökologischen Landbau so zu verändern, dass die Weltbevölkerung eines Tages zum großen Teil von Bio-Lebensmitteln satt werden könnte. Dieses Ziel liegt, dem aktuellen Rückenwind für die Bio-Branche in Deutschland und Europa zum Trotz, noch in weiter Ferne. Weltweit werden nur 1,4 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche nach Bio-Kriterien bestellt. Der überwiegende Teil davon ist

Weideland. Für die Ernährung von künftig zehn Milliarden Menschen auf der Welt ist jedoch das Ackerland entscheidend, auf dem Weizen, Reis, Mais, Maniok und Soja angebaut werden. Von all diesen Feldfrüchten ernten Bio-Landwirte je Hektar deutlich weniger als ihre Kollegen, die konventionelle Anbaumethoden nutzen. Beim Weizen ist der Unterschied besonders groß: Hier kommen Bio-Landwirte in Deutschland nur auf rund vierzig Prozent des konventionellen Ertrags je Hektar. Anders gesagt: Sie benötigen gut doppelt so viel Fläche für die gleiche Erntemenge.

Das ist ein Ergebnis, das zum steigenden Nahrungsmittelbedarf der stetig wachsenden Weltbevölkerung schlecht passt. Urs Niggli plädiert deshalb für die Öffnung des Bio-Standards – zumindest auf der niedrigsten Eingangsstufe – für neuartige Züchtungsmethoden, wie etwa die sogenannte Genschere CRISPR/Cas. Mithilfe dieser molekularbiologischen Methode, die Nutzpflanzen auf eine effizientere und flexiblere Art verändern kann, ließen sich Pflanzen züchten, die Hitze und Dürre besser aushalten und die gegen bestimmte Schädlinge von sich aus resistent sind. Das würde höhere Erträge mit weniger Dünger und ohne Einsatz künstlicher Pflanzenschutzmittel bedeuten. Außerdem müssten die Landwirte seltener mit dem Traktor über ihre Felder fahren, was Diesel spart und gut fürs Klima ist.

Bislang sind die Bio-Verbände nicht bereit, für diese Vorteile ihre grundsätzliche Ablehnung jeder Art von Gentechnik abzumildern. Doch je größer die Bio-Fläche und die Nachfrage nach Bio-Lebensmitteln werden, desto drängender stellt sich die Frage, ob diese Kompromisslosigkeit noch verantwortungsvoll ist.

Ausstieg aus der Dauer-Kontroverse

Die schwierige Suche nach Zielbildern für unsere Landwirtschaft

FOLKHARD ISERMEYER

Geboren 1958 in Braunschweig, Agrarökonom, seit 2009 Präsident des Thünen-Instituts, Braunschweig.

Grüne Kreuze auf den Feldern, Traktorenkonvois, Attacken in den sozialen Netzwerken: Landesweit machen Bauern ihrem Ärger Luft. Sie haben den Eindruck, dass der Rechtsrahmen für ihre Betriebe immer stärker von einer urban

geprägten Bevölkerung bestimmt wird, die zum einen nicht sachkundig ist und zum anderen von den negativen Folgen der beschlossenen Maßnahmen nicht betroffen sein wird. Deshalb fordert die Bewegung „Land schafft Verbindung“ in ihrer Resolution vom 3. Dezember 2019: „Das Leben auf dem Land muss von jenen bestimmt werden, die sich dort ökonomisch, sozial und kulturell einsetzen.“

Eine Erwiderung von Umwelt- und Tierschutzverbänden steht noch aus, doch ist zu erwarten, dass die kritischen Organisationen diese Forderung der Landwirte nicht akzeptieren werden. Aus ihrer Sicht war es der allzu große Einfluss der Agrarlobby, der in den letzten Jahrzehnten die Agrarpolitik und damit auch die Landwirtschaft in eine falsche Richtung geführt hat.

Also beide Seiten zurück in die Schützengräben? Nicht zwangsläufig. Ermutigend ist, dass allseits Bereitschaft zum Dialog mit der „Gegenseite“ signalisiert wird. So heißt es in der Resolution von „Land schafft Verbindung“: „Wir wollen Menschen zusammenbringen und die Debatte um die Zukunft des ländlichen Raums fördern und beflügeln.“ Der Deutsche Land-Frauenverband (dlv) geht in seinem Positionspapier vom 2. Dezember 2019 einen Schritt weiter: Der dlv ist „überzeugt, dass es dringend einer gemeinsamen Vision [...] sowie konkreter Zielbilder für eine gesellschaftlich akzeptierte Landwirtschaft der Zukunft bedarf“. Um das zu erreichen, fordert der dlv einen breit angelegten, dauerhaften Dialogprozess. Mittelfristiges Ziel ist der „Abschluss eines Gesellschaftsvertrages, der konkrete gemeinsame, langfristige Zielbilder über die zukünftige Ausrichtung der deutschen Landwirtschaft festschreibt. Dieser muss die Grundlage für eine kohärente Weiterentwicklung der deutschen Agrarpolitik liefern.“

ZIELBILDER STATT ZIELE

Ein Gesellschaftsvertrag mit konkreten Zielbildern? Dieser Vorschlag soll im Folgenden näher durchdacht werden. Zunächst: Warum „Zielbilder“ und nicht „Ziele“? Weil sich Menschen unter einem Offenstall mit Einstreu, einer Solaranlage auf dem Acker oder einem Wasserrückhaltebecken in der Agrarlandschaft etwas vorstellen können. Landwirte können einschätzen, ob solche Zielbilder auch bei schlechtem Wetter oder im Seuchenfall funktionieren. Wissenschaftler können analysieren, welche Emissionen entstehen oder wie rentabel die Anlagen sind. Und die Bevölkerung kann bewerten, ob die Bilder (sowie die von der Wissenschaft mitgelieferten Zahlen) ihren Vorstellungen entsprechen und wie viel sie dafür zu zahlen bereit ist.

Demgegenüber sind „Ziele“ wie zum Beispiel mehr Tierschutz, weniger Emissionen oder höhere Wettbewerbsfähigkeit zunächst nur abstrakte Begriffe, die seit Jahrzehnten in den Politiker-Statements zu hören sind und sich abgenutzt haben. Man kann solche Ziele zwar mit Indikatoren messbar machen, doch wird die Kritik an der Landwirtschaft auch bei verbesserten Indikatorwerten fortbestehen, wenn die Bilder der Produktionssysteme nicht den Wünschen der Bevölkerung entsprechen. Eine gesellschaftlich akzeptierte Landwirtschaft muss beides liefern: gute Zahlen und gute Bilder.

Für die Landwirte sind verlässlich vereinbarte Zielbilder wichtig geworden, weil sie ihre Produktionssysteme langfristig planen müssen. Nehmen wir

als Beispiel einen Junglandwirt, der einen neuen Schweinestall bauen möchte: Gegenwärtig hat er (gefühl) eine fünfzigprozentige Chance auf eine Fehl-investition. Baut er einen Warmstall mit Vollspaltenboden, so ist das zwar am kostengünstigsten, doch muss er damit rechnen, dass ihm in einigen Jahren aufgrund von Tierwohl-Defiziten die Betriebserlaubnis entzogen wird oder der Handel ihm die Tiere nicht mehr abnimmt. Entscheidet er sich für den Offenstall mit Einstreu, so ist das zwar besonders tiergerecht, aber vielleicht wird ihm in einigen Jahren wegen hoher Emissionen die Betriebserlaubnis entzogen oder die Mehrkosten dieses Produktionssystems werden dauerhaft nicht gedeckt, weil Importe die Schweinepreise niedrig halten.

OPTIONEN FÜR DIE FINANZIERUNG

An diesem Beispiel wird deutlich, dass es nicht genügt, nur Zielbilder zu fixieren. Ebenso wichtig ist es, ein überzeugendes Finanzierungskonzept zu beschließen, mit dem die Zielbilder erreicht werden können. Unsere Landwirtschaft steht im internationalen Wettbewerb, und hier orientieren sich die Preise – abgesehen von Marktnischen – in der Regel an der jeweils kostengünstigsten Produktionstechnik. Wenn nun die Zielbilder, die für den deutschen Agrarsektor vereinbart werden, von diesem Kostenminimierungspfad abweichen, dann können Landwirte solche Zielbilder nur Realität werden lassen, wenn sie einen finanziellen Ausgleich zur Abdeckung der erhöhten Produktionskosten erhalten.

Für diese Finanzierung gibt es zwei Optionen. Die *erste* Option besteht darin, (a) die Zielbilder EU-weit zu vereinbaren, (b) die gesetzlich vorgeschriebenen Standards für die Landwirtschaft EU-weit anzupassen und (c) handelspolitisch einen Außenschutz durchzusetzen. Die EU-Preise pendeln sich dann oberhalb des Weltmarktpreises ein, sodass es letztlich die Verbraucher sind, die die Mehrkosten des höheren Tier- und Umweltschutzes zahlen. Die Umsetzungschancen dieser Option sind allerdings gering. Zum einen dürfte es schwierig werden, die EU-interne Meinungsbildung auf ein hohes Tier- und Umweltschutzniveau auszurichten. Zum anderen orientiert sich die Handelspolitik noch immer an der Freihandelsdoktrin. Ob die künftige EU-Klimaschutzpolitik, die auf eine CO₂-Bepreisung emissionsintensiver Billigimporte angewiesen sein wird, hieran etwas ändern kann, bleibt abzuwarten.

Die *zweite* Option hat – zumindest kurz- und mittelfristig – größere Erfolgsaussichten. In diesem Fall bleiben die Agrarpreise auf dem niedrigen internationalen Niveau, und die Landwirte werden mithilfe von Umwelt- und Tierwohlprämien sowie Investitionsförderung in die Lage versetzt, ihre Produktionssysteme an die gesellschaftlichen Erwartungen anzupassen. Bei dieser Option tragen letztlich die Steuerzahler die Mehrkosten.

Gibt es nicht auch noch eine *dritte* Option, bei der Lebensmittelhandel und Verbraucher freiwillig höhere Preise für Produkte zahlen, die unter erhöhten Umwelt- und Tierschutzstandards erzeugt wurden? Ja und nein. Ja, die Wirtschaft kann bei engagierten Verbrauchern eine erhöhte Zahlungsbereitschaft mobilisieren und tut das bereits, beispielsweise im Marktsegment des ökologischen Landbaus. Aber nein, diese Option ist nicht geeignet, um den gesamten Agrarsektor auf ein erhöhtes Tier- und Umweltschutzniveau zu bringen, da sie immer nur für einen gewissen Teil des Marktes funktioniert.

EINE „ECHTE STRATEGIE“ FÜR DEUTSCHLAND

Bleiben wir also bei Finanzierungsoption zwei und fragen uns, wie Deutschland nun zu konkreten Zielbildern kommen kann. Hierzu enthielt der Reformvorschlag für die Gemeinsame Agrarpolitik, den die bis 2019 amtierende EU-Kommission gemacht hat, einen interessanten Kerngedanken: Jeder Mitgliedstaat soll einen nationalen Strategieplan entwickeln und dann den Einsatz der Finanzmittel, die ihm in der Gemeinsamen Agrarpolitik zur Verfügung stehen, konsequent darauf ausrichten.

Ob die neue EU-Kommission diesen Vorschlag weiterverfolgen wird, lässt sich noch nicht absehen. Falls ja, würde die größte Herausforderung für Deutschland darin bestehen, eine „Strategie im eigentlichen Sinne“ zu konzipieren. Das käme einer grundlegenden Wende in der deutschen Agrarpolitik gleich, denn bisher haben agrarpolitische Strategiepapiere eher den Charakter von „Rechtfertigungspapieren“, in denen wortreich begründet wird, weshalb der Einsatz von Steuermitteln weiterhin gerechtfertigt erscheint. Was in der Regel fehlt, sind konkrete Ziele beziehungsweise Zielbilder, konkrete Meilensteine auf der Zeitachse und ein Instrumenten-Mix, mit dem diese Meilensteine auch tatsächlich erreicht werden.

Sofern sich die Politik künftig tatsächlich in diesem Sinne aufstellen möchte, sind folgende Schritte notwendig. *Erstens* muss sichergestellt werden, dass die EU-Agrarpolitik (a) ausreichende Freiräume für eine ergebnisoffene nationale Strategie gewährt und dass sie (b) den Mitgliedstaaten weiterhin ermöglicht, zur Erreichung ambitionierter Ziele zusätzliche Mittel aus ihren nationalen Haushalten einzusetzen. *Zweitens* müssen sich Bund und Länder dazu durchringen, die „echte Strategie“ gemeinsam zu entwickeln. Die bisherige Arbeitsteilung, bei der manche Elemente der Agrarpolitik vom Bund geregelt werden und andere von jedem Bundesland individuell, ist zu hinterfragen. *Drittens* muss auf Bundesebene die Dauer-Rivalität zwischen dem Agrar- und dem Umweltministerium überwunden werden. Solange beide Häuser unterschiedliche Vorstellungen zur künftigen Ausrichtung der Landwirtschaft veröffentlichen, werden Landwirte misstrauisch bleiben. Politik

und Wirtschaft müssen sich, *viertens*, gemeinsam mit wichtigen Gruppen der Zivilgesellschaft auf langfristige Zielbilder verständigen, und die Politik muss dafür sorgen, dass Landwirte Vertrauensschutz genießen, wenn sie sich mit ihren Investitionen auf diesen Kurs einlassen.

FORTSCHRITTE BEIM TIERWOHL

Die Idee, mithilfe einer „echten Strategie“ eine ganze Wirtschaftsbranche auf ein anderes Gleis zu setzen, ist für die landwirtschaftliche Tierhaltung bisher am weitesten gediehen. Der Veränderungsdruck ist hier besonders groß. Die Bevölkerung misst dem Tierwohl eine besonders hohe Bedeutung bei, und viele der besonders kostengünstigen Produktionssysteme werden als nicht zukunftsfähig erachtet. Diese Kritik wird nicht nur von Tierschutzorganisationen und Journalisten geäußert, sondern auch von zahlreichen Wissenschaftlern und Tierärzten, vom Lebensmittelhandel und von kritischen Agrarverbänden. Sie schlägt sich zunehmend auch in Gerichtsurteilen nieder.

Der massive Druck hat dazu geführt, dass sich die Wirtschaft entlang der Lebensmittelkette in der Initiative Tierwohl zusammengeschlossen hat. Der Lebensmittelhandel zahlt einen Betrag von 130 Millionen Euro pro Jahr in einen Topf, aus dem Tausende von Landwirten eine Tierwohlprämie erhalten, wenn sie ihren Nutztieren zum Beispiel mehr Platz gewähren oder Spielmaterial anbieten. Während die Initiative Tierwohl vor allem auf Breitenwirkung abzielt (unter Beibehaltung der bestehenden Haltungssysteme), werden in Labelprogrammen (Tierschutzlabel, Neuland, Ökologischer Landbau) ambitioniertere Zielbilder umgesetzt, die andere Stallkonzepte erfordern. Diese Labelprogramme sind allerdings bisher auf kleine Marktsegmente beschränkt geblieben. Als dritter Ansatz ist die EU-Agrarpolitik zu nennen: Einige Bundesländer bieten in einem kleinen Segment der ländlichen Entwicklungspolitik Tierwohlprämien an, um Landwirten zu ermöglichen, ihre Tierhaltung besser auf die gesellschaftlichen Erwartungen auszurichten.

Alle drei Konzepte funktionieren im Prinzip ähnlich, haben aber jeweils eigene Regeln, Zielbilder und Auditierungen. Besonders problematisch: Auch zusammengenommen erreichen die bisherigen Initiativen nicht annähernd die Finanzkraft, die erforderlich wäre, um die Tierwohl-Defizite der deutschen Nutztierhaltung zu beseitigen. Hierfür ist nach Schätzung des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) ein Betrag von drei bis fünf Milliarden Euro pro Jahr erforderlich.

Vor diesem Hintergrund wird aktuell im Kompetenznetzwerk Nutztierhaltung unter Leitung des früheren Landwirtschaftsministers Jochen Borchert an einem Plan gearbeitet, mit dem die Branche schrittweise auf ein

deutlich höheres Tierwohlniveau gebracht werden soll. Das wird nur gelingen, wenn eine Finanzierung aus nationalen Steuer- oder Umlagemitteln etabliert wird, die im Einklang mit den Bestimmungen der EU-Agrarpolitik und des EU-Beihilferechts steht.

Bei der Konkretisierung der Zielbilder knüpft das Kompetenznetzwerk an Vorarbeiten an, die für die Einführung einer dreistufigen Haltungskennzeichnung gemacht wurden. Es gilt, für alle Tierarten zu konkretisieren, welche Tierwohlstandards in den verschiedenen Tierwohlstufen gelten sollen. Eine Kriterienliste ist allerdings noch kein Zielbild. Im nächsten Schritt müssen deshalb auf zahlreichen landwirtschaftlichen Pilotbetrieben „Erprobungsstätte“ errichtet werden, um unter Praxisbedingungen (mit wissenschaftlicher Begleitung) verschiedene Varianten zur Realisierung der neuen Standards testen zu können. Diesen „orchestrierten“ Suchprozess nach den bestmöglichen Zielbildern möglichst schnell und schlank zu organisieren, ist eine große Herausforderung. Er erfordert zuallererst eine klares politisches Bekenntnis, darüber hinaus aber eine Anpassung von Förder-, Bau- und Umweltrecht sowie eine starke Führungsinstanz.

GLOBALSTEUERUNG BEIM PFLANZENBAU

Der vom dlv angeregte Gesellschaftsvertrag könnte sein Ziel nur erreichen, wenn er sich nicht allein auf die Tierhaltung beschränkt, sondern ebenfalls die gesellschaftliche Kritik an der „Außenwirtschaft“ aufgreift und auch hierfür eine Transformationsstrategie entwickelt.

Eine Verständigung auf gesellschaftlich akzeptierte Zielbilder ist hier weitaus schwieriger. Die Standortbedingungen unterscheiden sich von Region zu Region, Landwirte bauen eine Vielzahl von Früchten an, und sie müssen weiterhin flexibel auf unterschiedliche Wetterbedingungen und Pflanzenzustände reagieren können. Diese notwendige Flexibilität durch immer mehr Detailvorschriften einzuschränken, die dann von den Behörden zu überwachen und zu sanktionieren sind, kann zu einer „Überbürokratisierung“ führen, die den Staat überfordert und die Innovationskraft der Landwirte vor allem auf die Frage ausrichtet, wie man die (als unsinnig empfundenen) Vorschriften möglichst unerkannt umgehen kann.

Das Alternativkonzept zur Entwicklung des Pflanzenbaus besteht deshalb darin, die erwünschte Richtungsänderung durch eine Globalsteuerung vorzunehmen. Wenn die Gesellschaft aus Klimaschutz- und Biodiversitätsgründen möchte, dass der Einsatz von Stickstoff- und Pflanzenschutzmitteln reduziert wird, dann besteht die adäquate Politikmaßnahme darin, diese Produktionsmittel zu verteuern (gegebenenfalls gestaffelt nach Risikoklassen). Das lässt sich prinzipiell mithilfe von Steuern erreichen, was allerdings starken politischen Gegenwind erzeugen würde: Die Steuern müssen hoch

dosiert werden, um eine deutliche Veränderung des Pflanzenbaus herbeizuführen, und diese hohe Dosis erzeugt bei Landwirten und Grundbesitzern starke Einkommensverluste, sodass schwierige Debatten bezüglich einer Einkommenskompensation entstehen.

Um dieser Problematik zu entgehen, könnte der Staat – im Rahmen des CO₂-Emissionshandels oder in einem gesonderten System – für jeden Hektar handelbare „Verschmutzungsrechte“ ausgeben (Stickstoffüberschuss, Pflanzenschutzmitteleinsatz) und die Gesamtmenge dieser Rechte jedes Jahr um einen gewissen Prozentsatz reduzieren. Landwirte, die mit weniger Stickstoffüberschuss beziehungsweise Pflanzenschutzmitteln zurechtkommen, können die nicht benötigten Zertifikate über den „Emissionshandel“ an Berufskollegen verkaufen. Der Vorteil solcher Regelungen besteht darin, dass der politisch festgelegte Reduktionspfad auch tatsächlich erreicht wird, mit den geringstmöglichen volkswirtschaftlichen Kosten. Alle Landwirte erhalten einen wirtschaftlichen Anreiz, sich zu beteiligen, können aber flexibel disponieren. Die Regelung kann allerdings nur funktionieren, wenn der Staat ein lückenloses, flächendeckendes Nährstoff- und Pflanzenschutzmittelkataster etabliert.

GESTALTUNG DER AGRARLANDSCHAFT

Ein erneuter Perspektivwechsel ist erforderlich, wenn wir abschließend zur Umgestaltung der Agrarlandschaften kommen. Hier geht es nicht darum, ob Rüben oder Weizen angebaut werden und wie viel hierbei gedüngt oder gespritzt wird. Vielmehr geht es um Umgestaltungen mit langfristiger Wirkung, zum Beispiel um Aufforstung, Agroforstsysteme, Biotopverbundsysteme, Blühstreifen, Wasserrückhaltebecken, Bewässerungsanlagen, Wiedervernäsung von Moorböden, Photovoltaikanlagen, Windräder, Plastikfolien, Feld-, Fahrrad-, Wander- und Reitwege, Acker- und Gewässerrandstreifen und Gebäude im Außenbereich. All das kann große Beiträge für Wertschöpfung, Klimaschutz, Biodiversität, Landschaftsästhetik und Erholungswert haben. Nur: Jedes Dorf verfügt über lediglich eine einzige Agrarlandschaft, und wenn diese durch „die große Politik“ auf ein primäres Ziel ausgerichtet wird (zum Beispiel Klimaschutz oder Wertschöpfung), können alle anderen Ziele gravierend zu kurz kommen.

Daher ist auf Ebene von Dörfern, Gemarkungen oder Samtgemeinden zu überlegen, wie die Agrarlandschaft so weiterentwickelt werden kann, dass größtmögliche Synergien entstehen. Eine neu gepflanzte Hecke an der richtigen Stelle und in der richtigen Pflanzenkomposition kann nicht nur zum Klimaschutz beitragen, sondern auch zum Erosionsschutz, zum Insektenschutz und zu weiteren Zielen. Ein vernachlässigter Feldweg kann eine unterlassene Gelegenheit sein, um Schulkinder sicher mit dem Fahrrad ins nächste Dorf zu

geleiten. Gute Zielbilder auf dieser kleinräumigen Ebene zu entwickeln, sollte die Königsdisziplin einer Politik für Landwirtschaft und ländliche Räume sein. Es liegt auf der Hand, dass solche Zielbilder nur vor Ort ausgestaltet werden können und nicht in Brüssel oder Berlin. Die große Politik müsste aber Prozeduren entwickeln, mit denen die Akteure vor Ort (Grundeigentümer, Landwirte, ländliche Bevölkerung) in die Lage versetzt werden, gemeinsam „auf Augenhöhe“ Zielbilder für ihre Region zu entwerfen und die Durchführung dieser Zukunftsinvestitionen zu finanzieren.

FAZIT UND AUSBLICK

Ein Gesellschaftsvertrag mit konkreten Zielbildern – dieses Konzept hat das Potenzial, die Dauer-Kontroverse zwischen Kritikern und Landwirtschaft zu überwinden. Die Analyse für die drei Baustellen Tierhaltung, Pflanzenbau und Agrarlandschaft hat aber gezeigt, dass jede dieser drei Baustellen eine eigene Art der Zielbildentwicklung erfordert. Das Konzept „one size fits all“ funktioniert für die Landwirtschaft nicht.

Wenn die Gesellschaft Zielbilder ansteuern möchte, die deutlich von den kostenminimalen Produktionssystemen der Weltagrarwirtschaft abweichen, so wird dies nur mit öffentlicher Finanzierung umsetzbar sein. Es liegt nahe, die Finanzmittel der Gemeinsamen Agrarpolitik vorrangig für die Transformation des Pflanzenbaus und der Agrarlandschaften zu nutzen, während für die Transformation der Tierhaltung eine Ergänzungsfinanzierung auf nationaler Ebene zu etablieren ist.

Wenn man sich die Kritik an der Entwicklung der modernen Landwirtschaft vor Augen führt, so gibt es jenseits von Tierhaltung, Pflanzenbau und Agrarlandschaft zwei weitere Bereiche, die mit dem Ziel einer gesellschaftlich akzeptierten Landwirtschaft „bearbeitet“ werden müssten. Der *erste* Bereich betrifft das Thema „Vielfalt und Macht“ auf lokaler Ebene: Muss der Staat eingreifen, wenn die Zahl der Betriebe immer weiter zurückgeht und irgendwann in vielen Gemeinden nur noch ein einziges Agrarunternehmen dominiert? *Zweitens* geht es um dasselbe Thema auf Weltniveau: Wie kann die Politik verhindern, dass bei Saatgut, Pflanzenschutz oder Tiergenetik globale Monopole entstehen und irgendwann die künftige Entwicklung der Landwirtschaft von wenigen Großkonzernen bestimmt wird? Auch zu diesen Fragen ließen sich „echte Strategien“ entwickeln, sofern die Politik dies wirklich wünscht.

Ohne Schwarz-Weiß- Denken

Die Landwirtschaft der Zukunft verbindet ökologische und konventionelle Ansätze

JULIA KLÖCKNER

Geboren 1972 in Bad Kreuznach, seit 2011 Landesvorsitzende der CDU Rheinland-Pfalz, 2011 bis 2018 Vorsitzende der CDU-Fraktion im Landtag Rheinland-Pfalz, seit März 2018 Bundesministerin für Ernährung und Landwirtschaft.

„Sie sind konventioneller Landwirt und setzen sich für Bienenschutz ein. Wie passt das zusammen?“ Mit dieser Frage wurde bei einer Veranstaltung, bei der ich neulich zu Gast war, ein junger Landwirt anmoderiert, der sich mit seinem Betrieb einer besonders nachhaltigen Wirtschaftsweise verpflichtet hatte. Diese Frage offenbart einen großen Teil der Missverständ-

nisse, die die Debatte um unsere Landwirtschaft prägen. Denn es gibt eben nicht dieses Schwarz und Weiß. Es gibt nicht zwei Fronten aus konventionell oder biologisch wirtschaftenden Betrieben.

Um bei den Missverständnissen zu bleiben: Auch das Bild, das die meisten Menschen im Kopf haben, wenn das Wort Landwirtschaft fällt, beruht darauf. Der Deutungsrahmen, der Frame, wie man heute sagt, der in unserem Gehirn aktiviert wird, wenn wir das Wort Landwirtschaft hören, basiert in erster Linie auf Bilderbüchern und Werbung für Dosenmilch und Vollmilchschokolade. Auf einer künstlichen Werbewelt aus grünen Wiesen, musealen Bauernhöfen, auf denen eine Bäuerin mit der Milchkanne in der Hand über den Hof hüpfet und der Bauer sein Gemüse im Flechtkorb in den Supermarkt trägt. In der allein der Gedanke an Pflanzenschutzmittel, an Dünger eine nahezu irrationale Abwehrhaltung erzeugt.

Meine These ist deshalb: Wenn wir eine Debatte darüber führen wollen, wie sich die Landwirtschaft künftig entwickeln soll, dann ist ein wichtiger erster Schritt, dass wir auch unser Bild von Landwirtschaft hinterfragen, es realistisch zeichnen und uns von den bequemen Deutungsrahmen lösen. Denn genau das würde dabei helfen, die Debatte sachlich und fachlich zu führen. Damit unser Gehirn eben nicht auf alles, was nicht in diesen gelernten Rahmen passt – wie der konventionelle Landwirt, der sich für Bienen einsetzt – mit Abwehr reagiert.

Denn wir stehen an einem Punkt, an dem wir Landwirtschaft aktiv gestalten können. Mit einer Landwirtschaft, die in Bewegung ist. Die sich vielen neuen Anforderungen stellen muss – und gleichzeitig mit technischen Entwicklungen, mit der Digitalisierung, neue Instrumente an die Hand bekommt. Mit einer Dynamik auch bei jungen Leuten, die sich für den Beruf interessieren. Deshalb ist es an der Zeit, den Kopf frei zu machen und Landwirtschaft zu betrachten, wie sie ist. Was sie bedeutet für uns, für unser Land. Und was wir bereit sind, dafür zu zahlen. Im Dialog mit den Beteiligten und auf Augenhöhe.

NACHHALTIG UND WIRTSCHAFTLICH TRAGFÄHIG

Bei dem, was Landwirtschaft leisten muss, ist vieles nicht verhandelbar. Denn es bleibt die Priorität, uns und eine stetig wachsende Weltbevölkerung zu ernähren und somit das Menschenrecht auf Nahrung weltweit zu verwirklichen. Gleichzeitig können wir nicht nur auf die heutige Situation schauen, die im Hinblick auf Freiheit von Hunger ohnehin unbefriedigend ist, sondern wir müssen auch die Ressourcen schützen und für diejenigen erhalten, die nach uns kommen. Auf den Erhalt der Ressourcen, den Nachhaltigkeitsgedanken, haben wir uns wiederholt in vielen Vereinbarungen national und international verständigt. Und genau diese Vereinbarungen sind es, die auch den Rahmen für die Landwirtschaft setzen.

Das hat – gerade im Moment – einen großen Anpassungsdruck für die Landwirtschaft zur Folge. Denn sie muss die Ziele der Nachhaltigkeitsstrategie

der Bundesregierung mit umsetzen, genauso wie sie die im Entwurf des Klimaschutzgesetzes festgelegten Treibhausgasreduzierungen von vierzehn Millionen Tonnen CO₂-Äquivalenten bezogen auf 2014 erreichen muss. Sie muss ihren Beitrag dazu leisten, Artenvielfalt zu erhalten, wie es in dem viel diskutierten Aktionsprogramm Insektenschutz der Bundesregierung vorgesehen ist. Kurz: Sie muss zwei Verantwortungen gleichzeitig schultern: Menschen ernähren und Ressourcen schützen. Und beides in einer Weise, die für die Landwirtschaft wirtschaftlich tragfähig ist.

Denn Landwirtschaft muss im internationalen Wettbewerb bestehen können, wenn wir die Arbeitsplätze, die hier bei uns an der Landwirtschaft hängen, halten wollen. Wenn wir weiter regionale Produkte wollen, Einfluss nehmen wollen auf die Art und Weise, wie unsere Lebensmittel hergestellt werden. Zum Teil wird es so sein, dass die Landwirtschaft, dass der einzelne Betrieb von den Veränderungen wirtschaftlich profitieren wird. Wo das nicht der Fall ist, weil die Umstellung von einem Betrieb nicht allein geschultert werden kann, wird es aber staatliche Hilfen geben müssen.

„DIE GUTE FACHLICHE PRAXIS“ IST NICHT DAS EINZIGE ARGUMENT

Dafür ist eines wichtig: dass Landwirtschaft die in Teilen noch vorhandene Ablehnung gegenüber Veränderungen aufgibt, die weiterhin allein aus der Perspektive dessen argumentiert, was in der Landwirtschaft als bewährte Produktionsmethode – die sogenannte „gute fachliche Praxis“ – empfohlen wird. Zum Beispiel bei der Düngeverordnung, die wir in Einklang mit europäischem Recht bringen müssen. In diesem Punkt gibt es ein von der bedarfsgerechten Versorgung der Pflanze mit notwendigen Nährstoffen her gedachtes Ideal. Das konkurriert aber mancherorts mit den Standards, die in der Realität vorherrschen und für das Grundwasser schädlich sind. Der Reflex in Teilen der Landwirtschaft, denjenigen, die sich für weniger Düngung einsetzen, zu sagen, sie hätten keine Ahnung von guter fachlicher Praxis, ist deshalb ein Vorwurf, der ins Leere zielt. Unser Ziel ist es, einen Kompromiss zu finden zwischen den Interessen der Landwirtschaft und denen, die auf die Verbesserung des Grundwassers zielen. Damit beide Seiten langfristig etwas davon haben.

Wir benötigen Strategien, in denen nicht weniger, sondern nachhaltiger produziert wird. Viele Lösungen dafür liegen in der Landwirtschaft selbst. Sie ist in der jetzigen Phase geprägt von einem der dynamischsten Entwicklungsprozesse, die sie in den vergangenen Jahrzehnten erlebt hat. Diese Dynamik vollzieht sich aber eben nicht in Brüchen, nicht in einer revolutionär geprägten „Wende-Rhetorik“, sondern im Sinne einer permanenten und darum auch tragfähigen Entwicklung.

Das heißt: Wir müssen uns ehrlich machen. Landwirtschaft – gleich ob konventionell oder ökologisch – sieht nicht mehr aus wie in der Fernsehwerbung, weil künftig Drohnen über Maisfelder fliegen und Schlupfwespen abwerfen, damit sie Schädlinge bekämpfen. Der Traktor fährt autonom und wird über Geodaten gesteuert, um zentimetergenau zu arbeiten. So kann der Einsatz von Pflanzenschutz- oder Düngemitteln minimiert werden. Kühe tragen neben der Kuhglocke auch einen Sensor, der sie nicht nur orten kann, sondern auch früh anzeigt, wenn es einem Tier nicht gut geht. Das Prinzip muss lauten: Schlupfwespen statt Pflanzenschutzmittel. Präzisionslandwirtschaft statt Gießkanne. Für die Romantiker unter uns bleibt der Trost, dass in der Landwirtschaft Innovation manchmal heißt: zurück zu den Wurzeln. Etwa, wenn wir alte Sorten wiederentdecken, bei Äpfeln zum Beispiel, weil sie weniger Allergien verursachen, resistenter gegen Schädlinge und Krankheiten sind oder besser mit dem Klimawandel fertigwerden.

Das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft verfügt deshalb über den viertgrößten Etat aller Bundesministerien für Wissenschaft, Forschung und Entwicklung. 2019 stehen über 900 Millionen Euro zur Verfügung, 2020 ist es fast eine Milliarde Euro, um neue Lösungen zu finden und Innovationen schnell in die Praxis zu bringen. Wir fördern die Digitalisierung. Mit digitalen Testfeldern, den Experimentierfeldern, untersuchen wir in landwirtschaftlichen Betrieben, wie Digitalisierung zu mehr Tierwohl, mehr Biodiversität, zu Arbeitserleichterung und zu mehr Umweltschutz führen kann.

Wir investieren in die Forschung zur Züchtung neuer Pflanzenarten und -sorten, die sich besser an Klimaextreme anpassen und auch mit Wasser und Nährstoffen effizienter umgehen können. Ich persönlich setze mich für mehr Offenheit gegenüber neuen Technologien in der Züchtungsforschung ein, wie beispielsweise die Genschere CRISPR/Cas. Hier dürfen wir nicht von vornherein eine vielversprechende Methode verbannen, weil ihr ein falsches Etikett angeheftet worden ist. Gleichzeitig sorgen wir dafür, dass der einzelne Landwirt Unterstützung erhält, um Ställe umzubauen, Blühstreifen anzulegen, Gülle schonender zu verwerten. Wir fördern den ökologischen Landbau und den Anbau von Eiweißpflanzen, die als Tierfutter und auch als Basis proteinreicher Humanernährung dienen können. Bis zum Jahr 2030 wollen wir zwanzig Prozent der Flächen in Deutschland ökologisch bewirtschaften. Wir unterstützen Landwirte, die umstellen wollen.

Wir brauchen also einen Mix aus Maßnahmen. Wir müssen über Vor- und Nachteile konventioneller wie ökologischer Landwirtschaft offen diskutieren, ohne Gedankenscheren im Kopf. Auch der Ökolandbau ist nicht frei von Schwierigkeiten, weil er beispielsweise für die Herstellung von Lebensmitteln deutlich mehr Flächen verbraucht. Deshalb ist mein Ziel, beides zusammenzubringen, ökologische und konventionelle Landwirtschaft. Damit beide voneinander lernen. Wir sollten uns von alten Konzepten lösen und uns daran orientieren, was uns am besten dabei hilft, das Ziel zu erreichen.

Was wir noch brauchen, ist: An der einen oder anderen Stelle ein wenig Geduld. Denn wir haben Zielkonflikte, die wir lösen müssen, wenn wir das Kind nicht mit dem Bade ausschütten wollen. Wenn wir Pflanzenschutzmittel abschaffen, müssen wir das bis zu Ende denken. Wir müssen mitdenken, dass weniger Pflanzenschutz dazu führen wird, dass Böden wieder stärker bearbeitet werden. Was zu Bodenerosion führen kann. Oder beim Tierwohl: Mehr Tierwohl bedeutet, dass Tiere mehr im Freien gehalten werden sollen – was aber dazu führt, dass Emissionen freigesetzt werden, die im Stall gefiltert werden können. Zielkonflikte dieser Art gibt es an vielen Stellen. Für sie brauchen wir Lösungen.

LANDWIRTSCHAFT SIND WIR ALLE

Und wir brauchen die Verbraucher: Denn Landwirtschaft, das sind wir alle. Wir alle haben die Wahl. Wer mehr Bio haben will, der muss auch bereit sein, mehr Bio zu kaufen. Derzeit kaufen jedoch 92 Prozent konventionell erzeugte Lebensmittel. Wir müssen auch bereit sein, mehr für ein nachhaltigeres landwirtschaftliches Produkt oder für mehr Tierwohl zu zahlen.

Achtzig Prozent der Lebensmittel werden über die großen Einzelhandelsketten abgesetzt, die mit Lockangeboten die Preise für die Bäuerinnen und Bauern immer weiter drücken. Die Verbraucherinnen und Verbraucher nehmen diesbezüglich ihre Verantwortung nicht wahr. Irgendwo zwischen Regal und Kassenband bleibt die Bereitschaft für das „Mehr“-Wollen von der Landwirtschaft auf der Strecke. Auch wir müssen uns also ehrlich machen und raus aus der Komfortzone.

Genau deshalb brauchen wir den neuen, den offenen Blick auf die Landwirtschaft und das Verhältnis unserer Gesellschaft zu ihr. Wir müssen in der Lage sein, zu reden, abzuwägen, über Ursache und Wirkung zu sprechen. Ohne Schwarz-Weiß-Denken. Und wir als Verbraucherinnen und Verbraucher müssen unseren Worten Taten folgen lassen – unsere Verantwortung wahrnehmen!

SCHWERPUNKT

Volkes Begehren

Warum uns die Dauerkritik an der Landwirtschaft alarmieren sollte

ANDREAS MÖLLER

Geboren 1974 in Rostock, Autor des 2018 erschienenen Buches „Zwischen Bullerbü und Tierfabrik. Warum wir einen anderen Blick auf die Landwirtschaft brauchen“. Der Vorabdruck in der „Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung“ wurde auf der Grünen Woche 2019 mit dem Kommunikationspreis des Verbandes der Deutschen Agrarjournalisten ausgezeichnet. Im Hauptberuf leitet der Historiker die Unternehmenskommunikation des Maschinenbauers TRUMPF in Ditzingen.

„Ich gehöre zu einem verschwundenen Volk.“ Mit diesen Worten zitiert Ulrich Raulff, Kulturwissenschaftler und Journalist, in seiner ebenso monumentalen wie sentimentalen „Geschichte der Pferde“ den französischen Kunsthistoriker Jean Clair, geboren 1940 als Sohn von Bauern. „Bei meiner Geburt machte es noch 60 Prozent der französischen Bevölkerung aus. Heute sind es keine zwei Prozent mehr. Eines Tages wird man anerkennen, dass das wichtigste Ereignis des 20. Jahrhunderts nicht der Aufstieg des Proletariats war, sondern das Verschwinden des Bauerntums.“

Raulff hätte eine ähnliche Einsicht auch in Deutschland gewinnen können, denn weniger als zwei Prozent der erwerbstätigen Deutschen arbeiten heute noch in landwirtschaftlichen Berufen, wenn man die angrenzenden Branchen des „Agribusiness“ nicht dazu zählt. Und nicht mehr 25 Prozent wie nach dem Zweiten Weltkrieg oder gar fünfzig Prozent im 19. Jahrhundert. Analog dazu ist die Zahl der Höfe allein seit der Wiedervereinigung um mehr als die Hälfte auf heute 250.000 zurückgegangen – gemessen an den 5,6 Millionen Betrieben auf der Fläche des ehemaligen Deutschen Reiches ein Zwanzigstel.

Die verbliebenen Betriebe sind dafür immer größer geworden. Waren es nach der Wende durchschnittlich noch siebzehn Hektar pro Betrieb, so sind es heute fast viermal so viel: 62 Hektar. Die *Economy of Scales* ist gerade in der Landwirtschaft mit Händen greifbar, beschleunigt durch die Verteuerung der Bodenpreise infolge der Pleite der US-Investmentbank Lehman Brothers am 14. September 2008, aber auch durch die Liberalisierung der globalen Märkte, die ihre Produktionsstandorte in Richtung Schwellenländer verschoben haben. Hinzu kommen sozialgeschichtliche Faktoren wie die gestiegenen Verbraucheransprüche bei gleichzeitig immer geringeren Haushaltsausgaben für Essen und Trinken, die nur noch rund zehn Prozent des verfügbaren monatlichen Einkommens ausmachen. „Bio“- und „Regional“-Bekanntnisse treffen an der Discounterkasse auf die harte Realität des „Geiz ist geil“ – zulasten der Landwirte, nie von uns Verbrauchern. Denn so gut wie alles, was sich unter hohen Umwelt- und Arbeitsschutzstandards bei uns produzieren ließe – seien es Tomaten und Erdbeeren oder Burger-Rindfleisch, das es schon heute in jedem Bio-Discounter gibt –, kann man etwa aus Spanien oder Uruguay importieren.

Egal, wie es den deutschen Landwirten also geht: Einen „Blackout“ im Regal muss heute anders als in früheren Jahrzehnten niemand mehr fürchten. Dafür sorgt ein ausgeklügeltes globales Handelssystem.

Die Gründe für das Verschwinden der Bauern ebenso in Deutschland wie in Frankreich sind gut erforscht und passen in die Kurzformel: Der Aufstieg der Industriegesellschaft mit besser bezahlten Arbeitsmöglichkeiten in den Fabriken seit den 1960er-Jahren war der Anfang vom Ende einer bis damals noch stark auf Selbst- und Regionalversorgung ausgerichteten Landwirtschaft – und zugleich die Ursache für das heute viel beklagte technische Gepräge des Agrarsektors. Dass der Lebensstandard in der Stadt bis dahin im Durchschnitt noch höher war, mag man sich heute kaum noch vorstellen angesichts des Idealbilds, ein Haus vor den Toren der Stadt zu besitzen. Aber in so gut wie allen Parametern der Modernisierung, der Versorgung mit Frischwasser, Elektrizität und medizinischer Versorgung, lag der Standard auf dem Land bis in die 1960er-Jahre deutlich unter dem der Stadt.

Hinzu kam immer schon eine geringere soziale Anbindung als in den Städten. Im Zeitalter des Internets schwer vorstellbar, war soziale Isolation

ein gängiger Bestandteil des bäuerlichen Alltags. Man blieb und heiratete in der Regel, wo man war, zumal die permanente Arbeit ohnehin nichts anderes zuließ. Auch die Möglichkeiten des sozialen Aufstiegs waren auf dem Land deutlich geringer, was entscheidend mit den fehlenden Bildungsangeboten zusammenhing, aber auch einer relativ hohen Undurchlässigkeit der Milieus geschuldet war. Einer Erhebung für Frankreich zufolge wurden nach dem Zweiten Weltkrieg mehr als die Hälfte der Söhne von Bauern wiederum Bauern – ein dramatischer Unterschied zu den Folgejahrzehnten.

Ich werde in diesem Zusammenhang das Gespräch nicht vergessen, das ich mit dem bei TRUMPF beschäftigten Sohn des einzig verbliebenen Hofes auf dem über die Jahre gewachsenen Areal unserer Firma nach Erscheinen meines Buches führte. Ich fragte ihn, warum er den Betrieb des Vaters nicht weiterführe. Seine Antwort war glaubhaft: weil er dessen zeitaufzehrenden Lebensstil nicht mehr wolle.

Wenn Landwirte ihre Nachfolge heute oftmals schwer regeln können, liegt es darum keineswegs an der Höhe des Verdienstes, sondern an Faktoren wie der eigenverantwortlichen Gestaltung von Beruf und Freizeit, der Möglichkeit von Urlauben, Eltern- und anderen Auszeiten. Work-Life-Balance, das Recht auf Teilzeit oder mobiles Arbeiten, gar eine 28-Stunden-Woche, wie sie die IG Metall in den letzten Tarifaueinandersetzungen 2018 forderte: Wer einen Milchviehbetrieb im Allgäu übernimmt, weiß, dass er die nächsten vierzig Jahre jeden Morgen in aller Herrgottsfrühe aufsteht. Und das an jedem einzelnen Tag. Eine Kuh ist kein Tamagotchi.

In keinem anderen Industrieland wird heute weniger gearbeitet als in Deutschland; es sind zwischen 1.400 und 1.600 Stunden jährlich – ein Wettbewerb, den die Landwirtschaft nicht nur am Beispiel meines jungen Kollegen unmöglich gewinnen kann. Ein Landwirt ernährt auch deshalb 150 andere Menschen mit, weil er es statistisch *muss*.

ÖFFENTLICHE KRITIK WIRD EXISTENZIELL

Hinzu kommt eine über die Jahre gewachsene Kritik an den landwirtschaftlichen Praktiken, die auch deshalb so erfolgreich ist, da sie oft weniger auf komplexe Antworten als auf schnelle Affekte setzt – und viel mit der Entlastung des eigenen Gewissens zu tun hat. Ja, man kann sagen, dass die Kritik an den Bauern proportional zum Anstieg des eigenen Konsums gewachsen und nicht das Spiegelbild der Umweltleistungen ist. Denn tatsächlich steht der Agrarsektor heute (genau wie die Industrie) in den meisten Parametern des Umweltschutzes viel besser als in früheren Jahrzehnten da. Vor allem gemessen an der Landwirtschaft in der ehemaligen DDR, an die ich mich aus meiner Jugend noch gut erinnere.

Wenn wir immer seltener Bauern begegnen, anstelle dessen das Dauerfeuer der medialen Kritik an ihnen erleben – diese Lektion teilt die Landwirtschaft gerade mit dem Kohlebergbau und früher mit der Kernkraft –, wachsen Unverständnis und Widerstand. Besonders drastische Beispiele hierfür sind die Volksbegehren „Rettet die Bienen“ in Bayern und Baden-Württemberg: Ein an sich nachvollziehbares Ziel wird so stark isoliert und argumentativ vereinfacht, dass man es am Ende auf den Nenner „Sind Sie für mehr Artenschutz oder nicht?“ bringen kann. Diese argumentative Zuspitzung ist nicht nur fahrlässig, sondern sie nimmt die wirtschaftliche wie gesellschaftliche Ausgrenzung der Landwirte billigend in Kauf. Die Folgen haben anschließend weder Organisatoren dieser Kampagnen noch Bürger zu schultern, sondern allein die Landwirte.

Wie formulierte es ein bayerischer Landwirt in einem Leserbrief an mich: Es besteht kein Zweifel, dass der ohnehin dramatische Strukturwandel in der Landwirtschaft durch solche Volksbegehren wie kaum eine andere Maßnahme beschleunigt werden wird. Denn niemand sagt den Acker-, Obst- oder Weinbauern – konventionellen wie ökologischen –, worin die wirtschaftlich tragfähigen Alternativen zum Einsatz von chemischem Pflanzenschutz oder Kupfer bestehen sollen. Im Pflug, zumal auf Hanglagen und in Zeiten trockener Böden infolge klimatischer Veränderungen? Auch die Politik, die mit dem Agrarpaket der Großen Koalition einen klaren Ausstiegspfad für Glyphosat bis 2023 vorgegeben hat, tut dies nicht.

Gegen-Kampagnen der Landwirte wie die Aktion Grüne Kreuze im Sommer 2019, die an das Sterben der Höfe erinnern sollte, versanden demgegenüber schnell. Studien zufolge werden bis zur Mitte des Jahrhunderts nur noch 100.000 landwirtschaftliche Betriebe in Deutschland existieren, das bedeutet also noch einmal eine Halbierung verglichen mit heute.

VERLUST VON ERFAHRUNGSWISSEN

Wenn wir vorrangig über die Verantwortung der Landwirtschaft für die Klimaerwärmung sprechen, über Gülle und den Einsatz von Glyphosat, wird ihr eigentliches Problem nicht im Ansatz erfasst: der immense Spagat, den sie zwischen einer kritischen Öffentlichkeit und einem immer härteren Weltmarkt zu bewältigen hat. Von Entwicklungen wie der vertikalen Integration, die Betriebe zu Auftragslieferanten großer Discounterketten macht, ganz zu schweigen.

Die Folgen betreffen auch den kulturellen Verlust dessen, was in der Generation meines Vaters noch selbstverständlich war. Im Mecklenburg der 1950er-Jahre ging er an den Schulwandertagen Kartoffelkäfer absammeln, während mein Sohn heute – dies ist keine Polemik, sondern Ausdruck eines Verlustes an Erfahrungswissen – in Sachen Landwirtschaft vor allem

Berührung mit einer bereits medial vermittelten Realität in Sachen „Natur“ und „Land“ hat. Genauso ist das Naturbild vieler Schüler bei den *Fridays for Future*-Demonstrationen in erster Linie medial vermittelt, weshalb ihnen ein abstraktes Zwei-Grad-Ziel geläufiger erscheint als der Unterschied zwischen einer Schleie und einer Karausche oder einem Bussard und einem Milan, deren Flugbilder ich als Kind erkennen musste. Von den vier Hauptgetreidearten, die viele Erwachsene nicht mehr auseinanderhalten können, ganz zu schweigen. Die moderne „Entgrenzung“ von den einstmals elementaren Bedingungen der Gesellschaft: Sie ist längst keine akademische Floskel mehr, sondern Realität.

KÖDER AUS DEM PLASTIKBECHER

In den meisten deutschen Städten, auch in meiner Kindheit, war es hingegen noch vor drei Jahrzehnten ganz normal, dass morgens Lieferwagen vor den Fleischgeschäften standen, aus denen Männer in weißen Kitteln Kisten mit Wurst oder Schweinehälften luden und hineintrugen.

Als Kind fuhr ich mit meinem Vater sogar auf den „Knochenhof“ des Schlachthofes Rostock-Bramow. Dort lagen vor allem Rinderschädel völlig ungeschützt in einem offenen Betonkäfig und verweseten vor sich hin. Mein Vater zertrümmerte einen der Schädel mit dem Klappspaten, dann sammelten wir in wenigen Minuten die Fleischmaden mit besonders langen medizinischen Pinzetten ab, die an Arterienklemmen erinnerten und die er aus seiner Poliklinik mitbrachte. Am nächsten Tag hatten wir die perfekten Köder zum Angeln auf Friedfische an der Warnow. Heute gehen Angler in den Angel-Discount, wo sie Maden aus dem Kühlschrank bekommen, abgepackt in Plastikbecher.

In vielen Großstädten gibt es noch Straßennamen, die auf das Vorhandensein von Schlachthöfen, Gerbereien, Kürschnereien in früheren Zeiten hindeuten, etwa den Gerberbruch in meiner Heimatstadt. So auch im Norden des Berliner Stadtteils Friedrichshain, in dem ich in den Jahren meines Studiums lebte, mit Kohleofen und Duschkabine in der Küche. Mit Straßen, die nicht zufällig „An der Börse“ und „Viehtrift“ heißen.

Sozialromantik ist gewiss fehl am Platz. Aber dort, wo sich einmal ein Schlachthofgelände befand, gibt es heute Eigentumswohnungen, einen Zweiradhändler von der Größe mehrerer Fußballfelder namens „Stadler“ und gleich mehrere Supermärkte, voll bis unter das Dach. Wo, fragt man sich, kommen all die Dinge her, die man hier kaufen kann, deren Entstehen wir aber nicht mehr sehen? Nicht mehr sehen *wollen*? Denn sich mit den komplexen Bedingungen der Landwirtschaft zu befassen, würde eben auch bedeuten, unsere eigene Verantwortung einzugestehen?

Was folgt aus alldem? Politisch wie gesellschaftlich sollte es uns auch unter dem Verfassungsgrundsatz gleichwertiger Lebensverhältnisse in den Regionen um die Frage gehen, ob die Landwirtschaft in Deutschland in zwanzig Jahren noch Teil des öffentlichen Bewusstseins sein wird, weil sie Teil des öffentlichen Lebens ist. Oder ob wir angesichts der zunehmenden Regulierung immer mehr importieren, weil wir keine Ställe und keine Spritzen mehr ertragen wollen – und trotzdem dieselben Ansprüche an Auswahl, Qualität und Preis stellen wie heute. Wenn mittlerweile nur noch große, abgeschirmte Schlachthöfe wie jener von Tönnies in Rheda-Wiedenbrück Tiere verwerten, dann *sehen* wir jene, die Tiere für uns töten und zerlegen, jedoch im wörtlichen Sinne nicht mehr. Sie sind aus unserem Sichtfeld verschwunden.

Was ich damit aus Sicht eines Öffentlichkeitsarbeiters sagen will, ist: Der Erfolg der modernen Landwirtschaft ist zugleich ihr größtes kommunikatives Problem. Denn wir kennen eine andere Realität als die unsere nicht mehr – und glauben daher, dass sie nicht existiert.

Wir kennen keine Ernteausfälle mehr infolge von Dürreperioden, Krautfäule oder Käferbefall. Die Menschen wissen beim Maisanbau nicht, was ein „Zünsler“ oder „Wurzelbohrer“ ist (oder sie haben vielleicht zahnmedizinische Assoziationen). Sie kennen weder Schweinepest noch andere Erkrankungen beim Vieh – allein dank Züchtung und Hygiene.

Ein „Mutterkorn“, das ich einmal in einem Demeter-Müsli fand und der achselzuckenden Verkäuferin zeigte, halten viele Verbraucher wahrscheinlich für eine gute, ganz natürliche Sache, allein weil der Name „Mutter“ diese Assoziation nahelegt. Sie wissen aber nichts von der toxischen Wirkung des Mutterkorns, die sich ganz ohne menschliches Zutun entfalten kann. Und hören stattdessen vielleicht die sonore Stimme eines Volker Lechtenbrink: „Ich mag den Wind im Roggenfeld – Caro. Der korngesunde Landkaffee.“

NEUE STÄDTER BRAUCHT DAS LAND

Nicht die Landwirtschaft scheint mir darum zumindest das einzige Problem der modernen Gesellschaft zu sein. Dass wir all das, was die Landwirtschaft tut, außerhalb einer zugespitzten medialen Realität nicht mehr sehen, ist das gravierende Problem. Und dass sich Stadt und Land allen *Landlust*-Magazinen und Baum-Büchern Peter Wohllebens zum Trotz nie ferner waren als heute, weil sich die Deutungshoheit im politischen Diskurs zugunsten der Städte verschoben hat. Die Stadt sagt, wie das Land zu sein und zu produzieren hat – und das Land muss umsetzen, was den Städtern ein moralisch integriertes Leben ermöglicht.

Genau dieser Mechanismus hat in umgekehrter Logik 2016 in Amerika gegriffen. Donald Trump wurde auf dem Land gewählt, nicht im Silicon Valley, in Manhattan oder in Washington D. C. Auch der Brexit wurde auf dem

Land entschieden. Und nirgendwo hat der russische Präsident Wladimir Putin so schlechte Zustimmungswerte wie in den Städten, vor allem in Moskau.

Donald Trump wurde von denen gewählt, die unter Bürokratisierung und hohen Steuern leiden. Aber auch von Farmern in den Flächenstaaten, die den Ausverkauf der amerikanischen Landwirtschaft durch Billigimporte aus Mexiko bei Mais, Soja und Weizen fürchten.

In seiner Wahl drückt sich zudem der Abscheu gegenüber den kommunikativen Eliten aus. Und gegenüber einer Spaltung der Gesellschaft, die sich nicht mehr auf das Vorhandensein von Industriegütern und landwirtschaftlichen Produkten stützt, die im globalisierten 21. Jahrhundert jeder haben kann, sondern auf Bildung, freie Zeiteinteilung und postmoderne Werte – den Luxus, verzichten zu können.

KOMMUNIKATIVER NEUSTART

Die Diversität der amerikanischen Gesellschaft geht zweifellos über das hinaus, was Stadt und Land auch bei uns trennt. Wenn dieser Beitrag eines Nichtlandwirts der Landwirtschaft gewidmet ist, dann deshalb, weil wir auch in Deutschland einen kommunikativen Neustart zwischen Landwirtschaft, Verbrauchern, Medien und Politik bräuchten. Und deshalb, weil der ländliche Raum ein Sinnbild dafür ist, wie uns der Weg in die globalisierte Zukunft gelingt – ob wir dabei das richtige Tempo und die richtigen Botschaften haben oder aber Teile der Bevölkerung verlieren.

„Ich gehöre zu einem verschwundenen Volk“: Ulrich Raulff zeigt in seiner „Geschichte der Pferde“, wie diese durch Landmaschinen und Autos substituiert werden, bis zur weitgehenden Bedeutungslosigkeit für die Landwirtschaft. Wir würden viel verlieren, wäre dies am Ende eine Metapher für das Verschwinden des Bauerntums im Klammergriff zwischen Bodenpreisen, Weltmarkt, zunehmender Regulierung, kritischen Verbrauchern, *Hate Speeches* – eine Metapher für uns selbst.

Auch Landjugend ist Jugend

Ein Plädoyer für mehr Mitsprache

STEFAN SCHMIDT

Geboren 1993 in Rinteln, Landwirt, Vorsitzender der Westfälisch-Lippischen Landjugend e.V.

Greta Thunberg begeistert gleichermaßen Jugendliche wie Erwachsene. Thunbergs Jugendlichkeit macht sie zu einem Sprachrohr und Vorbild für viele junge Menschen, aber nicht für die Jugend allgemein, wie es die Medien oft darstellen. Auch in der Jugend gibt es vielleicht nicht gegensätzliche, aber doch unterschied-

liche Perspektiven auf die großen Fragen von Klima-, Umwelt- und Naturschutz.

Wir, junge Vertreter ländlicher Räume, mögen als Minderheit wahrgenommen werden, doch passiert auf dem Land vieles, was für die Gesamtgesellschaft von Bedeutung ist – nicht zuletzt die Versorgung mit Nahrungsmitteln, aber auch die (alternative) Energiegewinnung. Als Landjugend möchten wir mitdiskutieren und unseren Beitrag für nachhaltige Lösungen leisten. Nicht anders als Jugendliche im urbanen Umfeld setzen sich

„Landjugendliche“ stark mit Umweltfragen auseinander! Aber die Auswirkungen der gegenwärtigen Debatten treffen uns unmittelbarer, beeinflussen unseren Alltag und drohen manchmal sogar unsere Entfaltungsmöglichkeiten einzuengen.

Ein Beispiel ist die Diskussion um Dieselkraftstoffe und Verbrennungsmotoren. Aus unserer Sicht ist damit die Frage nach der Beteiligung am öffentlichen Leben gestellt, weil mobile Alternativen wie der öffentliche Personennahverkehr nur schwer erreichbar beziehungsweise nicht vorhanden sind. Fahrrad oder selbst Mofa sind angesichts der Entfernungen kaum Optionen. Für den, der eine Lehrstelle antreten will, gilt es in der Regel, so schnell wie möglich einen Führerschein zu machen und sich ein günstiges Auto anzuschaffen. Elektrofahrzeuge sind jedoch viel zu teuer. Und was macht man, wenn die Reichweite von Elektrofahrzeugen zu kurz ist?

ANFEINDUNGEN GEGEN LANDWIRTE

Die Debatten werden häufig jenseits der Realitäten vor Ort geführt; selbstverständlich wollen wir aber unseren Beitrag leisten. Schließlich sind durch den menschengemachten Klimawandel unsere Existenzgrundlagen in der Land- und Forstwirtschaft direkt betroffen. Wir leben in Abhängigkeit von den Ressourcen Klima und Umwelt, die freiwillig niemand bedrohen würde. Wer seinem Acker schadet, zerstört faktisch seine Existenz. Umso mehr plädieren wir dafür, die Betroffenen stärker in die Diskussion einzubeziehen und mit allen Teilen der Bevölkerung an Lösungen zu arbeiten. Das ist anstrengend

und komplex, denn einfache Antworten sind meist nicht möglich: Beispielsweise wird der Ausstieg aus der Kohleverstromung ohne einen genügenden Ausbau des „Ökostroms“ nicht zu realisieren sein; dieser benötigt aber Trassen und neue Produktionsstandorte auf der „grünen Wiese“. Die Problematik der Flächenversiegelung spielt für die Landwirtschaft folglich eine große Rolle. Wir Landwirte sprechen in diesem Zusammenhang von „Flächenfraß“, denn diese Flächen „sehen“ wir nie wieder. Wollen wir das „eine“, bedrohen wir das „andere“.

Allerdings ist die Gesamtstimmung gegenwärtig nicht so, dass der eigene Standpunkt leicht einzubringen wäre. In Diskussionen bin ich oft Anfeindungen ausgesetzt. Zu differenzierten Aussagen komme ich erst gar nicht, weil ich als konventionell arbeitender Junglandwirt vorverurteilt werde. Gern würde ich beispielsweise einmal erklären, dass die Landwirtschaft zwar einen Teil der Treibhausgase und des CO₂ erzeugt, sie aber auch hohe CO₂-Mengen binden kann, dass Treibhausgase mit moderner Technik bereits stark reduziert worden sind und voraussichtlich weiter reduziert werden können. Ein Beispiel: In den letzten Jahrzehnten sind die Emissionen in der Landwirtschaft gleich geblieben. Setzt man sie aber ins Verhältnis zur gestiegenen Produktionsmenge, sind die Emissionen enorm gesunken.

Außenstehende nehmen kaum wahr noch können sie ermessen, was die klimapolitisch getriebene Forderung „Ab morgen muss alles anders werden“ für uns bedeutet: Viele Betriebe planen ihre betrieblichen Abläufe, Anschaffungen und Baumaßnahmen Jahrzehnte im Voraus, oft über Generationen hinweg, und belasten Hof und Grund mit enormen Schulden –

auch für die Gewährleistung einer moderneren Landwirtschaft im Sinne des Tierwohls und des Umweltschutzes. Man darf von uns Landwirten Veränderungsbereitschaft erwarten, aber im Gegenzug dürfen unsere Existenzbedingungen nicht übergangen werden.

MITSPRACHE STATT VERBOTE

Aktuell sinken die Gewinne, die Schuldenlast und Verwaltungsaufgaben nehmen zu – und das bei gleichzeitig wachsenden Anforderungen an ein noch größeres und kostengünstigeres Lebensmittelangebot. Kein Zweifel, der Weltmarkt würde es hergeben: ein „Öko-Schweinefilet“ für wenige Euro pro Kilo Herstellungskosten. Das wird allerdings kein Produkt mehr aus der Region sein, und „Öko“ bedeutet dann noch lange nicht nachhaltig.

Es fehlt an Wertschätzung für die Produkte! Zu wenig zählt die Qualität, die in Deutschland hervorragend ist. Auf die günstige Masse und die breite Auswahl zu Billigpreisen kommt es leider an. Das führt zu einem Überlebenskampf, den momentan viele kleine Familienbetriebe verlieren.

Die Verantwortung für den Klimaschutz tragen alle, aber uns Junglandwirten kommt es manchmal so vor, als würde man sie uns einseitig zuschieben. Überall – etwa beim kaum merklichen Verzicht auf Ferienflüge – begegnen wir der zweideutigen Haltung von Anspruch und Wirklichkeit, die nur dann rigoros ist, wenn sie sich an andere richtet. Aus dieser Bequemlichkeit müssen wir heraus. Es ist nicht damit getan, Forderungen aufzustellen und einfach etwas zu verbieten. Genau aus diesem Grunde betrachten viele junge Menschen bei uns in der Landjugend Greta Thunberg und andere mit Skepsis, weil ihnen konkrete Lösungs- und vor allem auch Mitspracheansätze fehlen.

Wir sind auch noch da!

—
Jugend auf dem Land

JOHANNA MANDELKOW

Geboren 1995 in Pasewalk, Landwirtin, Agrarscout, Vorsitzende und Sprecherin der Initiative „Land schafft Verbindung“ in Brandenburg.

Wir sehen sie immer wieder in den Nachrichten: Greta, Luisa und andere gehen für *Fridays for Future* auf die Straße und kämpfen laut eigener Aussage für unser aller Zukunft. Doch wo finden diese Demonstrationen statt? Richtig! Meistens in den Großstädten. Hier auf dem Dorf habe ich noch keine Teilnehmer an diesen Demonstrationen gesehen. Da frage ich

mich: Warum ist das so? Liegt es daran, dass wir auf dem Land andere Probleme haben?

Wahrscheinlich würde ich *Fridays for Future* unterstützen, wenn ich noch Schülerin wäre. Inzwischen hat sich meine Wahrnehmung geändert: Nach Abschluss einer landwirtschaftlichen Berufsausbildung arbeite ich als junge Landwirtin auf dem Hof meines Vaters, auf dem wir Schweine halten und Ackerbau betreiben. Meinen Beruf liebe ich und gehe deshalb für die Bewegung „Land schafft Verbindung“ auf die Straße. Nichts gegen

Klimaschutz, aber seine Forderungen dürfen nicht isoliert sein. Mir geht es um einen integrativen Ansatz, vor allem um mehr Wertschätzung und Förderung des ländlichen Raums. Greta, die die Arbeitswelt nicht ansatzweise kennt, geschweige denn Rechnungen eines landwirtschaftlichen Hofes bezahlen muss, kann für mich kein Idealbild sein.

Wir als Jugend auf dem Land kommen nicht auf die Idee, große Dinge von der Politik zu verlangen. Uns wäre schon geholfen, wenn wir ähnliche Möglichkeiten wie Städter hätten. Längst wird beispielsweise über 5G und Co. diskutiert, wir wären aber schon froh, wenn wir per Handy überall verlässlich telefonieren könnten. Mobil zu googeln bleibt teilweise schwierig. Die Hoffnung ist immer, dass die Straßenmeisterei bei Mäharbeiten am Straßenrand nicht wieder das Kabel beschädigt, weil es noch immer nicht unter die Erde verlegt worden ist. Wird das Kabel „erwischt“, war es das mit Googeln und Telefonaten – für mindestens drei Tage.

Die medizinische Versorgung ist ausgedünnt. Ein halbes Jahr musste ich zuletzt auf einen Termin beim Orthopäden warten. Ebenso sieht es bei anderen Fachärzten aus. Lieber möchte ich nicht darüber nachdenken, was ist, wenn ich eine Familie gründen möchte und eine Hebamme benötige. Die Geburtsstation in der nächsten Stadt ist jedenfalls geschlossen worden. Wenn mal ein Unfall passiert, kann man froh sein, wenn die Rettungskräfte innerhalb von fünfzehn Minuten vor Ort sind.

Für die Jugend sind soziale Kontakte und Strukturen besonders wichtig. Wenn ich mich bei uns im Ort umschaue, bin ich die Einzige in meinem Alter. Die meisten sind wegen besserer Verdienstmöglich-

keiten in die Stadt gezogen. Früher gab es regelmäßig Feierlichkeiten im Dorf, heute geschieht kaum noch etwas. Mittlerweile gibt es nur noch zwei Orte, um „Dorf-gemeinschaft“ zu erfahren. Entweder man geht sonntags zum Fußball oder tritt in die Freiwillige Feuerwehr ein. Bei uns bilden beide zusammen einen Verein, der sich nun auch um das Dorfleben kümmert und einige Feste wieder aufleben lässt. Nur hat längst nicht mehr jedes Dorf wegen der Unterhaltungskosten eine Feuerwehr. Sicherlich würden weit mehr junge Männer und Frauen die Feuerwehr unterstützen. Wenn sie aber die Ausrüstung und das Gerät begutachten, vergeht manchen die Lust. Dies ist umso schlimmer, weil man im Dorf tatsächlich noch echten Zusammenhalt erfahren kann.

Einige Städter haben die Ruhe auf dem Dorf schätzen gelernt und richten sich dort in schönen Wochenendhäusern ein. Dies soll niemandem genommen werden, doch nur ruhig kann das wirkliche Landleben nicht sein. Morgens kräht der Hahn, dann wird Rasen gemäht oder Holz gehackt. Leider kommt es immer häufiger vor, dass wir Landwirte mit unserer, auch maschinellen Arbeit auf Unverständnis stoßen. Beschimpfungen sind nicht selten.

Das Leben auf dem Dorf muss für junge Menschen wieder attraktiver werden. Ein sicheres Auskommen ist dafür die wichtigste Grundlage. Viele vergessen, dass zahlreiche Existenzen auf dem Spiel stehen, wenn Landwirte ihre Betriebe schließen. Es sind nicht nur die großen Konzerne, die Arbeitsplätze sichern.

„Jugend auf dem Land“ – wird es sie bald nicht mehr geben? Wir kämpfen dagegen, ohne große Idole wie Greta und Luisa. Eine gerechte politische und mediale Wahrnehmung fordern wir umso mehr ein.

Auf verlorenem Posten?

Das „neue“ Waldsterben aus der Sicht forstwirtschaftlicher Praxis

RAIMUND FRIDERICHS

Geboren 1962 in Ediger (Mosel), seit 2007 Leiter des Forstbetriebs der Unternehmensgruppe Fürst von Hohenzollern, seit 2011 Prokurist der Hohenzollern Forstdienste GmbH.

Das „neue“ Waldsterben, verursacht durch Stürme, Dürre, massiven Insektenbefall und neuartige Pilzkrankheiten, ist in aller Munde. Neue „Heilsbringer“ machen sich auf den Weg und empfehlen den Waldeigentümern und Förstern, der Wald solle sich selbst überlassen

werden. Die Natur wisse am besten, wie sich die Dinge wieder von selbst regulieren. Von Büchern, die über solche romantischen Weisheiten zu berichten wissen, lässt sich natürlich wohl leben (!), ohne dass den Betroffenen geholfen ist. Bevor ich auf gängige Mythen eingehe, muss ich den Leser mit einigen Fakten konfrontieren.

In unseren Wäldern wachsen jedes Jahr rund 120 Millionen Kubikmeter Holz neu hinzu. Davon werden lediglich rund 96 Millionen Kubikmeter geerntet und genutzt; der Rest verbleibt im Wald, was dazu führt, dass unsere Wälder seit dem Zweiten Weltkrieg vorratsreicher und gleichzeitig älter werden. Hinzu kommt ein seit Jahrzehnten forcierter Waldumbau in Richtung Laubholz; aktuell beträgt der Laubholzanteil insgesamt 48 Prozent. Fakt ist jedoch, dass das von uns nachgefragte Holz überwiegend aus Nadelholz besteht. Verschiedene Holzarten können ebenso wenig beliebig verwendet werden, wie man aus Äpfeln keinen Bananenquark herstellen kann.

Forderungen nach dem Bau von Häusern aus Laubholz sind schon deshalb nicht einfach umzusetzen, weil die meisten Laubhölzer nicht die dazu notwendigen technischen Eigenschaften besitzen, die die Baugesetzgebung vorschreibt. Und wenn doch, dann sind diese nur mit extrem hohem technischem Aufwand, verbunden mit hohen Kosten und einer chemisch-thermisch-technischen Veränderung des Holzes, zu erzielen. Das aber führt wiederum dazu, dass das Endprodukt in seinen Grundzügen zwar (noch) aus Holz besteht, von den ursprünglichen Vorzügen des Holzes im Vergleich zu Stahlbeton in den CO₂-Bilanzen und der Recyclingfähigkeit jedoch nichts mehr übrig bleibt. Bevor Forschung und Wissenschaft keine praktikablen Lösungen gefunden haben, darf das Nadelholz nicht in einem „vorausseilenden Gehorsam“ durch Laubholz ersetzt und stattdessen das benötigte Nadelholz aus der russischen Taiga oder dem skandinavischen Großkahlschlag importiert werden.

WALD IST KULTUR, NICHT WILDNIS

Zweifellos spielt der Wald bei der Bekämpfung der Klimaerwärmung eine entscheidende Rolle. Wald entzieht *erstens* beim Wachsen der Bäume durch die Photosynthese der Atmosphäre Kohlenstoff und baut ihn in das Holz ein. Diese Speicherung wird *zweitens* verlängert, wenn das Holz geerntet und in Häusern verbaut oder für Möbel, Fußböden oder Fenster verwendet wird. Holzprodukte sind ein CO₂-Speicher, solange sie nicht verrotten. Und *drittens* ist zu berücksichtigen, dass die Verwendung von Holz andere, energieintensive Materialien wie Beton, Stahl oder Plastik ersetzt, die auf der Basis fossiler Rohstoffe hergestellt werden. Da unsere Wälder nachhaltig bewirtschaftet werden, erschöpft sich dieses Waldwarenlager Holz auch nicht. Echte Ökohäuser kann man deshalb nur aus Holz bauen. Nun fordern Naturschutzverbände zunehmend, man solle den Wald nicht nur umbauen, sondern stilllegen. Sie behaupten, es sei ein wirksamer Beitrag zum Klimaschutz, Wälder wachsen zu lassen. Hierzu sollte man den Blick über den Tellerrand richten und unsere Wälder genauer unter die Lupe nehmen.

In Mitteleuropa sind Wälder nicht nur Natur, sondern auch *Kultur*. Seit Jahrtausenden hat der Mensch die Wälder verändert und kultiviert. Ein Wald ist zwar naturnah, dennoch ist er eine Kulturform. Kein Mensch käme auf die Idee, Altbauten stillzulegen und bis zur Unbewohnbarkeit verfallen zu lassen – trotz Wohnungsmangel. Ebenso sollten wir unsere Wälder nicht einfach nur stilllegen, sondern den bereits seit über dreißig Jahren eingeschlagenen Weg des ökologischen Waldumbaus weiter beschreiten, damit die Wohlfahrtsleistungen der Wälder für die Allgemeinheit gesichert bleiben.

Die Stilllegung von (Kultur-)Wäldern und die Entwicklung von „Wildnisgebieten“ sind mitnichten ein Beitrag zum Klimaschutz. Das Gegenteil ist richtig: Die „Wildnis“, nach der sich viele Städter sehnen, ist volkswirtschaftlich, ästhetisch und ökologisch den meisten Wirtschaftswäldern deutlich unterlegen. Ein Wald, der nicht bewirtschaftet und gepflegt wird, kann kein Holz liefern und die skizzierte dreifache Klimaschutzleistung erbringen. Wer weiß schon, dass echte Urwälder sogar völlig CO₂-neutral sind? Die Entnahme von CO₂ aus der Atmosphäre entspricht in Urwäldern exakt der CO₂-Freisetzung durch das zeitgleiche Verrotten absterbender Bäume. Die Bilanz ist ausgeglichen und damit gleich null! Die Klimaschutzleistung solcher Urwälder besteht ausschließlich in der Speicherung großer Mengen CO₂, solange diese Wälder intakt sind. Deshalb ist jeder Eingriff in bestehende Urwälder klimaschädlich, weil damit gebundenes CO₂ freigesetzt wird. Ein (neuer) Entzug von Kohlenstoff aus der Atmosphäre aber findet nicht statt, im Gegensatz zu unseren heimischen, bewirtschafteten Kulturwäldern. Es ist weitaus wirksamer, unsere Wälder weiterhin ökologisch zu bewirtschaften und das Holz vor Ort sinnvoll zu nutzen, als hiesige Wälder stillzulegen und damit den Import von Holz aus den letzten Urwäldern der Welt sogar noch zu befeuern.

„VERSCHON' MEINEN WALD, ZÜND' AND'RE AN“

Deutschland ist seit 2008 Rohholzimporteur, das heißt, wir benötigen wesentlich mehr Holz, als wir den heimischen Wäldern entnehmen. Aktuell beträgt die Menge an unverarbeitetem Holz, das aus dem Ausland zur Deckung des heimischen Markts importiert werden muss, rund sechs Millionen Kubikmeter – und das überwiegend aus Ländern, in denen bei Weitem nicht unsere hiesigen ökologischen Standards gelten. Übrigens überwiegt beim Import das Nadelholz, da hochwertiges Laubholz in Deutschland kaum nachgefragt wird; es wird überwiegend nach China exportiert.

„Global denken – lokal handeln“ kann deshalb nur bedeuten, das heimische Holzangebot umfassend zu nutzen, sonst wird dieses Prinzip umgekehrt, und wir machen uns an einer „Sankt-Florian-Politik“ mitschuldig, nach dem Motto „Heiliger Sankt Florian, verschon' meinen Wald, zünd'

and're an“. Dabei müssen wir nicht einmal ein schlechtes Gewissen haben, denn ausgerechnet für unsere heimische Forstwirtschaft gilt der Grundsatz: Nur was langfristig ökologisch richtig ist, dient der Ökonomie.

Die in unseren Nationalparks proklamierte Philosophie „Natur Natur sein lassen“ ist daher kein zu verallgemeinerndes Vorbild. Auch Nationalparkgebiete wurden vor ihrer Stilllegung über Jahrtausende kulturell genutzt und verändert. Es müsste also korrekt heißen: „Kultur verwildern lassen“. Dass aus diesen ehemaligen Kulturwäldern durch Stilllegung einmal eine echte „Wildnis“ wird, ist ebenso unwahrscheinlich, wie aus dem Kölner Dom durch ein Renovierungsverbot wieder ein Felsen entsteht. Zum Steinhaufen wird er nach langer Zeit ganz sicher – aber echte Urwälder wird es in Mitteleuropa erst wieder nach der nächsten Eiszeit geben, wenn Bäume in einer nachfolgenden Warmzeit die entstandene Tundra zurückerobern müssen.

Wir brauchen zur Rettung des Klimas – und damit auch zur Rettung unserer heimischen Wälder – einen verantwortungsethischen Ansatz und nicht Ideologien, die mehr schaden als helfen. Die Klimawirkung der Holzverwendung mildert bereits jetzt vierzehn Prozent der gesamten CO₂-Bilanz in Deutschland und könnte weiter gesteigert werden, wenn dem Produkt Holz mehr statt weniger Raum eingeräumt würde.

TIEFE GRÄBEN ZWISCHEN LAND UND STADT

Auch die zunehmende Technikfeindlichkeit bei der Bewirtschaftung der Wälder hilft nicht weiter. Es wird auch bei der technischen Waldbewirtschaftung Weiterentwicklungen geben, die zu besseren Lösungen führen. Die Angst vor Holzerntemaschinen hängt vermutlich eher mit dem Gefühl zusammen, für das uns andere Nationen belächeln: „German Angst“. Die Wissenschaft ist uns jedenfalls eine größere Hilfe, als es manche selbst ernannte „Experten“ sind, die sich lautstark einbringen und die öffentliche Meinung stark beeinflussen. Leider spricht die Politik zunehmend auf sie an, was dazu führt, dass aufgrund von Fehleinschätzungen viele schädliche Forderungen – auch im Bereich Klimaschutz – an die Förster und Waldeigentümer gestellt werden.

Die romantische Sehnsucht nach der Natur – vermutlich aus mangelnder Kenntnis über die Zusammenhänge in der Urproduktion von Holz erwachsen – schlägt bisweilen in Wut gegenüber denjenigen um, die in den ländlichen Regionen von der Landnutzung leben. Und so werden die Gräben zwischen den ländlichen Regionen und den Städten tiefer.

Menschen, die sich der Urproduktion in der Land- und Forstwirtschaft verschrieben haben, sind Idealisten und müssen es auch sein. Aktuell sehen sie sich aber zunehmend von Ideologen und ihren unkritischen Anhängern diskreditiert. Welcher Städter würde seinen gutbezahlten Job in einem

klimatisierten Büro freiwillig und dauerhaft mit einem Waldarbeiter tauschen, der täglich acht Stunden bei jedem Wetter unterwegs ist und dann auch noch den „Frevel“ begeht, alten Bäumen das Leben zu nehmen? Dass Stühle und Schreibtisch im Büro der Stadt trotzdem im besten Falle als Vollholzmöbel hergestellt sind – geschenkt! Hauptsache, auf den Möbeln glänzt ein Siegel zum Nachweis ökologischer Waldwirtschaft, auch wenn das Zertifikat letztlich die Herkunft des Holzes aus Plantagen belegt, die sich auf ehemaligen tropischen Urwaldstandorten befinden.

WALDUMBAU DAUERT, KLIMAWANDEL IST SCHNELLER

Die mittlerweile große Dringlichkeit von Klimaschutzfragen lässt hoffen, dass auch den heimischen Wäldern wieder mehr Aufmerksamkeit geschenkt wird. Die Wälder in Mitteleuropa siechen derzeit zunehmend dahin. Die Forstwirtschaft ist damit die erste Branche, die unter den aktuellen Wetterereignissen nachhaltigen Schaden erleidet. Ob die Gesellschaft, die diesen Schaden durch ihr Verhalten mitverursacht hat, nur für Sonntagsreden steht und mit oft falschen Forderungen die Lage noch verschlimmert, bleibt abzuwarten. Wirklich helfen würde es, wenn jeder, der mit dem Finger auf andere zeigt, auf die drei Finger derselben Hand achtet, die auf ihn zurückweisen: „Man sollte“ meint, dass „man“ sein *eigenes* Verhalten ändern muss – und nicht das der anderen. Und erst recht nicht das der Förster, die bereits seit über dreißig Jahren unermüdlich die Wälder in Richtung Klimastabilität umbauen und dabei vermutlich doch auf verlorenem Posten stehen, weil ihnen die Zeit davonläuft. Waldumbau dauert Jahrzehnte. Klimawandel geht offensichtlich schneller.

Im Trend liegen Bücher, die den Wald als Wildnis erneut romantisieren und die inzwischen selbst in seriösen Medien wie im *Zweiten Deutschen Fernsehen* und in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* ihre Podien finden. Dabei zählen deutsche Forstwissenschaftler zum Besten, was die Forstwirtschaft weltweit zu bieten hat. Sie bekommen jedoch kaum eine Bühne, weil ihre Botschaften nicht emotional genug sind.

Der Film des „bekanntesten Försters aus Deutschland“, der seit Januar 2020 nach dem gleichnamigen Bestseller in den Kinos läuft, lässt uns Förster Schlimmes befürchten. Der Autor ist ein „Guru“, dem seine Jünger blind folgen. Meine Einstellung ihm gegenüber – wir haben gemeinsam studiert – ist gelassen, selbst wenn ich seine Angriffe gegen die Kollegenschaft zunehmend als ehrverletzend empfinde.

Wenn jeder bei sich selbst mit dem Klimaschutz beginnen würde, hätten wir vielleicht eine Chance, die Klimaerwärmung abzumildern. Unseren Wäldern wird das übrigens egal sein. Für uns Menschen ist das allerdings eine Überlebensfrage.

Sehnsucht und Selbstsucht

Das ambivalente Verhältnis der Deutschen zur Landwirtschaft

THOMAS ELLROTT

Geboren 1966 in Braunschweig, Arzt und Leiter des Instituts für Ernährungspsychologie an der Georg-August-Universität Göttingen, Leiter der Deutschen Gesellschaft für Ernährung e.V. in Niedersachsen.

Deutschland hat nach wie vor einen starken Agrarsektor. Etwa die Hälfte der Landesfläche wird trotz hoher Siedlungsdichte landwirtschaftlich genutzt. In der Landwirtschaft arbeiten etwa eine Million Menschen. Neun von zehn landwirtschaftlichen Betrieben werden von den Besitzern selbst geführt und erzeugen landwirtschaftliche Güter im Wert von mehr als sechzig Milliarden Euro jährlich,

die die Basis für hochwertige und sichere Nahrungsmittel darstellen. Schließt man vor- und nachgelagerte Bereiche ein, so addiert sich der Produktionswert des Agribusiness in Deutschland auf fast 500 Milliarden Euro im Jahr. Die heimische Landwirtschaft produziert etwa neunzig Prozent der Lebensmittel, die wir in Deutschland verbrauchen, und leistet damit den entscheidenden Beitrag zur Ernährungssicherung des Landes. Durch den hohen Selbstversorgungsgrad ist Deutschland bei Lebensmitteln kaum von Importen abhängig. Dies variiert jedoch in Abhängigkeit von der Produktkategorie erheblich.

Über Energiepflanzen wie Mais und Raps, Holz (Kaskadennutzung), energetisch nutzbare Rest- und Abfallstoffe, aber auch über die Bereitstellung von Flächen für die Gewinnung von Wind- und Sonnenenergie ist die Landwirtschaft zunehmend auch für die Energie- und Rohstoffversorgung wichtig. Landwirte gestalten und pflegen zudem die Kulturlandschaften in Deutschland und sind in ländlichen Teilen der Republik ein wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Grundpfeiler.

In einer repräsentativen Telefonbefragung von Kantar Emnid zum Image der deutschen Landwirtschaft, die 2017 im Auftrag des information.medien.agrar e.V. (Berlin), durchgeführt wurde, stimmten die meisten Befragten den genannten Aspekten zur Bedeutung der Landwirtschaft in Deutschland zu. So sagten 87 Prozent der Befragten, „eine funktionsfähige Landwirtschaft ist ein wesentlicher Bestandteil für die Lebensqualität und Lebensfähigkeit des Landes“, und 82 Prozent stimmten der Aussage zu, „das bäuerliche Leben ist ein wichtiger Bestandteil deutscher Kultur“.

Moderne Landmaschinen, Fortschritte in der Tier- und Pflanzenzucht, ausgeklügelte Fruchtfolge, integrierter Pflanzenschutz und zielgenaue Düngung, das Ausnutzen von Skalierungseffekten und Verbesserungen in der Logistikkette haben in den letzten sieben Jahren zu einem extremen Zuwachs an Produktivität in der Landwirtschaft geführt.

Die hohe Produktivität ist mit einem direkten Nutzen für den Landwirt selbst, aber auch für die gesamte Gesellschaft verbunden. Mussten im Jahr 1950 etwa 44 Prozent des Einkommens für Lebensmittel und Getränke aufgewendet werden, so sind es gegenwärtig nur noch etwa vierzehn Prozent. Dies entspricht einem erheblichen Wohlstandsgewinn für die Bürgerinnen und Bürger. Durch die niedrigen Preise für Lebensmittel steht deutlich mehr Kaufkraft für andere Konsumausgaben zur Verfügung.

DAS LAND-WIRTSCHAFTSWUNDER

Nach dem Zweiten Weltkrieg hat ein Landwirt zehn Menschen ernährt. Gegenwärtig macht ein Landwirt statistisch fast 150 Menschen satt. Möglich wurde dies durch kontinuierliche Innovationen. Heute erzielen Landwirte wesentlich stabilere und höhere Erträge als früher. Die Innovationen der vergangenen Jahrzehnte haben nicht nur die Arbeit für die Landwirte erleichtert und die Erträge erhöht. Sie haben auch die Qualität der Erzeugnisse verbessert (Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft, BMEL 2018).

Aus diesen Perspektiven betrachtet, leistet die Landwirtschaft in Deutschland einen wichtigen Beitrag zum Wohlstand des Landes. Der aktuelle öffentliche Diskurs über die heimische Landwirtschaft ist allerdings ungleich kritischer. Problemfelder, welche ursächlich der Landwirtschaft zugeschrieben

werden, dominieren die mediale Berichterstattung und die Kommunikation in den sozialen Medien.

Die Grundlagen für die rasante Industrialisierung der Landwirtschaft wurden in den 1950er- und 1960er-Jahren gelegt. Nach Jahren des Mangels war es das erklärte politische Ziel, in Deutschland genügend Lebensmittel für alle in hoher Qualität und zu niedrigen Preisen zu erzeugen. Nach Neubeginn und Wirtschaftswunder wurden erste Nebenwirkungen der rasanten Industrialisierung in der Umwelt sichtbar: Chemikalien und Fischsterben im Rhein, saurer Regen und Waldsterben in vielen Regionen Deutschlands. Dies war die Geburtsstunde neuer Natur- und Umweltschutzbewegungen. Mit deren Aufstieg verbunden war eine zunehmend anti-kapitalistische Instrumentalisierung des Natur- und Land(wirt)schaftsbegriffs. Wirtschaft und Konzerne wurden zu Hauptgegnern in Fragen des Umweltschutzes erklärt. Ihnen wurde Gewinnstreben auf Kosten von Umwelt und Gesellschaft vorgeworfen.

„HEILE WELT“ DER BAUERNHÖFE

Das Marktforschungsinstitut Rheingold Salon hat in einer Studie herausgefunden, dass Verbraucher Innovationen und Effizienzsteigerung in der Landwirtschaft kritisch beurteilen, während diese in der Energiebranche oder Automobilwirtschaft willkommen sind (Heinz-Lohmann-Stiftung 2015). Viele Verbraucher scheinen Landwirtschaft und Bauernhof eher sehnsuchtsvoll romantisch und nostalgisch verklärt zu betrachten. Bäuerliche Landwirtschaft ist typischerweise eng mit Heimat, Familie, Kirche und Identität verwoben. In einer sich schnell verändernden hochkomplexen Welt ist dies für viele Verbraucher mit der Sehnsucht nach Verlässlichkeit, Vertrautheit, Überschaubarkeit, Entschleunigung, Sicherheit und Geborgenheit verbunden. Daher vermag das Bild eines Bauernhofs aus dem Jahr 1960 assoziativ positive Erinnerungen an die eigene Kindheit im Sinne einer „heilen Welt“ zu erwecken.

Dies wird dadurch verstärkt, dass in der Lebensmittelwerbung oft mit solchen nostalgischen Bildern von Landwirtschaft geworben wird. Diese mögen beim Verbraucher zwar ein gutes Gefühl von Heimat, Sicherheit und Geborgenheit auslösen, das kurzfristig zu einem Kaufimpuls führt. Langfristig führt die ständige Illustration romantisch verklärter Scheinwelten auf den Verpackungen und in der Werbung jedoch dazu, dass die Verbrauchererwartungen und der Ist-Zustand von Landwirtschaft immer weiter auseinanderklaffen. Es resultiert eine zunehmende Entfremdung der Verbraucher von der modernen landwirtschaftlichen Produktion. Hinzu kommt, dass viele Menschen keinerlei persönliche Kontakte zur Landwirtschaft mehr haben.

Aber gerade jene, die keine Primärerfahrung mit Landwirtschaft besitzen, kritisieren die moderne landwirtschaftliche Produktion: Im Kuhstall

entscheiden die Kühe heute selbst, wann sie sich vom Melkroboter melken lassen, auf dem Feld ermitteln ultramoderne Sensoren, wo, welcher und wie viel Dünger gebraucht wird. Immer größere Landmaschinen, Flächen und Anlagen sparen Diesel, Strom, Wasser und andere Ressourcen. Moderne Traktoren steuern ihre Fahrt über den Acker dank GPS und Autopilot selbst. Pflanzenschutzmittel werden automatisch und präzise dosiert: Der technologische Fortschritt hat der modernen Landwirtschaft immense Produktivitätssprünge und Arbeitserleichterungen gebracht. Es gibt allerdings Teile der Bevölkerung, die eben diesen Fortschritt mit Unbehagen sehen und als „Industrialisierung der Landwirtschaft“ verurteilen. Kritiker beklagen unerwünschte Nebenwirkungen auf Umwelt, Tier und Mensch und fordern die Rückbesinnung auf eine „bäuerliche Landwirtschaft“ (BMEL 2018).

Dabei ist zu beachten, dass die kritische öffentliche Diskussion über die Landwirtschaft nicht repräsentativ für die Einstellungen der Bevölkerung ist. Der öffentliche Diskurs in klassischen Medien wie in digitalen Social Media wird nur von einem Bruchteil der Bevölkerung maßgeblich getragen. Dieser ist jedoch besonders kommunikationsstark.

DIE „INTENTIONS-VERHALTENS-LÜCKE“

Verbraucher haben schon länger die Wahl, bereits beim Einkauf über die gewünschte Art der Landwirtschaft zu entscheiden. So stehen beispielsweise ökologisch erzeugte und fair gehandelte Produkte seit Jahrzehnten in den Regalen der Supermärkte oder können auf Wochenmärkten eingekauft werden. Das Gros der Verbraucher greift aber nicht zu solchen Produkten, sondern wählt weiterhin primär nach Preis oder Convenience aus. In Befragungen äußern jedoch fast alle, dass sich die Landwirtschaft unbedingt in Richtung von mehr Nachhaltigkeit und Verantwortung ändern muss. Sie bekunden, dass sie selbstverständlich bereits solche Produkte einkaufen. Bei Betrachtung der Marktzahlen erkennt man indes, dass sich die meisten Verbraucher an der Kasse des Supermarktes anders entscheiden, als zuvor in Befragungen bekundet. Die Wissenschaft bezeichnet diese Diskrepanz als „Attitude-Behaviour-Gap“ („Intentions-Verhaltens-Lücke“). Für die Landwirtschaft ist die Situation vertrackt, denn sie wird öffentlich lautstark zu mehr Nachhaltigkeit und Verantwortung gedrängt, aber die zugehörigen Marktsignale bleiben (noch) aus.

Kantar Emnid hat repräsentativ befragt, welche Eigenschaften deutschen Landwirten von der Bevölkerung zugeschrieben werden und welche Eigenschaften sie aus Verbrauchersicht idealerweise haben sollten (information.medien.agrar e.V. 2017). Der Soll-Ist-Vergleich zeigt, dass die deutschen Landwirte den hohen Ansprüchen der Verbraucher derzeit nur in wenigen Punkten gerecht werden.

Während die Landwirte im Hinblick auf die Produktion preiswerter Nahrungsmittel, marktorientierter Produkte sowie Orientierung am technischen Fortschritt den Wünschen der Verbraucher weitgehend entsprechen, ergibt sich vor allem bei ethischen und ökologischen Ansprüchen eine große Diskrepanz. Besonders groß ist sie beim verantwortungsvollen Umgang mit den Tieren, beim umweltbewussten Wirtschaften, bei der Produktion ohne Raubbau an Boden, Wasser und Luft sowie dem Verzicht auf Gentechnik. Ideell hat die Bevölkerung hohe Ansprüche an die heimische Landwirtschaft. Sie soll qualitativ, ethisch und ökologisch auf höchstem Niveau produzieren. In der Praxis entscheidet aber oftmals der Preis. Derartige Zielkonflikte sind für das Image der Landwirtschaft in Deutschland kennzeichnend.

„NUR DEN SCHÖNSTEN SALATKOPF“

Die Bundesministerin für Ernährung und Landwirtschaft, Julia Klöckner, hat in einer Rede vor dem Deutschen Bundestag zum Haushaltsgesetz 2020 am 10. September 2019 in Berlin typische Zielkonflikte in der modernen Landwirtschaft benannt: „So sollen Lebensmittel ausreichend vorhanden, die Ernten sicher und für uns Verbraucher ansehnlich, aber vor allen Dingen sollen sie günstig sein. Alle Menschen sollen satt werden, aber der Bauer soll sich als Landschaftsgärtner profilieren. Bauern sollen auf Pflanzenschutzmittel verzichten, aber im Supermarkt will man nur den schönsten Salatkopf. Landwirte sollen Tiere unter besten Bedingungen halten, aber mehr zahlen will dafür kaum jemand. Gefühlt möchten die meisten Fleisch von Tieren essen, die nie geschlachtet worden sind, aber Lock- und Dumpingangebote bei Lebensmitteln im Supermarkt funktionieren nach wie vor. Das schlechende schlechte Gewissen wird meist allein bei den Bauern abgeladen. Viele beklagen zwar, dass Höfe sterben und dass die vermeintlich Großen immer größer werden, aber machen gleichzeitig mit, wenn Landwirte pauschal als Klimasünder, Tierquäler und Umweltvergifter in die Ecke gestellt werden.“

Der Rheingold Salon aus Köln hat in der bereits zitierten Studie für die Heinz-Lohmann-Stiftung herausgearbeitet, dass es in den letzten Dekaden eine erhebliche Veränderung in der öffentlichen Meinungsbildung gab. Die Bürger entwickeln heute je nach Kontext unterschiedliche Meinungen und Verhaltensweisen zu ein und demselben Thema. Man fühlt sich nicht (mehr) verpflichtet, seine Meinungen wie früher in eine stringente und in sich logische „eigene Position“ zu integrieren. Stattdessen wird eine Vielfalt und Parallelität unterschiedlicher Meinungen nebeneinander akzeptiert, zum Teil sogar explizit gewünscht. Beispiele hierfür gibt es zuhauf. Auf die industrielle Landwirtschaft schimpfen, aber immer nur das Billigste einkaufen; Ökostrom wollen, aber gegen Stromtrassen und Windkraftträder demonstrieren; mit dem spritschluckenden SUV zum Bauernhof fahren, um dort Bioprodukte

einzu kaufen; sich aus Rücksicht auf den Planeten vegan ernähren, aber mehrmals im Jahr mit dem Flugzeug Fernreisen unternehmen. Möglich wird ein solches, eigentlich hochgradig widersprüchliches Handeln, weil das eigene Leben zunehmend wie die Stücke einer Torte in abgetrennte Lebensbereiche zerteilt wird: Ernährung, Mobilität, Urlaub, Freizeit, Wohnen, Beruf und so weiter. Während man sich innerhalb eines Tortenstücks hochgradig konsistent verhält, kann man in anderen Tortenstücken völlig abweichende und teils widersprüchliche Rollen spielen.

„Moral Licensing“ beschreibt das psychologische Phänomen, dass Menschen im Anschluss an eine gute, uneigennützte Tat ohne Schuldgefühle eine schlechte, eigennützte Tat vollbringen können. Man kann dies als eine Art Moralkonto verstehen, anhand dessen Altruismus und Egoismus ausbalanciert werden. Hat jemand gerade eine uneigennützte, gute Tat vollbracht, sich zum Beispiel konsequent klimaschonend fleischfrei ernährt, ist das „moralische Konto“ aufgefüllt. Das führt dann paradoxerweise dazu, dass Menschen nachfolgend zumeist in anderen Lebensbereichen (Tortenstücken) den eigenen hedonistischen Nutzen deutlich in den Vordergrund stellen und zum Beispiel vermehrt Fernreisen mit dem Flugzeug oder Kreuzfahrtschiff unternehmen. Moralische Lizenzieren kann Inkonsistenzen im menschlichen Verhalten erklären. Allerdings zeigen nicht alle Verbraucher derartige Widersprüche.

KONSUM WIRD ZUM BEKENNTNIS

Der Kulturwissenschaftler Wolfgang Ullrich beschreibt, dass ethisch-moralischer Konsum in Überflussgesellschaften zunehmend zum Bekenntnis wird. Konsumenten inszenieren sich durch im Produkt implizierte Werte. Moral wird zum Lifestyle und zum Distinktionsmerkmal. Das öffentliche Bekenntnis zu allgemein anerkannten Werten wie Gesundheit und Nachhaltigkeit durch die eigene Ernährung steigert das Selbstwertgefühl und die Wahrscheinlichkeit, das eigene Leben als erfüllt und sich selbst als wertvoll, schließlich als moralisch überlegen zu erfahren (*Wahre Meisterwerte*, Verlag Wagenbach 2017). Ullrich spricht in diesem Kontext von „Gewissenshedonismus“. Die Sozialwissenschaftlerin Eva Barlösius hat beobachtet, dass sich eine gesellschaftlich dominante Elite heute von anderen auch mittels ihres Ernährungsstils abgrenzt, der als moralisch überlegen gilt und unter anderem den Kauf von Bioprodukten und einen weitgehenden Verzicht auf Fleisch vorsieht (*Der Spiegel*, 2019). Ob der aus allen Lebensbereichen addierte ökologische Fußabdruck entsprechender Protagonisten tatsächlich geringer ist, muss jedoch kritisch hinterfragt werden.

Es ist jedoch für den gesellschaftlichen Dialog mit verschiedenen Kritikern nicht hilfreich, wenn Stakeholder jede Mitverantwortung am Status

quo von sich weisen, denn das weltweite Ökosystem ist fraglos in keinem guten Zustand. Die Wertschöpfungskette der industriellen Lebensmittelproduktion, vom Saatgut bis zum Gericht auf dem Teller, trägt daran eine Teilschuld. Sie ist nicht nachhaltig, sorgt für soziale Spannungen, endet in Übergewicht, Mangelernährung oder Hunger. Und sie schädigt unser Klima und unsere Umwelt. Veränderungen sind dringend notwendig. Die uneingeschränkte Zustimmung aller Stakeholder, auch der modernen Landwirtschaft, zu dieser Feststellung kann den Boden für einen konstruktiven Zukunftsdiallog mit dialogwilligen Stakeholdern zur Lösung der komplexen Zielkonflikte bereiten. Selbst wenn sich Verbraucher in Teilen derzeit noch inkonsistent verhalten, so ist dennoch absehbar, dass Nachhaltigkeit und Gesundheit zukünftig eine immer größere Rolle spielen werden. So hat die EAT-Lancet-Kommission 2019 unter dem Namen „Planetary Health Diet“ ein Konzept für Landwirtschaft und Ernährung vorgeschlagen, das sowohl die Gesundheit des Menschen als auch die des Planeten gleichermaßen schützen soll. Dazu zählt neben einer stärker pflanzenbetonten Ernährungsweise auch eine verbesserte Lebensmittelproduktion, zum Beispiel die Erhöhung des Ertrags pro Hektar landwirtschaftlich genutzter Fläche bei gleichzeitiger Minimierung der Auswirkungen auf die Natur sowie die Reduktion von Lebensmittelabfällen.

KONSENSTHEMA „FOOD WASTE“

In Deutschland entstehen rund zwölf Millionen Tonnen Lebensmittelabfälle im Jahr. Laut Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats für Waldpolitik und des Wissenschaftlichen Beirats für Agrarpolitik, Ernährung und gesundheitlichen Verbraucherschutz des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) könnten, etwa bei einer alleinigen fünfzigprozentigen Reduzierung der Lebensmittelabfälle in privaten Haushalten, bereits sechs Millionen Tonnen CO₂-Äquivalente an Treibhausgas-Emissionen in Deutschland eingespart werden (BMEL 2019). Strategien zur Reduktion von Lebensmittelabfällen entlang der gesamten Wertschöpfungskette sind hochgradig konsensfähig und können zum Einstieg in den gesellschaftlichen Dialog über die Zukunft der Landwirtschaft in Deutschland dienen.

Die Mehrheit der Deutschen ist auch der Meinung, dass landwirtschaftliche Themen in Schulen deutlich unterrepräsentiert sind und dass derzeit kein realistisches Bild von moderner Landwirtschaft in Schulen vermittelt wird (information.medien.agrar e.V. 2017). Fast alle halten Besuche von Schulklassen auf Bauernhöfen für wichtig oder sehr wichtig. Durch entsprechende Maßnahmen kann einer weiteren Entfremdung der Bevölkerung von moderner Landwirtschaft entgegengewirkt, der Dialog und die Wertschätzung von heimischer Landwirtschaft gefördert werden.

Landwirtschaft kontinental

Berichte aus Asien, Lateinamerika und Afrika

Asien: Die jüngste Entwicklung der Landwirtschaft in Asien kann positiv eingeschätzt werden. Die Anwendung neuer Agrartechnologien und Anbaumethoden sowie die Nutzung gentechnisch veränderter Kulturen haben die Produktionskapazitäten erheblich gesteigert. Der chronische Nahrungsmittelmangel unter den Armen und die damit einhergehenden Gesundheitsrisiken, insbesondere für Neugeborene und Kleinkinder, konnten dadurch in großem Maße verringert werden. Das landwirtschaftliche Hauptanbauprodukt ist heute zwar immer noch Reis, allerdings tragen nun auch vermehrt die Fischerei, die Viehwirtschaft sowie der Obst- und Gemüseanbau zur Ernährung der Bevölkerung bei. Dessen ungeachtet ist die Region nach wie vor durch eine starke soziale und landwirtschaftliche Heterogenität geprägt. Auch heute gibt es Regionen, in denen Nahrungsmittel knapp sind und Unterernährung ein weitverbreitetes Phänomen bleibt. Ein deutliches Gefälle ist dabei zwischen den Ländern Südasiens zu beobachten, die hinter den Staaten Ost- und Südasiens zurückfallen. In einer Vielzahl der asiatischen Länder sind zudem erhebliche Anteile der Bevölkerung in der Landwirtschaft beschäftigt, wodurch diesem Sektor insgesamt eine große ökonomische Bedeutung zukommt.

Der Klimawandel stellt neben der steigenden Nahrungsmittelnachfrage eine der größten Herausforderungen für die asiatische Landwirtschaft dar. Dürren, Überflutungen, zunehmende Wetterextreme, schmelzende Gletscher und der steigende Meeresspiegel sorgen bereits heute für Nahrungsmittelinbrüche. Der steigende Meeresspiegel verringert die landwirtschaftlichen Anbauflächen und versalzt die Böden. Wetterextreme beeinträchtigen das Pflanzenwachstum und zerstören ganze Ernten. Die Finanzmärkte antizipieren und multiplizieren diese Entwicklung, indem Investitionen in die Landwirtschaft aufgrund des gestiegenen Risikos zurückgehalten werden: Ein Teufelskreislauf beginnt. Laut aktuellen Untersuchungen muss bei der Weizenproduktion in Südasien bis 2050 mit Einbrüchen von bis zu fünfzig Prozent im Vergleich zum Jahr 2000 gerechnet werden. In den Regionen Ostasien und Pazifik könnte es beim Reisanbau Verluste von bis zu zwanzig Prozent geben. Der Klimawandel bedroht damit die jüngsten Fortschritte in der Landwirtschaft.

In einem besonderen Maße vom Klimawandel betroffen sind Afghanistan, Bangladesch, Kambodscha, Vietnam, Indien, Laos, Myanmar und Nepal. Hier fokussiert sich die Bedrohung neben den Bergregionen vor allem auf küstennahe Gebiete, in denen die meisten Menschen leben und wo sich die landwirtschaftlichen Hauptanbauggebiete befinden. In Vietnam mündet der Mekong über ein breit verwinkeltes Flusssystem in das Südchinesische Meer. Die Region ist dicht besiedelt und ein Reishauptanbaugbiet für den Bedarf mehrerer Millionen Menschen. Daneben werden dort Obst und Meeresfrüchte geerntet. Schon heute ist in der Region ein Anstieg des Meeresspiegels zu beobachten, der die landwirtschaftlichen Anbauflächen verringert. Die Versalzung von Süßwasservorkommen verschärft die Situation erheblich. Hinzu kommen neue Tierkrankheiten sowie Infektionskrankheiten, die den Menschen betreffen können. Prognosen gehen davon aus, dass das vietnamesische Wirtschaftswachstum dadurch beeinträchtigt werden kann. Bereits heute ist vor diesem Hintergrund ein Anstieg der Abwanderung in Städte zu beobachten. Der Urbanisierungsdruck nimmt durch den Klimawandel zu.

Die lokalen Behörden reagieren auf diese Entwicklung, indem sie unter anderem widerstandsfähigere Getreide- und Obstsorten anbauen lassen. Zudem soll der Monokulturanbau insgesamt verringert werden. Ein weiterer Ansatz sieht vor, Reisanbaugebiete wechselweise auch für die Garnelenzucht zu nutzen. Allerdings brauchen Garnelen nicht nur viel Süßwasser, sondern zur Vermeidung von Krankheiten auch Antibiotika. Beides hat negative Nebeneffekte. Der vermehrte Gebrauch von Süßwasser führt zu einem Absacken der Böden, wodurch der klimawandelbedingte Anstieg des Meeresspiegels noch stärker zum Tragen kommt. Der massive Einsatz von Antibiotika führt zu erheblichen Gesundheitsrisiken aufgrund der Ausbildung von Resistenzen. Eine

ähnliche Entwicklung ist auch im dichtbesiedelten Ganges-Delta zu beobachten.

Länder in den asiatischen Bergregionen spüren die veränderten Klimabedingungen ebenfalls besonders deutlich. Nepal, ein Land mit verschiedenen Klimasystemen und einer großen Pflanzen- und Tiervielfalt, ist besonders betroffen. Extremere Niederschläge im Sommer und zunehmende Trockenheit im Winter stellen die dortige Landwirtschaft vor große Probleme. Neue Pflanzenarten, neue Technologien, verbesserte landwirtschaftliche Managementsysteme und variierende Anbauzyklen für Getreide sollen die Auswirkungen auffangen. Der wasserintensive Reisanbau soll zum Beispiel durch den Anbau weniger wasserbedürftiger Hirsepflanzen punktuell ersetzt werden. Die Diversifizierung trifft auch den Anbau von Mais, der durch Bohnen ersetzt werden soll. Um der Bodenerosion entgegenzuwirken, sollen Kaffee, Zitronen, Gräser und Kardamompflanzen in die Terrassenfeldbewirtschaftung integriert werden. Für die örtlichen Bauern, die schon seit Jahrhunderten Landwirtschaft in bergigen Gebieten unter extremen Bedingungen betreiben, entsteht ein großer Anpassungsdruck. Ihr kulturelles Wissen über traditionelle Landwirtschaft und die moderne Klimaforschung bieten jedoch eine gute Basis für Bewältigungsstrategien.

Die größte Gefahr für Länder in bergigen Gebieten entsteht durch Überflutungen infolge der jährlichen Monsunregenfälle, die nicht nur die Landwirtschaft, sondern auch ohne Vorwarnung Menschenleben bedrohen können. Vor allem die Flutkatastrophen in Indien, Pakistan und Bangladesch in den letzten Jahren werden mit großer Sorge betrachtet. Der Aufbau von Frühwarn- und Schutzmechanismen zur Katastrophenprävention in diesen Regionen steckt noch in den Kinderschuhen und sollte dringend ausgebaut werden.

Der Klimawandel wirkt sich auf die asiatische Landwirtschaft besonders dramatisch aus. Jüngste Fortschritte bei der Bekämpfung der Unterernährung werden gefährdet, und die Anpassungsfähigkeit der Bauern wird auf das Äußerste belastet. Für die politischen Entscheider erwächst daraus die Verantwortung, Strategien zu entwickeln, dem langfristig entgegenzuwirken. Dem Aufbau von Managementsystemen, die kulturelles und traditionelles Wissen mit moderner Klimaforschung verbinden, sowie der Schaffung wirkungsvoller Katastrophenpräventionsmechanismen sollte dabei eine wichtige Rolle zukommen.

*Christian Hübner
Leiter Regionalprogramm Energiesicherheit und
Klimawandel Asien und Pazifik der Konrad-Adenauer-Stiftung
mit Sitz in Hongkong, China*

Lateinamerika: Der Klimawandel hat zweifellos auch die Landwirtschaft in Lateinamerika erreicht. Nicht nur Extremwetterereignisse wie Dürren und Hitzewellen, sondern auch Starkregen und Überschwemmungen wirken sich unmittelbar auf die Pflanzenproduktion und Viehwirtschaft aus. Das bedeutet auf lange Sicht sinkende Erträge, geringere Umsätze und steigende Preise. Während die Landwirte versuchen, sich an neue Witterungsbedingungen anzupassen, bedeutet der Klimawandel für den Agrarsektor in Lateinamerika vor allem ein Risiko für Einkommens- und Ernährungssicherheit. Gleichzeitig werden die Landwirte mit einem weiteren Problem konfrontiert: Die Landwirtschaft ist einer der Hauptproduzenten klimaschädlicher Treibhausgase und wird zunehmend für den Klimawandel mitverantwortlich gemacht. Die Debatte um Klimaschutz kollidiert somit unmittelbar mit Existenzfragen der lateinamerikanischen Landwirte.

Lateinamerika ist ein facettenreicher Kontinent. Dennoch sind zahlreichen Ländern der Region sowohl klimatische Risiken als auch sozioökonomische und kulturelle Bedingungen gemein, die ihre Anfälligkeit für Klimarisiken in ähnlicher Weise bestimmen. Die Landwirtschaft in der *Andenregion* – Bolivien, Ecuador, Peru, Argentinien und Chile – zeichnet sich vor allem durch kleinbäuerliche Strukturen aus, die Anbau und Produktion nahezu ausschließlich mit Gletscherwasser versorgen. Allerdings ist der Anteil an (tropischen) Gletschern in den letzten vierzig Jahren um bis zu fünfzig Prozent gesunken. Für die in weiten Teilen sehr arme Bevölkerung bedeutet die Gletscherschmelze eine dramatische Veränderung und droht, die traditionellen Anbau- und Produktionsstrukturen zu zerstören. Folglich ist eine zunehmende Abwanderung in nahe Städte zu beobachten, die den Urbanisierungsdruck der lateinamerikanischen Megalopolen zusätzlich verschärft.

In *Zentralamerika*, einer Region, die traditionell zwar über geringe eigene Wasserquellen verfügt, konnten die Landwirte dennoch bisher auf regelmäßige Regenzeiten vertrauen. Mittlerweile führen lang anhaltende Dürren im sogenannten „Trockenkorridor“, also an den Pazifikküsten Guatemalas, El Salvadors, Honduras', Nicaraguas und Costa Ricas, aber zu Verlusten im sechsstelligen Bereich. Aufgrund fehlender alternativer Arbeitsmöglichkeiten ist auch in Zentralamerika eine zunehmende Abwanderung der Landwirte zu beobachten.

Nicht zuletzt im *Amazonasgebiet* plagen häufiger auftretende Dürren, aber auch extreme Überschwemmungen bestehende Wasserversorgungsstrukturen. Gleichzeitig ist eine (oftmals unkontrollierte) Ausweitung landwirtschaftlicher Nutzflächen zu beobachten, was in der Vergangenheit bereits zu Konflikten zwischen Landwirten, Agrarkonzernen und indigenen Bevölkerungsgruppen geführt hat. Der Klimawandel birgt somit auch das Potenzial, den Druck auf die Flächennutzung weiter zu erhöhen und bestehende Konfliktherde zu verstärken. Erschwerend kommt hinzu, dass der durch Menschen verursachte Waldverlust durch häufiger auftretende Hitzewellen beschleunigt wird – das Klima verliert damit zunehmend CO₂-Regulatoren, wie zum Beispiel den Amazonaswald. Gerade in Brasilien, einem der größten lateinamerikanischen Produzenten landwirtschaftlicher Erzeugnisse wie Soja, Mais und Rindfleisch, bedeutet diese Veränderung erhebliche wirtschaftliche Risiken.

Die Auswirkungen des Klimawandels auf die Landwirtschaft Lateinamerikas sind ebenso komplex wie die Reaktionen darauf. In der Region bleibt die Anpassung an den Klimawandel die größte Herausforderung für den Agrarsektor. Gleichzeitig muss diese Anpassung im Einklang mit einem Risikomanagement erfolgen.

Daher haben einige Länder bereits in ein verbessertes Agrarmanagement und in technologische Innovationen investiert. In Zentralamerika wurden unter anderem künstliche Bewässerungsanlagen ausgebaut. Auch ein Katastrophenrisikomanagement wird in einigen Regionen eingeführt. Einige andere Regierungen haben wiederum Notstandsmaßnahmen implementiert. Die Migrationsbewegungen sowie die vielfältigen Konfliktpotenziale zeigen jedoch, dass es bisher an einer langfristigen Strategie des Umgangs mit den geänderten klimatischen Gegebenheiten fehlt, um die Landwirtschaft vor allem in ländlichen Gebieten tatsächlich zu stärken. Um sowohl Mitigations- als auch Anpassungsstrategien entschlossen mit dem Klimaschutz verbinden zu können, sind staatliche Kontrollen, kommunale Strukturen und Kompetenzen erforderlich. Dies zeigen nicht zuletzt die jährlichen (unkontrollierten) Brände im Amazonasgebiet.

Ebenfalls unstrittig ist, dass die Landwirtschaft eng mit der Ernährungssicherheit und dem wirtschaftlichem Einkommen verbunden ist. Sich an den Klimawandel anzupassen und gleichzeitig das Klima zu

schützen, stellt vor diesem Hintergrund eine besonders herausfordernde Aufgabe für die Landwirtschaft dar. Für weite Teile der Bevölkerung ist sie Haupteinnahmequelle. Gleichzeitig hat sie als Wirtschaftssektor erhebliche Auswirkungen auf die Umwelt.

Nicht zuletzt nimmt das Thema auch einen globalen Stellenwert ein: Lateinamerika bedient etwa zwanzig Prozent der globalen Nahrungsmittelversorgung. Einbrüche in der lateinamerikanischen Landwirtschaft ziehen somit unmittelbare Risiken für den globalen Nahrungsmittelmarkt nach sich.

Die Folgen des Klimawandels eröffnen aber auch Chancen. Um diese langfristig und erfolgreich nutzen zu können, müssen die Landwirte in der Lage sein, den Risiken des Klimawandels vorzubeugen. Eine Anpassung an veränderte Bedingungen kann demnach nur geschehen, wenn die Bevölkerung durch Fortbildungsangebote in Entscheidungsprozesse eingebunden ist und dazu motiviert wird, eigene Strategien zu entwickeln und ihr eigenes, teils über Jahrhunderte überliefertes Wissen im Umgang mit dem Klimawandel einzubringen. Die ähnlichen klimatischen Risiken der Region bieten nicht zuletzt die Chance, regionale Synergien zu schaffen. Dazu gehören nicht nur langfristige, politische Strategien und institutionelle Strukturen, sondern auch wirtschaftlich faire Handelsabkommen. Erst wenn die durch den Klimawandel zunehmend wirtschaftlich geschwächten Regionen gestärkt sind, kann der lateinamerikanische Agrarsektor nachhaltig zum Klimaschutz beitragen.

*Nicole Stopfer
Leiterin Regionalprogramm Energiesicherheit und
Klimawandel Lateinamerika der Konrad-Adenauer-Stiftung
mit Sitz in Lima, Peru*

Literatur

Ernährungs- und Landwirtschaftsprogramm der Vereinten Nationen: „Klimawandel und Ernährungssicherheit Lateinamerika und Karibik“, 2018 (Original im Spanischen: Organización de las Naciones Unidas para la Alimentación y la Agricultura: „Cambio Climático y seguridad alimentaria y nutricional América Latina y el Caribe“, 2018), www.fao.org [letzter Abruf: 20.11.2019].

Hübner, Christian: „Sicherheitsrisiko Klimawandel. Neue (alte) Konflikte in Lateinamerika“, in: KAS-Auslandsinformationen, 18.07.2016, kasnet.kas.de/db_files/kas/dokumente/auslandsinformationen/7_dokument_dok_pdf_45883_1.pdf [letzter Abruf: 20.11.2019].

Gaupp, Peter: „El Niño‘ und der Klimawandel“, in: Neue Zürcher Zeitung, 21.08.2014, www.nzz.ch/panorama/el-nino-und-der-klimawandel-1.18367897 [letzter Abruf: 20.11.2019].

Regionalprogramm Energiesicherheit und Klimawandel Lateinamerika (EKLA), 2017: „Herausforderungen und Chancen für die lateinamerikanische Landwirtschaft“, Veranstaltungsbericht, www.kas.de/veranstaltungsberichte/detail/-/content/herausforderungen-und-chancen-fuer-die-lateinamerikanische-landwirtschaft [letzter Abruf 20.11.2019].

Subsahara-Afrika: In Subsahara-Afrika (SSA) ist die Wirtschaftsleistung stark von der landwirtschaftlichen Produktion abhängig, in einigen Ländern liegt der Anteil der Landwirtschaft am Bruttoinlandsprodukt bei über fünfzig Prozent. Angesichts der Rolle der Landwirtschaft ist es notwendig, die Auswirkungen des Klimawandels auf den Agrarsektor des afrikanischen Kontinents zu verstehen. Allerdings fehlt es an robusten Daten zur Einschätzung, wie sich die Nahrungsmittelproduktion bei steigenden Temperaturen verändern wird. Dies liegt zum einen an der Ungewissheit über die künftige Temperaturentwicklung, zum anderen an der schlechten Datenlage. Hier könnten die Regierungen afrikanischer Länder Abhilfe schaffen und die systematische Erhebung und Auswertung von Daten zur Priorität erklären, um die Adaptionsfähigkeit der einzelnen Länder zu stärken.

Die Anpassung an die Folgen des Klimawandels im landwirtschaftlichen Bereich wird zudem durch das Fehlen finanzieller Mittel erschwert. Ebenso wie in anderen Sektoren fehlt es im Wesentlichen an Privatinvestitionen, und im globalen Vergleich fließen die wenigsten Gelder aus internationalen Klimafonds nach Afrika südlich der Sahara. Für die Steigerung sowohl privater Investitionen als auch internationaler Ausgleichszahlungen sind gute Regierungsführung und unabhängige Institutionen, wie die Nachhaltigkeitsagenda der Vereinten Nationen (*United Nations*, UN) unter Ziel 16 fordert, Grundvoraussetzung.

Die landwirtschaftliche Produktivität ist eng verbunden mit der Herstellung von Ernährungssicherheit, und diese wird durch den Klimawandel verlangsamt. Neben dem Bevölkerungswachstum in SSA ist der Klimawandel daher der zweite wichtige Faktor, der Ziel 2 der UN-Nachhaltigkeitsagenda („Den Hunger beenden, Ernährungssicherheit und eine bessere Ernährung erreichen und eine nachhaltige Landwirtschaft fördern“) gefährdet.

Der Klimawandel hat nicht nur unmittelbaren Einfluss auf die Art und Weise der landwirtschaftlichen Produktion: In der Region um den Tschadsee hat die verzweifelte Lage nach immer extremeren Wetterereignissen mit ausgelöst, dass sich arme Bauern und Fischer der islamistischen Terrororganisation *Boko Haram* angeschlossen haben. Die Region an der Grenze zu Nigeria, Niger, Tschad und Kamerun wurde von einem jahrzehntelangen islamistischen Aufstand destabilisiert, der 2,5 Millionen Menschen in einem der ärmsten Gebiete der Welt entwurzelte. Extreme Wetterereignisse haben den Konflikt verschärft, indem sie vielen Menschen die Lebensgrundlage entzogen und zu Nahrungsmangel geführt haben.

Rund vierzig Millionen Menschen, die im Tschadseebecken leben, sind auf das dort vorhandene Wasser angewiesen, um Getreide und Viehzucht, Fischerei und Handel zu betreiben. Die Regenfälle um den See hinterlassen fruchtbares Land für die Landwirtschaft; die Menge und der Zeitpunkt der Niederschläge sind jedoch so unvorhersehbar geworden, dass die Menschen nicht mehr wissen, was sie wann anbauen sollen. Hier ist es Aufgabe der Regierungen, den Menschen beim Umgang mit Wetterwechseln zu helfen, indem sie ihnen bessere Daten über Niederschläge und Unterstützung bei der Veränderung ihrer Lebensgrundlage geben.

Um eine effiziente und effektive Adaption an den Klimawandel zu erreichen, bieten sich den Regierungen afrikanischer Länder folgende Handlungsoptionen an:

- Daten über den Klimawandel und Auswirkungen auf die Landwirtschaft systematischer untersuchen, auswerten und entsprechende Handlungsempfehlungen formulieren.
- Bessere Investitionsbedingungen, besonders für Privatinvestitionen, schaffen, um die Adaptionfähigkeit der Landwirtschaft zu verbessern.
- Politische Maßnahmen, wie zum Beispiel Schulungsprogramme für Landwirte, anbieten, um die Anpassungsfähigkeit der Nahrungsmittelproduktionssysteme zu verbessern und gleichzeitig die Auswirkungen auf das ländliche Einkommen und die Bildung abzumildern. Zudem sind indirekte Investitionen, wie etwa in verbesserte Transportwege und Energieversorgung, notwendig, um die landwirtschaftliche Produktion zu steigern.
- Die indirekten Folgen fehlender Nahrungsmittelsicherheit und die Auswirkungen des Klimawandels immer mitdenken.

Anja Berretta

Leiterin Regionalprogramm Klimapolitik und Energiesicherheit
in Subsahara-Afrika der Konrad-Adenauer-Stiftung
mit Sitz in Yaoundé, Kamerun

Welternährung und Klimaschutz

Was wir in Deutschland dafür tun sollten

JOACHIM VON BRAUN

Geboren 1950 in Brakel, Altstipendiat der Konrad-Adenauer-Stiftung und Präsident der Päpstlichen Akademie in Rom, Professor für wirtschaftlichen und technologischen Wandel, Direktor des Zentrums für Entwicklungsforschung (ZEF) der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn.

Der Klimawandel hat bereits heute gravierende Auswirkungen auf die Lebensmittelversorgung. Klimaschutzpolitik betrifft nicht die fernere Zukunft, sondern sie ist jetzt erforderlich. Weltweit sind etwa 821 Millionen Menschen von Ernährungsunsicherheiten betroffen. Die Zahl der Hungernden nimmt seit 2014 wieder zu. Hauptursache für diese Entwicklung sind die durch den Klimawandel

verstärkten extremen Wetterereignisse, aber auch militärische Konflikte und eine Verlangsamung des wirtschaftlichen Wachstums in einigen Entwicklungsländern.¹ 2017 verursachten extreme Wetterereignisse weltweit wirtschaftliche Verluste von 326 Milliarden US-Dollar.

Es werden Produktionseinbußen bei Mais, Reis, Weizen und Soja um neun Prozent bis 2030 und um 23 Prozent bis 2050 erwartet, wenn nicht grundlegende Änderungen in Politik und Innovation erfolgen.² Die weltweite Versorgungslage ist somit bedroht. Die Produktivität und Widerstandsfähigkeit des globalen Nahrungsmittelsystems muss rasch verbessert werden, wie etwa der weltweite Verbund der 130 Akademien der Wissenschaften (*InterAcademy Partnership, IAP*) jüngst gefordert hat.³ Erhebliche zusätzliche öffentliche und private Investitionen in das gesamte Nahrungsmittelsystem sind nötig, um das Angebot an gesunden Lebensmitteln zu erweitern.

Der Klimawandel trägt zu Degradation, Versalzung und Qualitätsverlusten der Böden bei. Untersuchungen des Zentrums für Entwicklungsforschung (ZEF) der Universität Bonn haben einen globalen Verlust durch Bodendegradation von etwa 300 Milliarden US-Dollar pro Jahr ermittelt.⁴

Das gesamte Agrar- und Ernährungssystem muss „Klima-smart“ werden. Einzelne Maßnahmen sind nicht ausreichend. Nachhaltige Anbaumethoden sind ein wichtiger Teil der Anpassung. Voraussetzung für eine nachhaltige Landwirtschaft sind gesicherte Landnutzungsrechte, da sonst die Anreize für langfristige Investitionen fehlen. Kleinbäuerliche Strukturen sind und bleiben noch lange das prägende Strukturmerkmal der afrikanischen und asiatischen Landwirtschaft. Wichtig ist die Stärkung ihrer Resilienz durch überbetriebliche Kooperation und Dienstleistungen. Kleine Betriebe sollten aber nicht idealisiert werden.

IN BIOÖKONOMIE INVESTIEREN

Der Agrar-, Klima- und Ökologieforschung sollte höhere Priorität beigemessen werden. Pflanzenzüchtung für angepasste Sorten, klimagerechte Tierhaltung, Präzisionslandwirtschaft, nachhaltige Stickstoff- und Phosphatdüngung werden auch in Entwicklungsländern immer notwendiger. Der beschleunigte Klimawandel bewirkt rasche Veränderungen der Standorte der Nahrungsproduktion. Eine Neubewertung der modernen genetischen Methoden sollte auf wissenschaftlicher Basis in Angriff genommen werden. In gesetzlichen Regelungen sollte eine differenzierte Regulierung der Genom-Editierung vorgenommen werden, denn diese ist nicht mit der früheren Gentransfertechnik vergleichbar, die zum Beispiel die heutigen europäischen Regelungen definiert.

Hitzewellen, Luftverschmutzung sowie die zunehmende Ausbreitung von klimasensiblen Infektionskrankheiten⁵ und Pilzbefall der Feldfrüchte (Aflatoxine) belasten die menschliche Gesundheit weltweit sowohl in Industrie- als auch in Entwicklungsländern.⁶ Frauen in Entwicklungsländern sind besonders stark betroffen, da sie oft nur über begrenzte Ressourcen verfügen, um

Anpassungsmaßnahmen vorzunehmen. Frauen stellen zudem einen wichtigen Anteil der landwirtschaftlichen Arbeitskräfte in Entwicklungsländern dar.⁷

Es wäre ineffizient, wenn sich die deutsche Klimapolitik auf Deutschland beschränkte. Das Klima ist ein globales System, und die Situation der Entwicklungsländer muss mit bedacht werden, wenn wir in Klimapolitik investieren. Eine solide Klimapolitik ist keine isolierte Politik, sondern Teil einer Ordnungspolitik, die auf der Basis der Sozialen Marktwirtschaft entwickelt werden muss und ethischen Prinzipien wie Fairness, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit folgt.

Klimabedingter Hunger ist nicht als ein isoliertes Feld der Entwicklungszusammenarbeit zu verstehen. Derzeit spielt die deutsche Entwicklungszusammenarbeit eine weltweit gute, wichtige und führende Rolle bei der Förderung von Agrarentwicklung und Ernährungssicherung. Deutschland wendet für Ernährungssicherung und ländliche Entwicklung über 1,5 Milliarden US-Dollar pro Jahr auf und nimmt mit den USA und Japan eine Spitzenstellung ein. Das ist auch erforderlich, denn das beim G7-Gipfel auf Schloss Elmau gegebene Versprechen, 500 Millionen Menschen bis 2030 aus Hunger und Unterernährung zu bringen, erfordert erhöhte Anstrengungen.

Deutschland sollte verstärkt in eine nachhaltige Bioökonomie investieren, im eigenen Land wie international. Dies beinhaltet, die Klimapolitikmaßnahmen nach Artikel 6 des Pariser Abkommens zu realisieren, also Klimagasen zu kompensieren, etwa durch Investitionen in Entwicklungsländern in CO₂-Sequestrierung, in Land- und Forstmaßnahmen und eine nachhaltige Holznutzung und Energieentwicklung. Eine stärkere Nutzung von Innovationen im Agrar- und Energiesektor der Entwicklungs- und Schwellenländer würde die Verteilungswirkungen und die Effizienz der Klimapolitik Deutschlands verbessern. Die Aufforstung ehemaliger Waldgebiete ist aufgrund der ökologischen Vorteile zu befürworten.⁸ Ein wichtiges konkretes deutsches Engagement zusammen mit europäischen und afrikanischen Partnern könnte darin bestehen, in der Sahel-Region und am Horn von Afrika nachhaltige dezentrale Energiesysteme im ländlichen Raum aufbauen zu helfen (Solar-, Windenergie) und eine nachhaltige und produktive Land- und Forstwirtschaft zu fördern, die in Kombination mit der Energieentwicklung CO₂ einsparen und Beschäftigung fördern könnte.

VERÄNDERTES KONSUMVERHALTEN ERFORDERLICH

Der Übergang zu einer stärker pflanzlich basierten Ernährung in Industrieländern im Einklang mit Richtlinien für eine gesunde Ernährung könnte die globale Sterblichkeit um sechs bis zehn Prozent und die durch Lebensmittel verursachten Treibhausgasemissionen bis 2050 deutlich senken.⁹ Derzeit wird etwa ein Drittel der produzierten Lebensmittel weltweit verschwendet

oder geht nach der Ernte verloren. Während in Entwicklungsländern die Lebensmittelabfälle hauptsächlich in der Produktions- und frühen Nachernte-Phase entstehen, fallen sie in Ländern mit hohem Einkommen oftmals beim Verarbeiter, im Supermarkt und beim Verbraucher an. Die Verringerung solcher Abfälle würde die Treibhausgasemissionen aus den Nahrungsmittelsystemen, die bei Herstellung, Lagerung und Transport anfallen, proportional reduzieren.¹⁰

Es gibt eine Vielzahl preislicher und anderer Anreizinstrumente, um eine Umstellung auf die erwähnten Verhaltensmuster zu erreichen, Bildungsmaßnahmen sollten jedoch Priorität haben. Diese beinhalten neben Steuern und Vorschriften auch sogenannte „Nudges“ (deutsch: „Anstupsen“), wie zum Beispiel die Bereitstellung von Informationen über nachhaltigen Konsum und Aufklärungskampagnen, die darauf abzielen, eine Verhaltensänderung beim Konsumenten auszulösen. Die „Wissenschaftsplattform Nachhaltigkeit 2030“¹¹ hat dies in Arbeit. Eine CO₂-Bepreisung bietet ebenfalls Anreize zur Veränderung des Konsumverhaltens. Nachhaltiger Konsum und die Chancen und Grenzen seiner positiven externen Effekte müssen Forschungspriorität in Industrieländern einschließlich Deutschlands gewinnen.

ENTWICKLUNGSPOLITISCHES KLIMAPAKET

Die Folgerungen für ein entwicklungspolitisches Klimapakete lassen sich in sieben Punkten skizzieren:

Erstens: Deutsche Klimapolitik muss global wirken, Entwicklungs- und Schwellenländer mitdenken, darf nicht isoliert geplant werden. Das Pariser Abkommen und die von den Vereinten Nationen ausgerufenen Ziele für nachhaltige Entwicklung (*Sustainable Development Goals*, SDG) sind die Richtschnur, auch für internationales Investitions-Engagement.

Zweitens: Die systemische Antwort auf die Klimakrise ist die schrittweise Abkehr von einer auf fossilen Energieträgern basierten Wirtschaft hin zu einer nachhaltigen Bioökonomie in einer vermehrt zirkulären Wirtschaft mit nachhaltigen Energiesystemen.

Drittens: Die Welternährung ist durch den Klimawandel bedroht. Dies erfordert global wirksame Maßnahmen, bei denen Europa und Deutschland eine wichtige Rolle übernehmen können und dies auch tun sollten.

Viertens: Landwirtschaft ist Teil der Ursachen des Klimawandels und zugleich besonders leidtragend aufgrund des Klimawandels. Landwirtschaft in den Entwicklungsländern muss stabilisiert und auf einen nachhaltigen Wachstumspfad gebracht werden. Die Zukunft von etwa drei Milliarden Menschen im ländlichen Raum der Entwicklungsländer hängt davon direkt ab. Innovation ist wichtiger Teil der Antworten auf diese Herausforderung,

und Deutschland sollte dazu mit seinen Forschungskapazitäten einen signifikanten Beitrag leisten.

Fünftens: Nachhaltiger Konsum in den Industrieländern, also auch in Deutschland, ist zur Erreichung der Klimaziele notwendig. Anreize für eine nachhaltige Ernährung und Reduzierung der Lebensmittelverschwendung müssen verstärkt werden.

Sechstens: Den Hunger bis 2030 zu beenden – wie im SDG2 gefordert – ist noch möglich, aber nicht mit dem gegenwärtigen Einsatz an Mitteln und nicht ohne Politikänderungen sowohl in Entwicklungsländern als auch bei uns.

Siebtens: Ein großes entwicklungspolitisches Programm in der Sahel-Region und am Horn von Afrika, das Klimapolitik nach Artikel 6 des Pariser Abkommens (Kompensation deutscher Klimagase) mit nachhaltiger Land- und Forstwirtschaft, Infrastruktur und ländlicher Energieversorgung verbindet, wäre wegweisend und eine notwendige Flankierung der Sicherheitspolitik in der Region.

¹ FAO/IFAD/UNICEF/WFP/WHO: *The State of Food Security and Nutrition in the World 2018. Building climate resilience for food security and nutrition*, Rom 2018.

² Haile, Mekbib G./Wossen, Tesfamichael / Tesfaye, Kindie / Braun, Joachim von: „Impact of Climate Change, Weather Extremes, and Price Risk on Global Food Supply“, in: *Economics of Disasters and Climate Change*, Ausgabe 1, Juni 2017, S. 55–75.

³ InterAcademy Partnership (IAP): *Opportunities for future research and innovation on food and nutrition security and agriculture. The InterAcademy Partnership's global perspective. Synthesis by IAP based on the four regional academy network studies*. Triest / Washington D. C. 2018.

⁴ Nkonya, Ephraim / Mirzabaev, Alisher / Braun, Joachim von (Hrsg.): *Economics of land degradation and sustainable land management*, Springer Verlag, Heidelberg 2016.

⁵ Watts, Nick, et al.: „The 2018 report of the Lancet Countdown on health and climate change: shaping the health of nations for centuries to come“, in: *The Lancet*, 392. Jg., Nr. 10163, S. 2479–2514, November 2018.

⁶ Ramanathan, Veerabhadran / Sanchez Sorondo, Marcelo / Dasgupta, Partha / Braun, Joachim von / Victor, David G.: „Climate Extremes and Global Health“, in: *Foreign Affairs*, 31.07.2018.

⁷ Doss, Cheryl / Meinzen-Dick, Ruth / Quisumbing, Agnes / Theis, Sophie: „Women in agriculture: Four myths“, in: *Global Food Security*, Bd. 16, S. 69–74, März 2018; Njiraini, G. / Ngigi, M. / Baraké, E.: *Women in African Agriculture: Integrating Women into Value Chains to Build a Stronger Sector*, ZEF Working Paper 175 (2018), Universität Bonn.

⁸ Mbow, Cheik, et al.: „Achieving mitigation and adaptation to climate change through sustainable agroforestry practices in Africa“, in: *Current Opinion in Environmental Sustainability*, 6. Jg., Februar 2014, S. 8–14.

⁹ Springmann, Marco, et al.: „Analysis and valuation of the health and climate change cobenefits of dietary change“, in: *Proceedings of the National Academy of Sciences*, 113 Jg., Nr. 15/2016, S. 4146–4151.

¹⁰ Siehe Ergebnisse einer Konferenz der Päpstlichen Akademie der Wissenschaften, 2019, www.casinapioiv.va/content/accademia/en/events/2019/food_waste.html [letzter Abruf: 02.12.2019].

¹¹ Siehe Wissenschaftsplattform, www.wpn2030.de [letzter Abruf: 02.12.2019].

Pfui Pflanzenschutz?

Verzicht auf Chemie ist vorerst keine Option

SUSANNE GÜNTHER

Geboren 1972 in Isselburg, Wissenschaftskommunikatorin an der Universität Kassel und Agrar-Bloggerin.

Pflanzenschutzmittel haben einen schlechten Ruf. Schlagworte wie „Gift im Essen“ beherrschen die Schlagzeilen. Warum chemisch-synthetischer Pflanzenschutz auch unter den Bedingungen eines gesteigerten ökologischen Bewusstseins seine Berechtigung hat, versucht dieser Artikel zu verdeutlichen.

Die Makellosigkeit, mit der Obst und Gemüse in unseren Supermärkten angeboten wird, vermittelt ein gänzlich falsches Bild. Die Natur hält solche Perfektion nicht bereit: Pflanzen werden von Schädlingen bedroht; Krankheiten, ausgelöst durch

Pilze, Bakterien und Viren, oder Insekten befallen sie, vernichten den Ertrag oder lassen die Früchte unansehnlich und bisweilen ungenießbar werden. Unkraut steht in Konkurrenz zur Nutzpflanze um Licht, Wasser und Nährstoffe. Damit die Nutzpflanze gut gedeiht, wird diese Konkurrenz reduziert. Hinzu kommt, dass unsere modernen Getreide-, Gemüse- sowie Obstsorten oftmals erst durch den Züchtungsprozess genießbar geworden sind. Wildpflanzen produzieren Stoffe, die sie vor Fressfeinden schützen. Diese Stoffe können giftig sein und den Geschmack beeinträchtigen. Durch Zucht ist es gelungen, diese Stoffe aus der Pflanze zu entfernen; dadurch ist sie aber auch anfälliger für Schädlinge geworden.

Der älteren Generation, die selbst auf dem Acker gearbeitet hat, sind diese Zusammenhänge durch eigene Erfahrung bewusst. Bis in die 1960er-Jahre wurde das Unkraut auf den Rübenäckern per Hand mit der Hacke reguliert. Wer im eigenen Gemüsegarten Bekanntschaft mit der Kraut- und Knollenfäule bei Kartoffeln gemacht hat, bekommt einen Eindruck davon, wie mühselig es ist, der Natur eine Ernte abzurufen. Die verbreitete Ansicht, der chemische Pflanzenschutz ziele vorrangig auf die Steigerung der Erträge, trifft nicht vollständig zu: Mit Pflanzenschutzmaßnahmen sorgt der Landwirt dafür, dass die Pflanzen das in ihrem Genom angelegte Potenzial entwickeln können. Das heißt: Erträge und Qualitäten werden abgesichert sowie die Anreicherung mit Schadstoffen wie Mykotoxinen vermieden. Agrarwissenschaftler kalkulieren die zu erwartenden globalen Ertragsverluste ohne Pflanzenschutz auf dreißig bis vierzig Prozent.

BIENENGEFÄHRLICHE SUBSTANZEN IM BIO-LANDBAU

Die reflexhafte Entgegnung lautet oft: „Aber im Bio-Anbau geht es doch auch, ohne zu spritzen!“ Das stimmt so nicht. Im Bio-Landbau sind die Erträge hierzulande je Flächeneinheit bis zu fünfzig Prozent niedriger als im konventionellen Anbau. Die Diskrepanz variiert je nach Art der Kultur. Im Zuge der Klimaschutzdebatte ist diese mangelnde Flächeneffizienz der Hauptgrund, warum „Öko“ und „Bio“ eher problematisch gesehen werden. So empfiehlt der Weltklimarat (*Intergovernmental Panel on Climate Change*,

IPCC) auch eine nachhaltige Intensivierung der Landwirtschaft (*sustainable intensification*) und eben keine Extensivierung.

Auch im Bio-Landbau kommen Pflanzenschutzmittel zum Einsatz, aber eben keine chemisch-synthetischen Substanzen. Die Voraussetzung, dass eine Substanz im Bio-Landbau zum Einsatz kommen darf, ist, dass sie „pflanzlichen, tierischen, mikrobiellen oder mineralischen Ursprungs“ ist. So will es die EU-Öko-Verordnung.¹ Natürlicher Ursprung bedeutet jedoch nicht automatisch „umweltfreundlich“: So führt diese Regelung letztlich dazu, dass die konventionelle Variante bei bestimmten Einsatzzwecken die bessere Ökobilanz aufweist – so zum Beispiel im Wein- und Obstbau, wenn in der Öko-Variante kupferhaltige Fungizide angewandt werden. Sogar bienengefährliche Substanzen wie Spinosad werden im Bio-Landbau eingesetzt.²

Im Hinblick auf die menschliche Gesundheit dominieren Funde kleinster Rückstandsmengen die Schlagzeilen: „Glyphosat in Bier“, „Glyphosat in Wein“, „Glyphosat in Speiseeis“ – doch eigentlich waren die Risiken für die Bevölkerung gering, die gefundenen Mengen weit entfernt davon, gefährlich zu sein. Leider fehlte in der Berichterstattung meist eine entsprechende Einordnung. Die breite Wirksamkeit gegen Pflanzen hat Glyphosat in der Öffentlichkeit das Image eines Ultragiftes verliehen; dabei ist die Substanz nach internationalen toxikologischen Standards (LD₅₀ [letale, also tödliche Dosis] Ratte oral) weniger giftig als Kochsalz oder Backpulver.³

Dieser Fehlwahrnehmung kommt entgegen, dass Verbraucher künstliche und natürliche Risiken in ihrer Nahrung unterschiedlich bewerten. Der amerikanische

Toxikologe Bruce Nathan Ames verdeutlicht dies anhand eines Vergleichs: In einer Tasse Kaffee gebe es von Natur aus mengenmäßig mehr Substanzen, die sich im Tierversuch als krebserregend erwiesen haben, als der Durchschnittsamerikaner im Jahr an Pestizidrückständen mit der Nahrung zu sich nimmt.⁴ Trotzdem ist die Angst vor (chemischen) Pestizidrückständen in der Nahrung größer als die vor natürlichen Inhaltsstoffen. Ames plädiert in seinem bemerkenswerten Aufsatz „The Causes and Prevention of Cancer: The Role of Environment“ dafür, Risiken vernünftig abzuwägen, weil übertriebene Warnungen der öffentlichen Gesundheit mehr schaden als nützen.⁵

DISRUPTIVE TENDENZEN

Angesichts einer wachsenden Weltbevölkerung, der Änderung der Ernährungsgewohnheiten sowie der Gefahr für die Nahrungssicherheit durch den Klimawandel ist der Verzicht auf chemischen Pflanzenschutz derzeit keine Option. Trotz alledem zeichnen sich zwei disruptive Tendenzen ab, die den Ackerbau in den kommenden Jahrzehnten verändern werden: Zum einen verspricht die Digitalisierung sparsame und zielgenaue Technik zur Dosierung und Ausbringung von Pflanzenschutzmitteln oder die mechanische Bekämpfung von Unkraut via Robotik. Zum anderen stehen der Pflanzenzucht mit dem *Genome Editing*, also mit molekularbiologischen Techniken zur zielgerichteten Veränderung von DNA, einschließlich des Erbguts von Pflanzen, Tieren und Menschen, wirkmächtige Verfahren zur Verbesserung der Widerstands-

fähigkeit der Nutzpflanzen bereits auf molekularer Ebene gegen Klima und Schaderreger zur Verfügung. Im Zuchtprozess verloren gegangene Resistenzen können beispielsweise wieder aktiviert werden. Doch damit diese Technologie auch in Europa zum Einsatz kommen kann, ist eine politische Initiative notwendig. Denn die starre Regulierung von CRISPR-Pflanzen als „GMO“ (*genetically modified organism*, gentechnisch modifizierte Organismen) würde jede Innovation ausbremsen.

¹ Verordnung (EG) Nr. 834/2007 des Rates vom 28. Juni 2007 über die ökologische/biologische Produktion und die Kennzeichnung von ökologischen/biologischen Erzeugnissen und zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr. 2092/91.

² Johannes Kühn: „Nur Bio-Pestizide dürfen Bienen töten!“, in: Salonkolumnisten, 07.08.2017, www.salonkolumnisten.com/bio-pestizide-bienen/ [letzter Abruf: 23.01.2020].

³ „LD₅₀ Ratte oral“ ist ein internationales Maß für akute Toxizität und beschreibt die Dosis (gemessen in mg/kg Körpergewicht des Versuchstieres), die für 50 Prozent einer Gruppe tödlich ist. Der Wert für Glyphosat liegt bei 4.870 mg/kg, der für Kochsalz (Natriumchlorid) bei 3.000 mg/kg und der für Backpulver (Natriumhydrogencarbonat) bei 4.220 mg/kg (Referenz: GESTIS-Stoffdatenbank).

⁴ „There are more rodent carcinogens in a single cup of coffee than potentially carcinogenic pesticide residues in the average American diet in a year, and there are still a thousand chemicals left to test in roasted coffee.“, in: Bruce N. Ames / Lois Swirsky Gold, 1998, www.ncbi.nlm.nih.gov/pubmed/9677052 [letzter Abruf 19.11.2019].

⁵ „Risks compete with risks: society must distinguish between significant and trivial risks. Regulating trivial risks or exposure to substances erroneously inferred to cause cancer at low-doses, can harm health by diverting resources from programs that could be effective in protecting the health of the public. Moreover, wealth creates health: poor people have shorter life expectancy than wealthy people. When money and resources are wasted on trivial problems, society's wealth and hence health is harmed.“, in: Bruce N. Ames / Lois Swirsky Gold, 1998, <https://toxgate.nlm.nih.gov/cpdb/pdfs/Biotherapy1998.pdf> [letzter Abruf 19.11.2019].

Präzisions- landwirtschaft

Digitale Innovationen in Landwirtschaft und ländlichem Raum

ENGEL HESSEL

Geboren 1969 in Kiel, Leiterin des Instituts für Agrartechnologie, Thünen-Institut, seit 2018 Digitalisierungsbeauftragte für das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft.

In den letzten Jahren ist ein starker Trend zu digitalen Innovationen in Wirtschaft und Gesellschaft erkennbar, besonders auch in der Landwirtschaft. Komplexe landwirtschaftliche Prozesse, wie beispielsweise Ernteketten oder auch Tierherden, können mithilfe digitaler Techniken in Echtzeit überwacht und gemanagt

werden. Im digitalen Stall können Parameter zur Bewertung des Gesundheitszustands, des Tierwohls von Nutztieren oder der Milchqualität von Kühen digital erfasst werden. Auswertungen dieser Parameter stehen dem Landwirt online per App auf dem Smartphone, Tablet oder Computer zur Verfügung. Das ist gut für die Tiere und die Lebensmittelqualität. Auf dem digitalen

Acker können durch GPS-Steuerung und entsprechende Software Routen für landwirtschaftliche Maschinen optimiert und somit Treibstoff eingespart werden, was Kosten reduziert und zugleich die Umwelt schützt. Weitere digitale Techniken wie Drohnen oder Apps helfen, ackerbauliche Verfahren zu optimieren und damit Pflanzen zielgenauer und ressourcenschonender zu versorgen. Dadurch kann der Einsatz von Pflanzenschutz- und Düngemitteln reduziert werden.

Die gesetzlichen Vorgaben für Landwirte sind innerhalb der Europäischen Union (EU) – aus guten Gründen – sehr streng. So wird beispielsweise die Berücksichtigung sowohl von Umwelt- als auch von Tierschutzstandards in der landwirtschaftlichen Praxis gewährleistet. In den vergangenen Jahren konnten durch Forschung, staatliche Förderung und gesetzliche Regelungen zudem viele Fortschritte erzielt werden. Aber die Entwicklung geht weiter. So wird Künstliche Intelligenz (KI) künftig dabei helfen, Tiere mit gesundheitlichen Problemen in einer Herde in Echtzeit zu erkennen und den Bauern auf dem Smartphone darüber zu informieren. Dies ist eine deutliche Verbesserung des individuellen Tierwohls.

Künstliche Intelligenz wird helfen, den Fortschritt autonom arbeitender Land- und Erntemaschinen voranzutreiben, auch wenn Autonomes Fahren (das im Straßenverkehr noch in den Kinderschuhen steckt) in der Landwirtschaft bereits zum Alltag gehört: So fahren schon heute Traktoren per Satellitennavigation über Felder, ohne dass sie der Landwirt per Hand steuert. Durch digitale Präzisionslandwirtschaft lässt sich der Einsatz von Pflanzenschutz- und Düngemitteln präzise justieren und damit bedarfsgerecht dosieren und gleichzeitig minimieren. Das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) wird demnächst eine Forschungsbekanntmachung veröffentlichen, um diese und viele andere Entwicklungen durch Nutzung von KI weiter voranzutreiben.

OPTIMIERUNG DURCH DIGITALE TECHNIK

Derzeit werden durch das BMEL bundesweit digitale Experimentierfelder gefördert. Diese Praxistests in landwirtschaftlichen Betrieben und deren Umfeld dienen dazu, herauszufinden, wie Digitalisierung vor Ort konkret funktionieren kann. Dabei wird untersucht, wie digitale Techniken optimal zum Schutz der Umwelt, zur Steigerung des Tierwohls und der Biodiversität sowie zur Arbeitserleichterung eingesetzt werden können. Parallel dazu ist das Kompetenznetzwerk „Digitalisierung in der Landwirtschaft“ etabliert worden, das die digitalen Experimentierfelder vernetzen und wissenschaftlich begleiten soll und Synergien zwischen den Projekten nutzt.

Um die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in den ländlichen Räumen zu erreichen, ist eine zeitgemäße, schnelle und verlässliche digitale

Infrastruktur unabdingbar. Derzeit sind weiße Flecken bei Mobilfunk oder Breitbandanschluss auf dem Land noch vorhanden. Umso dringlicher ist der schnelle Ausbau mit mindestens 4G. Denn nur so können die ländlichen Regionen als attraktive Wirtschafts- und Lebensräume erhalten bleiben. Und nur so können dynamische und innovative Unternehmen – vom Start-up bis zum Weltmarktführer – sowie die jungen, klugen Köpfe auf dem Land gehalten werden, für die eine optimale Anbindung durch Digitalisierung und Vernetzung entscheidend ist. Die Bundesregierung hat am 18. November 2019 ihre Mobilfunkstrategie verabschiedet, auch damit ein Deutschland der zwei Mobilfunkgeschwindigkeiten bald der Vergangenheit angehört.

Bauern und die ländliche Bevölkerung brauchen flächendeckend Anbindung – über jedem Acker, im Stall, entlang der landwirtschaftlich genutzten Verkehrswege. Mit der Mobilfunkstrategie wird es ein ergänzendes Förderprogramm geben, mit dem für land- und forstwirtschaftliche Flächen die Möglichkeit des Aufbaus einer lückenlosen digitalen Infrastruktur geschaffen werden soll. Sechzig Millionen Euro werden dafür in den kommenden fünf Jahren zur Verfügung gestellt. Um weiße Flecken passgenau nach konkretem Bedarf der Landwirte zu beseitigen, werden leistungsstarke Frequenzen für eigene, lokale Netze bereitgestellt und die Betriebe in die Lage versetzt, diese lokalen Frequenzen zur Etablierung von Präzisionslandwirtschaft auf ihren Betrieben zu nutzen. Damit wird auch den gesellschaftlichen Erwartungen nach mehr Umweltschutz und Tierwohl Rechnung getragen. Denn die Anwendung moderner Technologien hilft, gleichzeitig ressourcenschonender zu produzieren und Erträge zu steigern.

VOLKSHOCHSCHULE ÜBER LIVESTREAMING

Die Digitalisierung verändert gerade in ländlichen Regionen die Art, zu leben und zu arbeiten. Technische Möglichkeiten, die bisher in weiter Ferne schienen, werden Realität. Konkret geht es etwa um telemedizinische Anwendungen, die zumindest teilweise die Auswirkungen des chronischen Ärztemangels auf dem Land abfedern können. Denn der Trend ist klar: Die Zahl der telemedizinischen Anbieter in Deutschland wächst stetig. Über eine App können Patienten schon heute per Videochat Kontakt zu einem Arzt aufnehmen und sich ein elektronisches Rezept ausstellen lassen.

Mit der Bekanntmachung des Bundesprogramms Ländliche Entwicklung (BULE) „Land.Digital: Chancen der Digitalisierung“ werden Menschen in den ländlichen Regionen unterstützt, indem unter anderem derlei Entwicklungen auf lokal-regionaler Ebene gefördert werden. Es geht dabei nicht allein um Telemedizin, sondern auch um andere Lösungsansätze beispielsweise in den Bereichen Nahversorgung, Pflege, Mobilität oder Engagement. So werden digitale Assistenzsysteme (sogenannte AAL-Systeme [*Active Assisted*

Living) weiterentwickelt, die älteren Menschen im ländlichen Raum dabei helfen, ein selbstbestimmtes Leben länger in den eigenen vier Wänden führen zu können. Im Rahmen von „Qualifizierung & Bildung“ sollen demnächst Bildungsangebote mittels digitaler Übertragungstechniken in den ländlichen Raum gebracht werden. In neu eingerichteten Lernorten werden dann etwa Volkshochschulkurse über Livestreaming zugänglich sein.

MODELLVORHABEN „SMARTE LANDREGIONEN“

Der größte und schnellste Gewinn aus der Digitalisierung wird sich vor allem dann einstellen, wenn die Übertragbarkeit der digitalen Anwendungen aus einer Region in andere Regionen des ländlichen Raums sichergestellt ist. Hier setzt das neue Modellvorhaben „Smarte LandRegionen“ an, mit dem sieben Landkreise bei der Entwicklung und Erprobung von Maßnahmen der Digitalisierung in ländlichen Räumen gefördert werden. Im Mittelpunkt stehen dabei die Entwicklung und Erprobung digitaler Dienste wie Apps oder anderer Anwendungen in den Modellregionen sowie eine vernetzende digitale Plattform in enger Kooperation mit dem Fraunhofer-Institut für Experimentelles Software Engineering (Fraunhofer IESE). Begleitend wird der Kompetenzaufbau in den Landkreisen unterstützt und die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern sowie regionalen Akteuren bei der Ermittlung konkreter Bedarfe vorangetrieben.

Innovationen in der Landwirtschaft und im ländlichen Raum können dazu beitragen, die Lebensverhältnisse der Menschen vor Ort sowie die Arbeitsbedingungen sowohl im Betrieb als auch auf dem Acker zu verbessern und die Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen zu stärken. Daher ist es notwendig, den digitalen Fortschritt weiterhin nicht als Selbstzweck, sondern für unser aller Gemeinwohl zu gestalten.

SCHWERPUNKT

Die GAP

—
Agrarpolitik und Klimaschutz in Europa

NORBERT LINS

Geboren 1977 in Ravensburg, seit 2014 Mitglied des Europäischen Parlaments in der Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten), seit Juli 2019 Vorsitzender des Ausschusses für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung im Europäischen Parlament.

Nach dem Zweiten Weltkrieg hungerten die Menschen in Europa. Ein angemessenes Nahrungsangebot sicherzustellen, war daher eines der entscheidenden Motive für die Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) im Jahr 1957. Der neu geschaffene Binnenmarkt ermöglichte den freien Handel über die Staatengrenzen hinweg und den Schutz nach außen durch Zölle. Seitdem soll die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) den Land-

wirten in den Mitgliedstaaten einen verlässlichen Rahmen zur Nahrungsmittelproduktion bieten. Im Laufe der Jahre kamen zum Ziel der Ernährungssicherung weitere hinzu, die die Rahmenbedingungen dafür definieren: Lebensmittelsicherheit, Tierschutz, Naturschutz sind in der europäischen

Agrarpolitik fest verankert, und auch die Entwicklung der ländlichen Räume spielt eine wichtige Rolle. Der Klimaschutz wird in der Gemeinsamen Agrarpolitik nach 2020 ebenfalls einen festen Platz erhalten.

Auf den ersten Blick spielt der Sektor Landwirtschaft in der Volkswirtschaft der Bundesrepublik Deutschland kaum noch eine Rolle: Waren es 1950 rund 25 Prozent der Arbeitskräfte, die in der Land- und Forstwirtschaft sowie der Fischerei tätig waren, sind es 2018 noch 1,4 Prozent. Doch jedem Arbeitsplatz in der Landwirtschaft stehen in Deutschland sieben weitere im vor- und nachgelagerten Bereich gegenüber. Landwirte fragen Investitionsgüter wie Maschinen, Betriebsmittel, wie Saatgut und Futtermittel, oder Dienstleistungen nach. Nachgelagert stehen Molkereien, Schlachthäuser und andere Unternehmen der Ernährungswirtschaft, die Lebensmittel für Verbraucher verarbeiten. Das sogenannte Agribusiness ist überwiegend dem verarbeitenden Gewerbe zuzuordnen, das 2017 rund 1,9 Billionen Euro umsetzte. Rund 226,1 Milliarden Euro stammen dabei aus dem Agribusiness; das ist Rang drei nach den Spitzenreitern Fahrzeug- und Maschinenbau.

Eine Besonderheit des primären Sektors ist die Bindung an die Fläche. Der Wettbewerb um diese ist in der Bundesrepublik besonders groß, denn der Flächenbedarf für Siedlung und Infrastruktur ist enorm. Auch wächst das Interesse an Flächen bei Investoren in Zeiten niedriger Zinsen weltweit. Boden ist der elementare Produktionsfaktor schlechthin und im Vergleich zu Arbeit und Kapital ortsgebunden und damit nicht flexibel.

KLIMASCHUTZ ALS EINKOMMENSQUELLE

Die Landwirtschaft in Europa schafft Nahrungsgrundlagen und liefert Rohstoffe. Zusätzlich spielt sie eine wichtige Rolle bei der Erbringung gesellschaftlich gewünschter öffentlicher Umweltgüter. Deshalb hat der Sektor entscheidenden Einfluss auf die Lebensqualität der Menschen. Das gilt besonders für die Bundesrepublik Deutschland, die mit rund 234 Personen je Quadratkilometer eine Bevölkerungsdichte aufweist, die etwa doppelt so hoch ist wie der Durchschnitt aller Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU). Trotzdem werden gut fünfzig Prozent der Fläche in Deutschland landwirtschaftlich und zusätzlich nahezu dreißig Prozent forstwirtschaftlich genutzt. Zusammengefasst sind es rund 286.000 Quadratkilometer. Die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung beeinflusst wichtige Ressourcen: Grundwasser, Biodiversität, Luft, Böden. Leider wird in der Berichterstattung häufig der Fokus auf negative Einflüsse der Landwirtschaft auf diese Ressourcen gerichtet. Ein Beispiel sind die Nitratwerte im Grundwasser, die aber nur regional auffällig sind. Die Ursachen dafür sind vielschichtig und strukturell bedingt. Ja, es muss auf verschiedenen Ebenen gehandelt werden, und regional angepasste und praxisnahe Regelungen, die die klimatischen und geografischen Gegebenheiten

berücksichtigen, sind notwendig. Trotz solcher Herausforderungen: Land- und Forstwirte haben den Schutz der Ressourcen im Blick, nicht zuletzt, weil sie ihre Produktionsgrundlagen sind.

Auch mit Blick auf das Klima leistet die Land- und Forstwirtschaft enorm viel: Deutschlandweit betrachtet, ist der primäre Sektor für rund sieben Prozent der Kohlendioxid-Emissionen verantwortlich. Gleichzeitig bindet die Land- und Forstwirtschaft doppelt so viel Kohlenstoff, wie sie selbst verursacht! In Europa halten sich die Emissionen und die Bindewirkung der Land- und Forstwirtschaft ungefähr die Waage. Dies geschieht durch die pflanzliche Atmung, bei der Kohlenstoff aus der Luft aufgenommen und umgebaut wird. So entstehen Zellulose und andere langkettige Kohlenstoffverbindungen. Um dieses Potenzial zu heben, sind mehr Anreizmechanismen für die Landwirte notwendig. Klimaschutz muss zu einer Einkommensquelle für die Landwirtschaft werden.

FAMILIENBETRIEBE BESSER UNTERSTÜTZEN

Mit der Gemeinsamen Agrarpolitik setzt die EU sich Ziele für das gesellschaftlich gewünschte Gut Umwelt und definiert Eckpunkte für Leistungen zu dessen Schutz. Ein Fördersystem belohnt Umweltleistungen, engt jedoch die Nahrungsmittelerzeugung nicht unnötig ein. Es baut auf zwei Säulen auf: Die erste Säule beinhaltet die flächenbezogene Förderung, für deren Erhalt bereits grundlegende Umweltmaßnahmen nachgewiesen werden müssen. Die zweite Säule beinhaltet die Förderung spezifischer Leistungen für Umwelt, Tierschutz und den ländlichen Raum als Lebensort.

Da die Voraussetzungen der Landwirtschaft in der EU sehr unterschiedlich sind, haben die Mitgliedstaaten jeweils die Möglichkeit, den vorgegebenen Rahmen auszugestalten. Deutschland nutzt den Handlungsspielraum: Hier stehen die Förderung des bäuerlichen Familienbetriebs und Anreize zur Bewirtschaftung benachteiligter Gebiete im Fokus. Denn im Voralpenland oder in den Mittelgebirgen ist es aufgrund topografischer und klimatischer Gegebenheiten kaum möglich, einen land- oder forstwirtschaftlichen Betrieb so zu betreiben, dass die Erlöse aus dem Verkauf der erzeugten Güter für ein Familienauskommen sorgen. Kleinteilige Strukturen und geringe Möglichkeiten für die Mechanisierung bilden ein großes Hemmnis für diese Betriebe.

Doch genau auf diesen Flächen werden enorme Leistungen für die Umwelt, insbesondere den Grundwasser- sowie Artenschutz und nicht zuletzt für den Klimaschutz, erbracht. Aus diesem Grunde belegt Deutschland über die erste Fördersäule die ersten Hektare eines Betriebes mit einer höheren Prämie als die Flächen, die darüber hinausgehen. Gefördert werden derzeit

die ersten 46 Hektar in zwei Stufen. Dieses System muss meines Erachtens für die neue Förderperiode ausgebaut werden, um Familienbetriebe besser zu unterstützen. Diese erhalten zusätzlich Prämien für die Bewirtschaftung von Höhenlagen, steilen Hängen und ertragsschwachen Böden. Das erhält die Kulturlandschaft und stellt damit auch einen wichtigen Beitrag für den Tourismus dar.

GEMÜSEANBAU AUS DEM ORBIT

Derzeit werden die Rahmenbedingungen für die Gemeinsame Agrarpolitik ab 2021 verhandelt. Stärker in den Fokus wird die Digitalisierung des Agrarsektors rücken. Das Anwendungspotenzial ist enorm, die ersten Ansätze vielversprechend. Der Einsatz der Präzisionslandwirtschaft trägt heute bereits zum Ressourcenschutz bei, Hindernisse beim Ausbau und bei der Anwendung der Digitalisierung müssen daher aus dem Weg geräumt werden. Für die neue Gemeinsame Agrarpolitik ist ein Programm für Direktinvestitionen und Unterstützung zur Digitalisierung der Landwirtschaft für alle Betriebsarten vorgesehen. Es geht unter anderem um Hochpräzisionstechnik beim Acker- und Gemüsebau, mit deren Hilfe Nährstoffe exakt dosiert und quadratmetergenau unter Berücksichtigung der Bodenstruktur und des Wachstumsstandes der Pflanze ausgebracht werden. Dank *Global Positioning*-Systemen (GPS) wird das regional bereits umgesetzt.

Auch intelligente Systeme, die Unkraut mechanisch anstatt chemisch beseitigen, haben nahezu Praxisreife erreicht. Schon heute können mithilfe von Drohnen Reben und Obstbestände quadratmetergenau mit Präparaten vor Pilzkrankungen geschützt werden. Mittels punktueller Anwendung moderner Technologien kann der Schutz der Pflanze wirkungsvoll, in reduzierteren Mengen und zugleich ressourcenschonend erfolgen. Weiterhin wird es notwendig sein, weitere Innovationen voranzubringen. Denn wichtige Zulassungen von Pflanzenschutzmitteln laufen aus, gleichzeitig steigt durch die Klimaerwärmung der Infektionsdruck durch Pilze, die mitunter auch für den Menschen bedrohliche Toxine bilden können.

Der Melkroboter ist für Landwirte und Tiere bereits seit Jahren ein Gewinn: Die Kühe gehen in ihrem individuellen Rhythmus an die automatische Melkstation und sind nicht mehr an zwei feste Melkzeiten gebunden. Der Landwirt schätzt die durch den Melkroboter gewonnene Freiheit in der Arbeitseinteilung; gerade für Familienbetriebe bedeutet dies mehr Lebensqualität. Zusätzlich erhält der Tierhalter dank integrierter Sensortechnik zusätzliche Informationen über das Wohl jeder einzelnen Kuh und deren Bedarf an spezifischen Nährstoffen.

Natürliche Bedingungen sind ausschlaggebend für die Art und Weise, wie Flächen bewirtschaftet werden: Boden, Niederschlag und Temperatur

sind die wichtigsten Einflussfaktoren. Doch was passiert, wenn sich das Klima verändert? Welche Pflanzen kommen mit Trockenheit und sich anschließenden Starkregenereignissen zurecht? Wie verändert sich der Infektionsdruck durch Pilze oder Bakterien im Pflanzenbestand, wenn Frostperioden ausfallen? Diesen Fragen gehen Forscher intensiv nach. Sie suchen nach Möglichkeiten, wie Klimaanpassung so stattfinden kann, dass Lebensmittelerzeugung auch morgen möglich ist. Vor allem die Pflanzenzucht kann dazu einen wichtigen Beitrag leisten. Dabei spielen neue Technologien eine wichtige Rolle. Die sogenannte Genschere – CRISPR/Cas – könnte ein wichtiges Werkzeug darstellen, Pflanzenzüchtung schneller und vor allem zielorientierter zu betreiben. Ihre Chance liegt darin, dass Bestandteile des Erbgutes ausgeschaltet oder ausgetauscht werden können. Beispielsweise ließen sich so mehlauresistente Kartoffel- und Weizenarten entwickeln, die den Einsatz von Fungiziden überflüssig machen.

MODERNE ZÜCHTUNGSTECHNIKEN

Bis heute heißt Züchtung Beobachten und Selektieren: Treten bei Nutzpflanzen natürliche Mutationen zufällig auf, behält man diese im Auge und wartet, ob sich die neue Eigenschaft bei der nächsten Generation ebenfalls zeigt. Das braucht Zeit. Neue Züchtungstechnologien bieten diesbezüglich enorme Chancen. Aber das Thema ist hochsensibel. Eine offene Diskussion darüber werden wir in den nächsten Jahren in Europa führen müssen, auch weil in anderen Ländern der Welt die „Genschere“ nicht unter das regulierende Biotechnologie-Recht fällt.

Was denken Verbraucherinnen und Verbraucher von Landwirten? Wissen Konsumenten, unter welchen Bedingungen Lebensmittel erzeugt werden? Im Vergleich zu Investitionsgütern spielt Ernährung im Wertekanon der Menschen in Deutschland eine eher untergeordnete Rolle. So gibt der Durchschnittshaushalt in der Bundesrepublik nur etwa zehn Prozent des Haushaltsnettoeinkommens für Lebensmittel aus, die Italiener vierzehn Prozent, Rumänen sogar dreißig Prozent. Beim Lebensmitteleinkauf handelt der deutsche Verbraucher rational, für rund sechzig Prozent ist der Preis ausschlaggebend. Das gilt auch für die Verpflegung außer Haus und für Lebensmittel mit einem hohen Verarbeitungsgrad. Beides hat in den letzten Jahren einen hohen Stellenwert bekommen; der Großteil des Produktpreises ist das Dienstleistungsentgelt, der Rohstoff spielt eine untergeordnete Rolle.

Allerdings registrieren Konsumforscher insbesondere bei jüngeren Menschen eine Tendenz zum Qualitätsbewusstsein, besonders bei Milch und Molkereiprodukten. Dennoch ist die Nachfrage geringer, als viele denken. Denn Verbraucherbereitschaft wird nicht immer in die Tat umgesetzt. Die Nachfragesituation hat zur Folge, dass in Deutschland derzeit gut zehn Prozent

der Agrarflächen nach Kriterien der Biolandwirtschaft bewirtschaftet werden. Dass es mehr werden, dazu können Verbraucher beim Einkauf beitragen.

Wirtschaft ist komplex – auch im Agrarsektor. Dieser wird von einer Vielzahl von natürlichen Rahmenbedingungen beeinflusst, dazu kommen internationale Einflüsse wie etwa Warenströme. So ist der Landwirt um die Ecke in den internationalen Handel eingebunden: Gute Ernten in Russland oder dem mittleren Westen der USA senken die Handelspreise an den internationalen Getreidebörsen und damit auch den Verkaufspreis für den deutschen Landwirt. Ob Welthandelsorganisation (WTO), Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen (GATT), das Freihandelsabkommen mit den Mercosur-Ländern oder Strafzölle als außenpolitische Hebel: Internationale Beziehungen sind Teil eines globalen Systems, in das auch die Landwirtschaft eingebunden ist. Ein großes Ziel der Handelsabkommen ist es aber, Standards zu setzen – für Verbraucherschutz, Tier- und Umweltschutz sowie soziale Aspekte. Hier gibt es noch viel zu tun, auch weil Aspekte des Klimaschutzes neu einbezogen werden müssen.

Unsere Verantwortung für die internationale Staatengemeinschaft ist weitreichend: Denn Europa ist seit vielen Jahren verlässlicher Partner der Entwicklungsländer und weltweit der größte Importeur von Agrarprodukten aus diesen Ländern. Die EU-Außenhandelsbilanz im Bereich Land- und Ernährungswirtschaft mit Entwicklungsländern ist inzwischen negativ. Denn es gibt keine Subventionen mehr für den Export europäischer Agrarprodukte in diese Länder, Importe in die EU wurden erheblich erleichtert. Das ist wichtig, denn nur, wenn Europa und die Entwicklungsländer politisch und wirtschaftlich kooperieren, können die Herausforderungen der Zukunft mit Blick auf eine steigende Weltbevölkerung gemeistert werden. Nur ein faires Miteinander kann zum Erfolg führen. Zusätzlich zur Gemeinsamen Agrarpolitik in Europa sind deshalb internationale Abkommen in Übereinstimmung mit der Klimakonvention und den Nachhaltigkeitszielen der Vereinten Nationen wichtig. Auch dort müssen international gültige Standards für die Ressourceneffizienz in der Landwirtschaft erarbeitet werden. Denn wir brauchen Ernährungssysteme, die mehr Lebensmittel mit weniger Ressourcen erzeugen.



Zuckerbergs Zentralbank?

Europas Antwort auf Facebooks Währungspläne

STEFAN BERGER

Geboren 1969 in Mönchengladbach, seit 2019 Mitglied des Europäischen Parlaments in der Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten), Mitglied des Ausschusses für Wirtschaft und Währung (ECON) des Europäischen Parlaments.

In diesem Jahr wird Facebook seinen digitalen Stablecoin, die Kryptowährung „Libra“, auf den Markt bringen. Europäische Finanzinstitute und -dienstleister

sind in Alarmbereitschaft, denn Verbraucher könnten zunehmend auf Zuckerbergs kaum regulierbare Währung ausweichen. Nun muss Europa vom kritischen Beobachter zum Player auf dem Finanzmarkt werden, und für die Europäische Zentralbank gilt es, ihre geldpolitische Hoheit zu verteidigen, ohne Innovationsbremse zu sein. Die richtige Antwort auf Libra liegt zwischen Regulieren und Agieren: Europa benötigt einen juristischen und aufsichtsrechtlichen Rahmen für

Digitalwährungen, sollte jedoch gleichzeitig einen eigenen europäischen Stablecoin als Alternative zu Libra schaffen.

Von Kaurischnecken und Edelmetallen bis hin zu Papiergeld und Kreditkarte hat Geld, wie wir es heute kennen, eine bemerkenswerte Evolution hinter sich. Durch PayPal und Co. sind Zahlungen nur einen Mausklick entfernt, und die Macht der Kryptografie ermöglichte Satoshi Nakamoto die Erschaffung des Bitcoins auf Basis eines dezentral organisierten Buchungssystems. Mit Facebooks Ankündigung, 2020 die Währung „Libra“ auf den Markt zu bringen, beginnt jedoch eine neue Ära des digitalen Geldes – das Zeitalter der Stablecoins. „Libra is for the world“, deklariert Facebook als Vision seines Währungsprojekts in seinem *Libra White Paper*. Das Unternehmen will ein internationales Zahlungsnetzwerk schaffen, in dem möglichst viele Menschen Finanztransaktionen vollziehen und von Netzwerkeffekten profitieren können. 2,5 Milliarden Menschen nutzten im Jahr 2018 Facebook, Instagram oder WhatsApp und wären damit ebenso potenzielle Libra-Nutzer. Weltweit könnte Libra Menschen in instabilen Volkswirtschaften mit hohen Inflationsraten Zugang zu einer umfassenden Finanzstruktur verschaffen, schnell und einfach über das Social-Media-Profil anstelle von Bankkonten.

Facebooks Währung basiert auf der Blockchain-Technologie, die unmittelbare Überweisungen zwischen den Zahlern und Zahlungsempfängern ermöglicht, ohne dass eine dritte vertrauenswürdige Institution, beispielsweise eine Geschäftsbank, benötigt wird. Auch bietet die Blockchain-Infrastruktur einen großen Geschwindigkeitsvorteil gegenüber herkömmlichen Transaktionswegen und gilt

als kaum manipulierbar. Mithilfe der für Libra eigens entwickelten Programmiersprache „Move“ sollen Zahlungen in Form von Smart Contracts automatisch, ohne manuelle Prüfung, möglich sein. Zur Aufbewahrung der Coins dient die Software „Calibra“. Die Kontrolle des Zahlungsverkehrs soll der *Libra Association*, einem Konsortium privatwirtschaftlicher Unternehmen, unterliegen. Anders als Bitcoins, die durch das Wechselspiel von Kurseinbrüchen und astronomischen Kursanstiegen charakterisiert sind, handelt es sich bei Libra um einen Stablecoin, also um eine stabile Währung. Während der Wert eines Bitcoins durch Angebot und Nachfrage bestimmt wird, soll Libra gänzlich durch Vermögenswerte gedeckt sein. Das eingetauschte Geld soll von der *Libra Association* als Reserve behandelt werden, die aller Voraussicht nach im Billionen-Euro-Bereich liegen wird. An etablierte Währungen gekoppelt und durch Staatsanleihen abgesichert, gilt Libra als besonders robust gegen Wertschwankungen.

„VERLOCKEND, ABER TÜCKISCH“

Yves Mersch, Mitglied des Direktoriums der Deutschen Bank, warnte kürzlich davor, dass Facebooks Projekt „verlockend, aber tückisch“ sei. Gerade die Anleihekäufe, die Facebook als Sicherheitsgarantie beschreibt, könnten bestimmte Länder in die Abhängigkeit zwingen und Teile der Welt nahezu kolonialisieren. Da Facebook auf Anleihen von Staaten mit niedrigen Inflationsraten und stabilen Zentralbanken abzielt, würde die Kreditwürdigkeit bestimmter Länder davon abhängen, ob

Facebook ihre Anleihen akzeptiert. Zwar verspricht die *Libra Association*, die Zinserträge für gemeinnützige Projekte oder Forschungszwecke einzusetzen, behielt aber den weitaus größten Teil selbst und könnte mit ihrem Billionen-Umfang „beiläufig“ zum größten Anleger der Welt werden.

Je nach Akzeptanz der Währung könnte Libra das europäische Bankensystem untergraben und die Euro-Nachfrage erheblich mindern. Würden Bankkunden mit hohen Negativzinsen belastet, wäre nicht auszuschließen, dass Verbraucher vom Euro zur Libra abwandern, zumal *Big Tech*-Firmen ohnehin zunehmend Vertrauen in der Bevölkerung genießen. Denkt man das Libra-Szenario weiter, könnte sich Zuckerbergs Coin nach einer gewissen Zeit sogar von ihrem Reservekorb entkoppeln und selbst zur Fiatwährung, also zu einem Zahlungsmittel, das nicht an den Preis eines Rohstoffes wie Gold oder Silber gebunden ist, werden. Damit hätte Facebook ein kaum regulierbares Geldmonopol geschaffen, könnte Kredite vergeben und wäre für einen Bank-Run anfällig. Nicht zuletzt stehen Libras Datenschutz – Facebook ist Meister darin, sensible Kundendaten in Geld zu verwandeln – sowie sein Anlegerschutz stark in der Kritik. Offen ist auch, ob Verbraucher für die angekauften Libras ihren ursprünglichen Kaufbetrag zurückerhalten können.

„We hope to have approximately 100 members of the Libra Association by the target launch in the first half of 2020“, heißt es in Zuckerbergs *Libra White Paper*. Mittlerweile hat der öffentliche Druck auf Facebooks Vorhaben diese Ambitionen infrage gestellt. Richtig ist, dass nur 21 Mitglieder die Gründungsurkunde der *Libra Association* am 14. Oktober 2019 unter-

zeichneten, denn PayPal, Visa, Mastercard, eBay und andere stiegen vorläufig aus dem Projekt aus. Doch bedeutet das nicht, dass sich die Unternehmen permanent von einer Mitgliedschaft in der *Libra Association* distanzieren oder Libra-Transaktionen per se nicht unterstützen würden. Zudem gehören neben der Facebook-Tochter Calibra große Namen wie Uber, Spotify oder Vodafone der *Libra Association* an. Weitere 180 Rechtsträger, die die Mitgliedschaftskriterien der Organisation erfüllen, haben ebenfalls ihr Interesse an dem Projekt bekundet. Folglich kein Grund für Europa, nun aufzuatmen.

UMFASSENDE REGULIERUNG IST NÖTIG

Währungspolitisch bedenklich wird es, wenn Libra systemrelevante Dimensionen erreicht, Kontrollmechanismen nicht greifen und die Stabilität des Zahlungsverkehrs nicht mehr sichergestellt werden kann. Eine Möglichkeit für die Europäische Zentralbank zur Verteidigung ihrer Hoheitsstellung wäre es, Libra nicht anzuerkennen. So wurde im Rahmen des G7-Finanzministertreffens 2019 bereits Skepsis hinsichtlich der Einführung Libras in ihrer jetzigen Form laut, die Bundesfinanzminister Olaf Scholz und der französische Finanzminister Bruno Le Maire nochmals wiederholten. Dennoch: Im internationalen Währungswettbewerb wird früher oder später kein Weg an Digitalwährungen vorbeiführen. Notwendig wird daher eine umfassende Regulierung sein, für die sich auch der Vizepräsident der Europäischen Kommission, Valdis Dombrovskis, im Dezember 2019 aussprach.

Seine Behörde habe bereits mit der Vorbereitung einer Regulierung für Digitalwährungen begonnen.

Währenddessen hofft die Europäische Zentralbank darauf, dass die Menschen im Falle des Einzugs Libras dem klassischen Finanzsystem nicht den Rücken zukehren werden. Doch damit dies nicht geschieht, müssen Verbraucher eine Alternative zu Libra erhalten, die hohe Standards im Bereich Daten- und Anlegerschutz an den Tag legt. Internationale Finanztransaktionen müssten schneller und günstiger werden, und die Chancen von Public-Private-Partnership im Bankensektor sollten genutzt werden.

EIN EUROPÄISCHER STABLECOIN

Die *Bank of Canada* diskutierte 2016, lange vor Libras Zeit, ob die Herausgabe einer eigenen digitalen Währung sinnvoll sei und wie diese gestaltet werden sollte. Mark Carney, Gouverneur der Zentralbank von England, ließ bereits Forderungen nach einem digitalen Dollar mit Verantwortung bei den Zentralbanken laut werden. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion schlägt in ihrem Positionspapier vom Juni 2019 einen digitalen Euro unter Anwendung der Blockchain-basierten Schlüsseltechnologie vor, sodass ein kleiner Teil des bereits bestehenden Geldes digitalisiert und der globalen Finanzinfrastruktur zugänglich gemacht wird. Die Volksrepublik China hingegen hat die Phase

des Brainstormings längst überschritten und wird in Kürze eine eigene digitale Währung einführen.

Für Europa ist es höchste Zeit, seine Rolle im Währungswettbewerb neu zu definieren. Libra sollte uns nicht ängstigen, sondern vielmehr unseren Innovationsgeist wecken. Die Europäische Zentralbank äußerte in einer Stellungnahme, dass nicht etwa private Anbieter, sondern nur eine unabhängige Zentralbank mit einem starken Mandat verlässliche Geldmittel anbieten und das Vertrauen der Menschen in diese konsequent wahren könne. Hieraus kann man ihre Verantwortung ableiten, einen eigenen europäischen Stablecoin zu entwickeln, der auf einheitlichen europäischen Regulierungsstandards für Sichteinlagen basiert. Unter anderem ließen sich auch Sicherheitsstandards, wie etwa *Know your customer* (KYC), etablieren. Wirtschaft und Politik müssen sich dafür intensiv mit dem europäischen Stablecoin befassen, zügig Expertenwissen generieren und eine detaillierte Folgenabschätzung für Finanzsystem und Verbraucher vornehmen.

In den kommenden Monaten wird die *Libra Association* intensiv daran arbeiten, 100 Gründungsmitglieder zu gewinnen. Noch ist Facebooks Währung ein Gedankenexperiment, doch kommt sie erst einmal auf den Markt, werden ihre Auswirkungen auf die Finanzwelt gewaltig sein und erfordern nicht nur Achtung, sondern Aktion. Schaut Europa nur tatenlos vom Spielfeldrand zu, werden wir allenfalls bezeugen können, wie vor unseren Augen die Büchse – beziehungsweise das Wallet – der Pandora geöffnet wurde.

„Schüler N. aus X.“

Der Schriftsteller Utz Rachowski im Gespräch mit Axel Reitel
über ein Leben voller „Rausschmisse“

UTZ RACHOWSKI

Geboren 1954 in Plauen (Vogtland), schrieb mit seiner Erzählung „Der letzte Tag der Kindheit“ das schönste Stück deutscher Prosa über die Niederschlagung des Prager Frühlings aus der Sicht eines Heranwachsenden. Das Thema ist aus mehrfacher Erfahrung gespeist. 1971 wurde Rachowski wegen Gründung eines Philosophieclubs von der erweiterten Oberschule relegiert. Reiner Kunze hielt den Vorgang im Beitrag „Fahnenappell“ in seiner 1976 in der Bundes-

republik erschienenen Prosasammlung „Die wunderbaren Jahre“ fest. 1979 wegen Verbreitung eigener und anderer kritischer Literatur zu 27 Monaten Haft verurteilt, setzten sich Kunze und Amnesty International für Rachowskis Freilassung ein, die 1980 mit seinem Freikauf durch die Bundesrepublik erfolgte. Bereits mit seinen 1983 erschienenen „Erzählungen, so traurig wie Sie“ leistete Rachowski einen unverkennbaren Beitrag für die deutsche Sprache.

Dieses Interview ist der dritte Teil einer Serie, in der der einstige DDR-Oppositionelle Axel Reitel seine Gesprächspartner – wie er ebenfalls politische Häftlinge – zu ihren Haft Erfahrungen und den daraus erwachsenden Konsequenzen befragt. Reitel, geboren 1961 in Plauen (Vogtland), wurde 1982 von der Bundesrepublik Deutschland „freigekauft“. Heute arbeitet er als Journalist und Schriftsteller.

„Ich lasse mich nicht manipulieren“, hast Du auf ein Plakat in Deinem Jugendzimmer geschrieben. Woher kam dieser frühe Widerwille gegen die staatliche Indoktrination?

Utz Rachowski: Schon in der Grundschule hatte ich Schwierigkeiten mit einer ideologisch aggressiven Lehrerin – meiner Deutschlehrerin und leider auch Klassenlehrerin. Wäre sie nicht schwanger geworden und durch eine andere Lehrerin ersetzt worden, hätte ich nie eine Chance gehabt, an die Oberschule zu kommen. In Klasse neun, der ersten Klasse der Oberschule, hat man gesagt: Wäre ich zwei Jahre älter, wäre mein Aufsatz ein Fall für den Staatsanwalt geworden. Dabei hatte ich nur die Realität eines Klassenausflugs beschrieben.

Aber das eigentliche Grunderlebnis für mich – ich denke, für meine ganze Generation – war die Niederschlagung des Prager Frühlings 1968. Den Durchmarsch von Truppen des Warschauer Pakts durch das Vogtland habe ich im Alter von vierzehn Jahren erlebt. Wenige Tage später, am 1. September 1968, kam ich auf die erweiterte Oberschule und sah in der ersten Minute einen Typen in NVA-Uniform, der

neben dem Fahnenmast stand und uns Schülern Kommandos gab: „Stillgestanden!“, „Augen zur Fahne!“. Trommeln wirbelten und Schalmeien dröhnten – so wurde die DDR-Fahne um 7.00 Uhr morgens hochgezerrt. Das war der Anfang, und so ging es weiter. Unser neuer Direktor – zu allem Überfluss hieß er auch noch „Übel“ – verwandelte die Schule in ein Militärlager.

Welchen Einfluss hatte Jürgen Fuchs, der auf dieselbe Schule ging?

Utz Rachowski: Drei Wochen nach dem ersten Schultag gab es ein Volleyball-Turnier. Als ich am Spielfeldrand auf meinen nächsten Einsatz wartete, kam ich neben Jürgen Fuchs zu sitzen, der ein paar Jahre älter war als ich. Sofort hat er Klartext mit mir gesprochen: „Sei vorsichtig, der Übel hat rote Armbinden ausgegeben und führt die Schule wie eine Kaserne!“

Danach haben wir uns bei ihm getroffen. Er wohnte in einem Industrieviertel, ein stinkiges Flüsschen zog an seinem Fenster vorbei, aber er hatte schon als Siebzehnjähriger die Wände voller Bücher. Er gab mir die Texte, die er für mich für gut befand, und ich las sie. Die große und enge Freundschaft, die uns bis zu seinem Tod 1999 verband, begann aber erst nach seinem Abitur, als er zur Armee musste.

Du wurdest dann auf Veranlassung des Direktors wegen der Gründung eines „Philosophie-Clubs“ von der erweiterten Oberschule verwiesen ...

Utz Rachowski: Im „Philosophie-Club“, wie ihn der Direktor, die Schulleitung und auch die Stasi nannten, haben wir uns mit



Foto: © privat

JUGEND

Ich war unter ihnen
schon der Fremde
den Mitstudenten

Ist Ihr Vater Genosse?
Fragte die Kommission
bei der Aufnahmeprüfung

und hatte Zweifel
An die Tafel geschickt
rechnete ich ihnen

exakt vor was Stoff
wurde an der Fakultät
in Physik in zwei Jahren

da nahmen sie mich

Abseits
unter ihnen
war ich schon der Fremde

jetzt tanzten sie
wiegten sich
schmiegt die Körper

meine Mitstudenten
sonst so geradlinig
hautnah der Macht

zu dem Lied
von Wishful Thinking
Hiroshima

Ich würde bald brennen
der Wünsche wegen
meiner Gedanken

Sie aber würden
einst erzählen sagen
es sei ihre Jugend gewesen

Philosophie und vor allem mit Literatur beschäftigt – mit Büchern, die wir in den Regalen der Großeltern, der Eltern oder in der Stadtbücherei gefunden hatten. Und dann kamen Texte von Heinrich Böll dazu, der seine Jugenderinnerungen an seine Schulzeit unter den Nazis beschrieb. Das war das absolute Aha-Erlebnis – eine Parallele zu dem, was ich jeden Tag durch die Militarisierung der Schule vor Augen hatte.

Die Jungen wurden in den Februarferien in Militärlager außerhalb der Stadt gezwungen, und die Mädchen lernten, in der Turnhalle eingeschlossen und in Uniformen des Roten Kreuzes gesteckt, wie man eine Atombombe mit einer Stoffdecke bekämpft. Gegen all das wehrten wir uns – worauf die gleichgeschalteten Elternvertreter an den Direktor schrieben, sie wollten ihre Kinder nicht länger von mir ideologisch verseuchen lassen. Die Stasi erhob unsere Gruppe zu einem Schwerpunkt ihrer Arbeit und schickte Telegramme an die Armee, um Jürgen Fuchs unter Kontrolle zu bringen, der als Folge meiner Relegierung seinen Studienplatz verlor.

Reiner Kunze hat Deine Relegation von der Schule unter dem Titel „Fahnenappell“ und Dich als „Schüler N.“ in „Die wunderbaren Jahre“ aufgenommen. Wie kam es dazu?

Utz Rachowski: Jürgen Fuchs hatte Reiner Kunze besucht und brachte mir Fotokopien seiner Gedichte mit. Kennen gelernt habe ich ihn Weihnachten 1974. Über Freunde gab es eine Verbindung zur jungen evangelischen Gemeinde Bitterfeld, die wusste, dass Reiner Kunze für

sein Buch, das später „Die wunderbaren Jahre“ werden sollte, nach „Stoffen“ suchte, wie ich sie an meiner Schule erlebt hatte. So wurde ein Termin mit Reiner Kunze ausgemacht, und er gab mir später das Pseudonym „Schüler N. aus X.“ Niemals hat die Stasi rausgekriegt, dass ich das war.

Was hat der Besuch bei Dir selbst ausgelöst?

Utz Rachowski: Etwas Lustiges! Ich schleppte dem Kunze eine kleine Akte an, in der ich alles über meinen Rausschmiss dokumentiert hatte: Kreisschulrat, Ausschlussverfahren und so weiter, das Abstimmungsverfahren – alle Schüler mussten darüber abstimmen, ob ich würdig sei, in der FDJ zu bleiben. Das war gut abgeheftet, und Kunze fragte mich, ob ich nicht statt Schriftsteller lieber Bürokrat werden wollte. Das hat mir nicht sehr gefallen, aber ich habe es ihm verziehen, weil er mir zum Abschied seinen damals neuen Gedichtband „Brief mit blauem Siegel“ geschenkt hat.

Du wolltest Schriftsteller werden, aber machtest zunächst eine Lehre als Elektriker ...

Utz Rachowski: ... sie begann zwei Tage nach meinem Rauswurf – in Glauchau. Dort war nicht viel los. Aber ich hatte Zeit, dicke Wälzer – Thomas Mann, Klaus Mann, Hermann Hesse – intensiv zu lesen.

Das Abitur holtest Du an der Arbeiter- und Bauern-Fakultät (ABF) in Freiberg nach. Zwei Semester Medizin-studium schlossen sich an, aber dann kam der nächste Rauswurf.

Utz Rachowski: 1977, nachdem ich in Leipzig zwei Semester Medizin studiert hatte, wollte ich zu Germanistik wechseln und wurde im Aufnahmegespräch gefragt: „Welche DDR-Autoren bevorzugen Sie?“ Ich nannte Volker Braun, Sarah Kirsch und Christa Wolf und habe noch angemerkt, dass Jürgen Fuchs die einzige gültige Prosa für mich schreibe, aber der sitze ja leider gerade im Gefängnis und müsse demnächst nach West-Berlin gehen. Da ist Professor Walfried Hartinger, der Vorsitzende des Auswahlkomitees, explodiert und schrie mich an, was ich von der Kulturpolitik unserer Partei hielt. Und das war es dann: Ich wurde exmatrikuliert und musste als Heizer arbeiten.

Du hast Literatur mit verbotenen Inhalten beziehungsweise von verbotenen Künstlern verteilt – Reiner Kunze, Jürgen Fuchs, Wolf Biermann, auch eigene Gedichte. Hattest Du Angst vor dem Gefängnis?

Utz Rachowski: Wir hatten sogar eine Druckmaschine. Mit ihr haben wir unter anderem Biermann- und Kunze-Texte vervielfältigt und verbreitet, indem wir sie verteilt haben – manchmal in Briefkästen, manchmal an ein paar andere Leute, von denen wir dachten, dass sie dichthalten und uns nicht anzeigen würden.

Angst hatte ich nicht. Auch meine Freunde in Reichenbach oder Leipzig waren eigentlich angstfrei. Besonders vorsichtig haben wir uns nicht verhalten. Ich dachte, die hätten uns vergessen. Aber am Ende reichte es dann doch, um mich zu verhaften und die „zweite Reihe“ der Biermann- und Kunze-Freunde aufzureiben.

Im November 1979 – mit 25 Jahren – wurdest Du in der Wohnung Deiner Mutter verhaftet. Ein Jahr später dann wieder ein „Rausschmiss“, dieses Mal in den Westen.

Utz Rachowski: Meine Freundin und ich haben nie ans Weggehen gedacht. Aber vom ersten Stasi-Verhör angefangen wollten die Stasi-Leute mich auf diesen Weg zwingen. Nach einem Dreivierteljahr Inhaftierung habe ich beschlossen, dem nachzugeben – wesentlich bestärkt dadurch, dass meine Tochter geboren wurde, während ich im Knast saß. Das hat mich total getroffen, und ich musste eine Entscheidung treffen. Ich musste unterschreiben, dass ich die Staatsbürgerschaft abgenommen bekomme, im Gefängnis gut behandelt wurde und so weiter – und das war es dann.

Dazwischen aber die Zelle, die Verhandlung, die Drehscheibe für das Verteilen der Verurteilten in die Knäste, dann die Vollzugsanstalt Cottbus mit ihrem berüchtigten Personal ...

Utz Rachowski: Vierzehn Monate waren es insgesamt, sieben im Untersuchungsgefängnis der Stasi in Karl-Marx-Stadt und sieben im Zuchthaus Cottbus. In der Stasi-U-Haft gab es rote Teppiche auf dem Flur, die nicht für fürstliche Empfänge dienten – sondern dazu, dass sich die Schließer ungehört heranschleichen konnten. Kein Sonnenlicht, keine Fenster! In Cottbus dann Aufnahme durch den Schließer, den alle „RT“ – Roten Terror – nannten, den wohl übelsten Menschen, dem ich je gegenübergestanden hatte: unberechenbar, höchst gefährlich, brutal mit

dem Gummiknüppel. Untergebracht war ich in einer Achtzehn-Mann-Zelle – mit zwei Waschstellen und zwei Toiletten, alles offen natürlich. Tagsüber wurden wir zum Arbeitskommando „Sprela“ geschickt – zur Herstellung irgendwelcher Buchsen. Winzige Stäubchen, aber auch größere Späne flogen da herum, und man atmete alles ein. Je nach Material kamen wir grün oder gelb aus der Schicht raus.

Nach dem Freikauf begann Dein Leben in West-Berlin, wenige Minuten Fußweg zu Jürgen und Lilo Fuchs. Wie hast Du dieses Leben empfunden?

Utz Rachowski: Ich habe West-Berlin ungefähr ein Jahr lang als Urlaub empfunden. Den Fuchsens und Sarah Kirsch bin ich bis heute dankbar, dass ich nicht länger als anderthalb Tage im Aufnahme-lager Marienfelde bleiben musste. Dort war ich mit hochkarätigen Knackis, die die DDR dem Westen untergejubelt hatte, untergebracht. In der Nacht, bevor ich Jürgen Fuchs anrief und er sagte: „Komm her, wir machen ein Zimmer für Dich frei“, hatten sie mir bereits die Schuhe und die Winterjacke geklaut, die ich zuvor im Gießener Aufnahmelager bekommen hatte.

Du hast Dich in Berlin und später in Göttingen für Kunstgeschichte und Philosophie eingeschrieben. Begann so für Dich ein schönes, freies, neues Leben?

Utz Rachowski: Kunstgeschichte hat mich sehr interessiert, aber in der Philosophie merkte ich, dass viele Professoren absolut marxistisch drauf waren. Anders als früher in Leipzig kam ich nicht richtig ins Gespräch. Die Leute waren natürlich jün-

ger als ich. Aber wohl nicht nur deshalb habe ich von meinen Erfahrungen im Osten überhaupt nichts mitteilen können. Diese Verständnisschwierigkeiten waren für mich eine schlimme Sache. So traf ich ehemalige DDR-Bürger, Polen, Ungarn, Tschechen, war nahe dran an der polnischen Exilzeitschrift „Archipelag“ und hatte engste Verbindung zum „Solidarność“-Büro in West-Berlin.

1982 bist Du während des Kriegsrechts als Kunststudent verkleidet nach Polen gereist, um selbst Hilfe zu leisten.

Utz Rachowski: Als dort der Kriegszustand ausgerufen wurde, mussten wir einfach etwas tun. Über Jürgen Fuchs kannte ich Adam Zagajewski. Er gab mir einige Adressen in Polen, die ich besuchte, um mich nach inhaftierten und internierten Schriftstellern und Intellektuellen zu erkundigen. Auf dem Rückweg nahm ich Texte von Autoren mit, die ich später übersetzen ließ und im RIAS gelesen habe.

Seit 1983 wurden Deine Bücher veröffentlicht und mit bedeutenden Preisen ausgezeichnet. Als anerkannter Schriftsteller kehrtest Du 1989 – als 35-Jähriger – ins Vogtland zurück. Doch diese Rückkehr war nicht frei von Überraschungen, oder?

Utz Rachowski: Im Grunde genommen war es eine der glücklichsten Zeiten meines Lebens. Meine Mutter und meinen Bruder durfte ich nach zehn Jahren wiedersehen – ich hatte ja Einreiseverbot in die DDR. Ich kam zurück ins Vogtland und genoss alles – eigentlich das ganz normale Leben. Du und ich haben einen Job bekommen und durften später Redakteure

der Zeitschrift „Ostragehege“ werden, die heute noch existiert. Zwar hat es da irgendwann geknallt, aber das, was wir dort „reindrücken“ konnten, war uns sehr wichtig. Ein langer Essay von Jürgen Fuchs, „Poesie und Zersetzung“, war der Auftakt – ein absoluter Hammer an Erkenntnis und tiefer Durchforschung von Geschichte und Vorausblick.

Gab es auch weniger erfreuliche Wiederbegegnungen?

Utz Rachowski: In meiner überschaubaren Stadt Reichenbach hatte ich eine nicht sehr bedeutende Erbschaftsangelegenheit zu regeln und fand mich im Hinterzimmer einer kleinen Anwaltskanzlei mit dem ehemaligen Staatsanwalt von Karl-Marx-Stadt wieder. Sofort erinnerte er sich an den Fall meiner Freundin, die mit mir einige Zeit inhaftiert war. Da hätte ich sofort gehen sollen. Aber ich dachte, der Hund ist mir noch was schuldig.

Einer meiner Lehrer in der Oberschule – er hatte mit mir 1968 dort begonnen – war 1990 ihr Direktor. Als seine Akten gefunden wurden, stellte sich heraus, dass er von Anfang an bei der Stasi gewesen war. Es folgte seine Entlassung, gegen die er eine große Protestaktion auslöste, indem er seine Schüler aufforderte, vor dem Kultusministerium in Dresden zu demonstrieren. Er und seinesgleichen haben keinerlei Einsicht, bis zum jüngsten Tag leugnen und lügen sie.

Unter den politischen Gefangenen jener Zeit gibt es nicht wenige, die unter den Eindrücken weiterhin derart leiden, als ob sie bis heute wirklich nicht da rausgekommen wären. Wie fällt Dein Blick zurück aus?

Utz Rachowski: Bereits als ich bei Familie Fuchs in Berlin unterkam, habe ich angefangen, alles aufzuschreiben. Das habe ich einige Jahre lang gemacht. Inzwischen fühle ich mich vom Gefängnis als Bedrückungserlebnis relativ frei, obwohl es tief in mir verankert ist und ich immer wieder darauf zu sprechen komme. Ein zweiter Zugang zu Deiner Frage setzt bei meiner Bürger- und Rechtsberatung an, die ich seit siebzehn Jahren meist in mittleren Städte Sachsens mache. Anfangs kamen 500 Menschen im Jahr, inzwischen sind es bis zu 1.200. Man sieht daran, dass diese Leute, die für Freiheit und Demokratie einstanden und nicht selten mit ihrer Gesundheit dafür bezahlt haben, unverzöhnt sind. Das ist eine schlimme Nachricht aus siebzehn Jahren Beratungsarbeit. Die Gesetze, der Wille des Staates sind nicht schlecht. Es scheitert an Behörden wie Sozial- und Arbeitsämtern, wo man diese Menschen allzu oft wie Bittsteller behandelt.

Utz Rachowski wird im September 2020 für sein 2019 erschienenes Buch „Die Lichter, die wir selbst entzünden. Essays. Reden. Porträts. Briefe aus dem Gefängnis“ mit dem „Alfred-Müller-Felsenburg-Preis für aufrechte Literatur“ ausgezeichnet.

Das Gespräch fand am 20. September 2019 in Berlin-Kreuzberg statt.

„Das Schöne der uns fremden Religion“

Plädoyer für den interreligiösen Dialog

NORBERT LAMMERT

Geboren 1948 in Bochum, Sozialwissenschaftler, 1998 bis 2002 kultur- und medienpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, 2005 bis 2017 Präsident des Deutschen Bundestages, seit 2018 Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Heinrich Mussinghoff: *Gott ist der Gott und Vater aller Menschen. Zur interkulturellen Begegnung mit Muslimen*, einhard verlag, Aachen 2019, 111 Seiten, 14,80 Euro.

Es gibt gute Bücher, und es gibt schöne Bücher. Die guten beeindrucken durch die Relevanz des Themas, den außergewöhnlichen Stoff, den überragenden Sachverstand oder den brillanten Stil des Autors; die schönen durch die Aufmachung, die aufwendige Verarbeitung, die Opulenz der Farben und der Bilder. Für Heinrich Mussinghoffs *Gott ist der Gott und Vater aller Menschen* gilt beides: Es ist gut und schön. Gut, weil ein relevantes Thema kompetent und verständlich behandelt wird und zugleich auf eine ebenso dezente

wie nachdrückliche Weise illustriert ist, die zweifellos schön und ganz gewiss mehr als dekorativ ist.

Heinrich Mussinghoff, zwanzig Jahre lang Bischof von Aachen, will mit dieser Publikation nach dem Ausscheiden aus dem hohen kirchlichen Amt einen sehr persönlichen Beitrag zum notwendigen Dialog zwischen Christen und Muslimen leisten: „Mit dieser kleinen Schrift möchte ich Augen und Ohren öffnen, um das Gute und Schöne der uns fremden Religion und Kultur zu erfahren und ein besseres Zusammenleben zu fördern.“ Das gelingt ihm auf eindrucksvolle Weise unter Verwendung von Predigten, Meditationen, Vorträgen und Texten aus seiner langjährigen Amtszeit sowie zwei Reden von Papst Johannes Paul II.

IN KRITISCHER SYMPATHIE

Passenderweise beginnt Mussinghoff sein Werk mit einer Meditation über die erste Sure des Koran – *Al-Fātiḥa*, arabisch für „die Eröffnende“. Es handelt sich dabei um Mussinghoffs Rede anlässlich der Eröffnung der Ausstellung „Gottespoesie“ in St. Peter zu Aachen in 2007; eine bemerkenswerte Ausstellung – schon allein unter dem Gesichtspunkt, dass in einer katholischen Kirche islamische Kunst zu besichtigen war. Gezeigt wurden Kalligraphien des Künstlers Shahid Alam, der im pakistanischen Lahore geboren ist, aber seit fast fünfzig Jahren in Deutschland lebt. „Kalligraphie ist die Schönschrift Gottes, die an uns gelangt ist“, schreibt Mussinghoff. Zum Beleg ist sein Buch durchzogen von zehn ganzseitigen Kalligraphien einschließlich eines Triptychons

über Grundtexte der drei monotheistischen Religionen.

Mussinghoff setzt sich mit den Gemeinsamkeiten und Parallelen von Islam und Christentum auseinander: dem Ruf des Muezzin und den Glocken der Kirche, die beide zum Gebet rufen; Waschung, Gebetsteppich, Gebärden und Kreuzzeichen mit geweihtem Wasser – Christen und Muslime haben vergleichbare „Glaubenszeichen“. Dabei ist in seinen Texten förmlich spürbar, wie sehr Mussinghoff die „geistliche Kraft und Schönheit“ des Korans schätzt, wie sehr er dem Leser zu vermitteln sucht, was ihn am Islam fasziniert. Ebenso deutlich benennt er wichtige Unterschiede; er betont, dass gerade die Rolle von Jesus als Sohn Gottes (Christologie) und die Dreifaltigkeit (Trinität) besondere Merkmale des christlichen Glaubens sind, obschon es für „Juden und Muslime gleichermaßen unverständlich ist und vielleicht gotteslästerlich scheint“. Diese Unterschiede ließen sich nicht auflösen, sondern müssten vielmehr „in einer kritischen Sympathie“ getragen von Respekt und Achtung ausgehalten werden.

Unter Verweis auf das Zweite Vatikanische Konzil sowie auf Äußerungen von Johannes Paul II. und Benedikt XVI. lässt Mussinghoff die Entwicklung des interreligiösen Dialogs aus katholischer Sicht Revue passieren. Darauf aufbauend legt er die Erwartungen eines christlich-muslimischen Dialogs aus der Perspektive der katholischen Kirche dar: „Dialog entsteht nur dann, wenn ein aufrichtiges wechselseitiges Interesse besteht und die Freiheit und Würde des Gesprächspartners geachtet werden. Ein wirklicher Dialog setzt Offenheit voraus.“ Damit bringt Mussinghoff die Grundlagen eines jeden produktiven Dialogs auf den Punkt: Das Ziel

besteht nicht darin, Unterschiede zu verringern, sondern das gegenseitige Verständnis zu vergrößern; gegenseitiger Respekt und Toleranz sind dafür die Grundvoraussetzungen.

UNIVERSELLE LEHREN

Das trifft sicherlich auf den interreligiösen Dialog zu, der aus verschiedenen Gründen wohl zu den sensibelsten Formen der Auseinandersetzung gehört; es lässt sich aber genauso auf den gesellschaftlichen Dialog im Ganzen übertragen. Die von Mussinghoff eingeforderte aktive Toleranz, die eben nicht nur die schlichte Kenntnisnahme oder Duldung des Anderen meint, sondern vielmehr die Akzeptanz des Mitmenschen mit seinen Interessen, Meinungen und Bedürfnissen, ist anstrengend; sie fordert uns, und gelegentlich schmerzt sie uns sogar. Insofern leistet Mussinghoffs Buch nicht nur wichtige Impulse für den interreligiösen und interkulturellen Dialog.

Dennoch gibt es einen Wermutstropfen: Denn bei dem Band handelt es sich um eine Zusammenstellung verschiedener Texte; daher ist es kein Werk aus einem Guss. Zentrale Gedanken des Autors werden mehrfach aufgegriffen, weshalb es

zu bedauerlichen Überschneidungen und Wiederholungen kommt. Sicherlich hätte es dem Werk und den belangvollen Gedanken Mussinghoffs gutgetan, die verschiedenen Texte zu einem zusammenhängenden Ganzen zu verschmelzen.

Trotz mancher unnötiger Überschneidungen und Wiederholungen, die ein sorgfältiger Lektor bei der Zusammenstellung verschiedener Texte aus jeweils konkreten Anlässen gewiss hätte vermeiden können, sei das Buch bedenkenlos allen anempfohlen, die der interreligiöse Dialog zwischen Christentum und Islam umtreibt. Der Leser gewinnt durch Heinrich Mussinghoffs Band einen Eindruck vom Stand des theologischen Dialogs auf Basis der Dokumente des Zweiten Vatikanischen Konzils sowie wichtiger Äußerungen von Johannes Paul II. und Benedikt XVI. Das Buch besteht aus gelehrten Texten mit hohem intellektuellem Anspruch zum Selbstverständnis der christlichen und der islamischen Religion. Mussinghoff zeichnet sich dabei durch tiefgehende Kenntnisse und demonstrativen Respekt aus – auch und gerade vor den Unterschieden von Islam und Christentum. Gleichzeitig ist ihm eine beinahe ansteckende Empathie eigen, die leider weder für die katholische Amtskirche noch für die Mehrheit der Gläubigen repräsentativ ist – aber schön ist es, und gut tut es auch.

AUS DER STIFTUNG

Die Veranstaltung *#Demokratie braucht mehr Frauen in Parlamenten und Politik!* am 23. Oktober 2019 diskutierte die Frage, wie es gelingen kann, den Frauenanteil in Parlamenten zu erhöhen. Zu diesem Thema liegen mehrere Studien der Konrad-Adenauer-Stiftung vor, die sich aus verschiedenen Perspektiven dieser Fragestellung widmen.

Am 18. und 19. Oktober 2019 fanden die *19. Potsdamer Gespräche zur Kulturpolitik* statt. Im Zentrum der Podiumsdiskussionen standen aktuelle kulturpolitische Entwicklungen in Bund, Ländern und Kommunen sowie die Frage nach der Instrumentalisierung der Kunst für politische Zwecke.

Vom 30. bis 31. Oktober 2019 fand in Singapur die *Internationale Parlamentarierkonferenz zu Religions- und Bekenntnisfreiheit* statt, an der neben der örtlichen Kulturministerin Grace Fu und Parlamentariern aus Partnerländern auch Volker Kauder MdB sowie der Stiftungsvorsitzende Norbert Lammert teilnahmen.

Die gewählte Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, war Hauptrednerin bei der zehnten *Europarede* am 8. November 2019. Bundeskanzlerin Angela Merkel hielt ein Grußwort.

Unter dem Titel *Religion und Staat in einem pluralisierten und säkularisierten Land. 100 Jahre Weimarer Verfassung – 70 Jahre Grundgesetz* fand am 12. November 2019 eine Veranstaltung in Kooperation mit der Heinrich-Böll-Stiftung statt. Es diskutierten Franz-Josef Overbeck, Vorsitzender der Kommission für gesellschaftliche und soziale Fragen der Deutschen Bischofskonferenz und Bischof von Essen, Katrin Göring-Eckardt MdB, Bündnis 90/Die Grünen, Christine Langenfeld, Richterin des Bundesverfassungsgerichts, und Bundesminister a. D. Thomas de Maizière MdB.

Am 25. November 2019 wurde Gunter Heise, Gesellschafter und Vorsitzender des Beirats der Rotkäppchen-Mumm Sektkellereien GmbH, in Berlin der *Preis Soziale Marktwirtschaft* verliehen. Dieter Althaus, Ministerpräsident des Freistaats Thüringen a. D., hielt die Laudatio.

Am 18. November 2019 besuchte Norbert Lammert in Warschau die Konferenz *Polen und Deutsche 30 Jahre nach 1989: Nachbarn, Partner, Freunde* anlässlich des dreißigjährigen Jubiläums der Eröffnung des Büros der Stiftung in Polen. Lammert setzte seine Reise anschließend nach Kiew fort, wo er an Feierlichkeiten aus Anlass des 25-jährigen Bestehens des Auslandsbüros in der Ukraine teilnahm.

Am 29. November 2019 wurde in Berlin der vom Stiftungsvorsitzenden gemeinsam mit dem Landesbeauftragten der Stiftung für den Freistaat Sachsen, Joachim Klose, herausgegebene Sammelband *Balanceakt für die Zukunft – Konservatismus als Haltung* präsentiert. Im Rahmen einer Podiumsdiskussion debattierten Andreas Rödder, Barbara Zehnfpennig und Ulrike Ackermann über die inhaltlichen Leitlinien eines modernen Konservatismus.

Vom 28. bis 29. November 2019 fand die diesjährige *Berliner Rechtspolitische Konferenz* statt. Thema war die „Staatliche Förderung – Gewinne und Verluste für den freiheitlichen Verfassungsstaat“. Als Redner wirkten unter anderem Norbert Röttgen MdB und Bruno Kahl, Präsident des Bundesnachrichtendienstes, mit.

Am 5. Dezember 2019 wurde der diesjährige *Deutsche Lokaljournalistenpreis* verliehen. Die Freie Presse aus Chemnitz erhielt den ersten Preis für ihr Leserdebattenformat „Chemnitz diskutiert“. Werner Schulz, DDR-Bürgerrechtler und ehemals Mitglied des Deutschen Bundestages sowie des Europäischen Parlaments, unterstrich in seinem Impuls die Bedeutung des sachlichen Diskurses und die Rolle der Presse.

Aus Anlass des 144. Geburtstages von Konrad Adenauer lud die Konrad-Adenauer-Stiftung gemeinsam mit der Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus zur traditionellen Gedenkveranstaltung am 5. Januar 2020 auf den Petersberg. Im Rahmen des Beethoven-Jahres stand die Bedeutung der Kultur für unsere Gesellschaft im Mittelpunkt.

PERSONALIA

Anfang 2020 hat Peter Fischer-Bollin die Leitung von *Analyse und Beratung* (AuB) übernommen; dort werden künftig die Analyse-Einheiten der *Europäischen und Internationalen Zusammenarbeit* sowie von *Politik und Beratung* in sechs thematischen Einheiten zusammengeführt. Die Redaktion der Zeitschrift „Die Politische Meinung“ wird organisatorisch AuB angegliedert.

Im Januar 2020 wird Evelyn Gaiser die Leitung des Länderprojekts Costa Rica übernehmen; Roland Stein wird das Regionalprojekt Sicherheitspolitischer Dialog Subsahara-Afrika mit Sitz in Abidjan, Elfenbeinküste, leiten. Steven Höfner wird die Leitung des Büros für die Palästinensischen Gebiete mit Sitz in Ramallah übernehmen.

Céline Caro übernimmt ab Februar 2020 das Länderprojekt Thailand mit Sitz in Bangkok.

AUSBLICK

Die nächste Ausgabe erscheint im April 2020
zum Thema

Afrika

Im Dialog mit dem Nachbarkontinent

Mit Beiträgen unter anderen von Nuruddin Farah, Catherine Gicheru, Horst Köhler, Achille Mbembe, Hermann Parzinger und Bettina Rühl.

IMPRESSUM

Nr. 560, Januar/Februar 2020, 65. Jahrgang, ISSN 0032-3446

DIE POLITISCHE MEINUNG



Herausgegeben für die
Konrad-Adenauer-Stiftung von
Norbert Lammert und Bernhard Vogel

Begründet 1956 von
Otto Lenz und Erich Peter Neumann

Redaktion
Bernd Löhmann (Chefredakteur)
Ralf Thomas Baus (Redakteur)
Cornelia Wurm (Redaktionsassistentin)

Geschäftsführung
Konstantin Otto

Anschrift
Rathausallee 12, 53757 Sankt Augustin
Klingelhöferstraße 23, 10785 Berlin
Telefonnummer: (0 22 41) 2 46 25 92
ralf.baus@kas.de
cornelia.wurm@kas.de
www.politische-meinung.de

Redaktionsbeirat
Stefan Friedrich, Ulrike Hospes,
Matthias Oppermann, Matthias Schäfer

Einem Teil dieser Auflage liegt das
Jahresinhaltsverzeichnis 2019 bei.

Verlag und Anzeigenverwaltung

Verlag A. Fromm,
Postfach 19 48, 49009 Osnabrück
Telefonnummer: (05 41) 31 03 81
E.Cilker@fromm-os.de

Herstellung

Druck- und Verlagshaus FROMM GmbH & Co. KG
Breiter Gang 10–16, 49074 Osnabrück

Konzeption und Gestaltung

Stan Hema GmbH
Agentur für Markenentwicklung, Berlin
www.stanhema.com

Bezugsbedingungen

Die Politische Meinung erscheint sechsmal im Jahr. Der Bezugspreis für sechs Hefte beträgt 50,00 € zzgl. Porto. Einzelheft 9,00 €. Schüler und Studenten erhalten einen Sonderrabatt (25 Prozent). Die Bezugsdauer verlängert sich jeweils um ein Jahr, sofern das Abonnement nicht bis zum 15. November eines Jahres schriftlich abbestellt wird. Bestellungen über den Verlag oder durch den Buchhandel.

Das Copyright für die Beiträge liegt bei der Politischen Meinung. Nicht in allen Fällen konnten die Inhaber der Bildrechte ermittelt werden. Noch bestehende Ansprüche werden ggf. nachträglich abgegolten. Die Zeitschrift wird mitfinanziert durch Zuwendungen der Bundesrepublik Deutschland.

